

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 3.00 Mk. monatlich, 1.10 Mk.
vierteljährlich, 3.00 Mk. für das Jahr.

Vorwärts

Die Inserations-Gebühr
Beträgt für die sechsgezeigte Kolonnen-
zeile oder deren Raum 50 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Berufungs-Anzeigen 30 Pfg.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonabend, den 22. Juni 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Parteigenossen!

Laut Beschluß des letzten Parteitagcs findet der dies-
jährige in Essen a. d. Ruhr statt. Auf Grund der Bestimmungen
der §§ 11, 12, 13, 14 und 15 der Parteio rganisation beruft
die Parteileitung den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag, den 15. September,
abends 7 Uhr,

nach Essen in das Lokal des Herrn Maas, Rüttenfeld-
Essen, ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Sonntag, den 15. September, abends 7 Uhr:

Vorberufung. Konstituierung des Parteitagcs. Fest-
setzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl der Mandats-
prüfungskommission.

Montag, den 16. September, und die
folgenden Tage:

- 1. Geschäftsbericht des Vorstandes:
a) Allgemeines.
Berichterstatler: F. Ebert.
b) Kaffe und Presse.
Berichterstatler: A. Gerisch.
c) Parteischule und Bildungsausschuß.
Berichterstatler: D. Schulz.
2. Bericht der Kontrollkommission.
Berichterstatler: A. Kaden.
3. Parlamentarischer Bericht.
Berichterstatler: A. Südekum.
4. Bericht vom Internationalen Kongress.
Berichterstatler: P. Singer.
5. Reisebericht.
Berichterstatler: A. Fischer.
6. Die letzten Reichstagswahlen und die politische Lage.
Berichterstatler: A. Weber.
7. Die Alkoholfrage.
Berichterstatler: E. Wurm.
8. Sonstige Anträge.
9. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und
des Ortes, an dem der nächste Parteitag statt-
finden soll.

Parteigenossen! Der Parteivorstand richtet an Euch die
Aufforderung, die Vorarbeiten für den Parteitag — also die
Wahl von Delegierten wie die Stellung von Anträgen —
rechtzeitig zu bewirken.

Die Anträge müssen spätestens am 19. August im Besitze
des Vorstandes, Adresse:

W. Pfannkuch, Berlin SW. 68,
Lindenstr. 69,

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 14, Ab-
satz 2 der Parteio rganisation im „Vorwärts“ veröffentlicht und
in die gedruckte Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegen-
zeichnung der Vertrauensperson oder des Vorstandes der
örtlichen bzw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung
und Beratung gelangen sollen.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden
ersucht, von ihrer Delegation dem Vorstände und dem Lokal-
komitee rechtzeitig Mitteilung zu machen, damit ihnen die
Vorlagen und eventuell weitere Mitteilungen zugesandt werden
können.

Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

Wilhelm Ostkamp, Essen a. d. Ruhr,
Kirchstr. 20.

Mandatsformulare sind durch das Parteibureau:
W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 zu beziehen, der
Verband erfolgt vom 19. August an.

Die Genossen, die Anträge einreichen, werden darauf
aufmerksam gemacht, daß etwaige den Anträgen beigegebene
Notize weder im „Vorwärts“, noch in der den Delegierten
zugehenden Vorlage Aufnahme finden können. Es steht den
Genossen das Recht zu, ihre Anträge selbst oder durch be-
freundete Genossen auf dem Parteitag mündlich zu begründen.
Ein Abdruck der Notize verbietet sich aber aus räumlichen
Gründen und um Wiederholungen zu vermeiden.

Berlin, den 22. Juni 1907.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Die Kolonialpolitik
als Kulturgefahr.

II.

Der frühere Kolonialhandel entsprang hauptsächlich dem
Bedürfnis nach Kolonialprodukten. Als die
Portugiesen und Spanier, die Holländer und Engländer nach
Ostindien gingen, geschah es zu dem Zweck, die ostindischen
Schäpe, Gold und Silber, Diamanten, Perlen, Gewürze,
feine Baumwollgewebe, Seidenstoffe, Farbstoffe von dort zu
holen. Vordem war dieser Handel mit Indien über den
Orient und Benedig gegangen. Durch die Entdeckung des
Seeweges nach Ostindien war ein direkter Seeverkehr möglich,
und die seefahrenden Nationen brachten nunmehr durch koloniale
Erwerbungen in Ostindien den Handel an sich.

Allmählich vollzog sich eine Umwälzung dieses
Handelsverkehrs. In dem Maße, wie sich in Europa
der Markt erweiterte — durch Erstarben der Städte und Ent-
wicklung der kapitalistischen Produktion — trat neben dem
gesteigerten Konsumtionsbedarf nach Kolonial-
produkten nunmehr auch der Produktionsbedarf
auf, die Nachfrage nach gewerblichen Roh- und Hilfs-
stoffen. Die Gewürze wurden im kolonialen Handels-
verkehr durch Produkte eines größeren Massenverbrauchs ver-
drängt, durch Tabak, Kaffee, Tee, Zucker. Die koloniale Aus-
beutung, die bis dahin eine bloße Ausplünderung der Natur-
schätze der fremden Länder gewesen war, verwandelte sich in
Plantagenwirtschaft. Gleichzeitig aber entstanden
gewaltige Siedelungskolonien, zu denen
die kapitalistische Umwälzung der Produktionsweise den
Anstoß gab. Durch die Proletarisierung der Massen
in europäischen Staaten, namentlich England, aber auch
Deutschland und den übrigen Ländern, floß ein kolossaler
Auswandererstrom nach Nordamerika, und diese Auswanderung
legte den Grund zu der größten kolonialen Ent-
wicklung aller Zeiten.

Vordem bestand die europäische Auswanderung nach den
Kolonien vornehmlich aus Abenteurern, die rasch reich werden
wollten. Wo sie Plantagen errichteten, bereicherten sie sich
durch die Ausbeutung der Sklavenarbeit. Sie gingen auch
mit Vorliebe nach den Tropen und den subtropischen
Gebieten, deren Klima zwar für den Europäer wenig
verträglich ist, die aber die größte Ausbeute ermöglichten.
Die proletarisierten Bauern, die nach Amerika gingen, suchten
vor allen Dingen Grund und Boden, um ihre eigene
Arbeitskraft produktiv zu verwerten zu können.

Sie wählten sich deshalb auch zur Ansiedelung diejenigen
Gebiete, die ihren klimatischen und Bodenerhältnissen nach
den europäischen am meisten entsprachen. Mit der Besiedelung
Nordamerikas begann der amerikanische Getreide-
bau, der allmählich so gewaltige Exportüber-
schüsse für Europa lieferte. Zu gleicher Zeit blühte die
Baumwollkultur in den südlichen Teilen der Union
rasch empor. Nur kam freilich diese kolossale Entwicklung
Amerikas nicht dem Mutterlande zu statten, da sich die
amerikanischen Ansiedler bereits im 18. Jahrhundert ihre Un-
abhängigkeit erkämpft hatten.

Die kapitalistische Wandlung der europäischen Staaten
und der veränderte Charakter der kolonialen Ausbeutung
drücken sich deutlich aus in der Zusammensetzung der Waren-
einfuhr. So zeigte die Wareneinfuhr des Deutschen Reiches
im Jahre 1905 nach ihren Hauptgruppen folgende Zahlen:

Table with 2 columns: Category and Value.
Nahrungs- und Genussmittel, Vieh 2518 Mill. Mark
Rohstoffe für Industriezwecke 8516
Fabrikate 1440

Die Nahrungs- und Genussmittel, in erster Linie das
Vrotgetreide, spielen also im Warenbezug Deutschlands
eine gewaltige Rolle. Sie machen allein 30 Proz. seiner
Wareneinfuhr aus. Und gerade diese Wareneinfuhr sucht
man nicht nach Möglichkeit zu erleichtern, sondern
nach Möglichkeit durch Schutzölle und andere Ein-
fuhrschranken zu erschweren! Unter der Waren-
einfuhr befanden sich ferner: Kaffee 170 Millionen Mark, Tabak-
blätter 122 Millionen Mark, Kakaobohnen 33 Millionen Mark.
Auch diese Produkte sind mit einem hohen Zoll belegt,
der 1905 beim Kakao 31 Proz., beim Kaffee 42 Proz. und
beim Tabak circa 50 Proz. des Wertes der Einfuhr betrug.
Bekanntlich haben diese Produkte in den Kolonialflugblättern
während der letzten Wahl eine große Rolle gespielt. Mit Recht
sagt aber Parvus:

„Wenn nun diese überseeischen Erzeugnisse für Deutschland nach
Ansiht der Regierung wichtig genug sind, um die Kolonialpolitik
mit ihren Kolonialkriegen und ihren Marineausgaben zu rechtfertigen —
weshalb hindert man ihre Zufuhr durch
Zölle und weshalb verteuert man sie? Man braucht
Schutzölle, um die Marineausgaben zu bezahlen; die
Marineausgaben, um die Kolonien zu stützen; die
Kolonien, um — jenen Kakao zu liefern, den man billig
und einfach haben könnte, wenn man die Schutzölle
nicht hätte!“

Man nimmt dem deutschen Arbeiter das Brot und das
Fleisch vom Munde, um ihm auf dem Präsentierteller
etliche Kakaobohnen aus Ostafrika zu überreichen,
die er mit Goldesgewicht bezahlen muß, wenn er sie genießen
will.“

Unter der Rohstoffzufuhr nehmen die Textilstoffe den
ersten Rang ein, nämlich rohe Baumwolle mit 398 Millionen
Mark, Baumwollgarn mit 65 Millionen Mark, Jute mit
48 Millionen Mark, Schafwolle mit 327 Millionen Mark.
Bekanntlich agitieren unsere Kolonialsexe mit dem Argument,
daß unsere Kolonien dazu dienen sollten, uns in Bezug auf
Baumwoll- und Wollproduktion von dem Aus-
lande möglichst unabhängig zu machen. Bei der bereits jetzt
so kolossalen Produktion an Baumwolle ist's aber ganz aus-
geschlossen, daß die in Logo oder Ostafrika produzierte Baum-
wolle — von der Qualitätsfrage ganz abgesehen, obwohl auch
diese eine sehr erhebliche Rolle spielt — zu billigeren Preisen
geliefert werden könnte, als die amerikanische, die indische oder
ägyptische Baumwolle. Sind doch die Baumwollpreise seit
den 70er Jahren im Preise beständig herabgegangen und zwar
in einem Maße, daß zeitweilig sogar die Baumwollspinnereien
und Webereien, die doch an den billigen Rohstoffpreisen
interessiert sind, dies Herabgehen des Preises als eine Störung
der Produktion empfanden, da ihre Fabrikate durch jede neue
Baumwollzufuhr entwertet wurden.

Ebenso wenig wie an billigerem Baumwollbezug aus
unseren Kolonien zu denken ist, ist auch zu erwarten, daß
Südwestafrika die Wolle billiger liefern könne, als
die konkurrierenden Auslandsstaaten. Zwar gehört Südwest-
afrika zu den Wolllieferanten Europas, aber es ist längst von
Australien überflügelt worden. Auch ist, wie schon be-
merkt, der Wollpreis ganz erheblich herabgegangen. Schließ-
lich bemerkt Parvus durchaus zutreffend:

„Die billige Produktion von Rohstoffen kann eben-
wenig Ziel der modernen Kolonialpolitik der europäischen
Staaten sein, wie die billige Produktion von Nahrungs-
mitteln, denn es fehlen dazu die tatsächlichen Voraus-
setzungen. Und wenn es Deutschland wirklich gelingen
sollte, eine erhebliche Baumwollkultur in Afrika zu entwickeln, so
würde die erste Folge davon sein, vorausgesetzt, daß nicht eine
grundschädliche Aenderung der Handelspolitik
des Reiches eintritt, die Befragung der außerkolonialen
Baumwolle mit einem Einjahrzoll. Wie man die Lebens-
mittel durch den Zoll verteuert und wie man das Baum-
wollgarn, trotzdem es dem Produktionsbedarf der Webereien
dient, mit einem Zoll belegt hat, so wird man auch sehr zum
Schaden der deutschen Textilindustrie einen Zoll
für rohe Baumwolle einführen, um die koloniale
Baumwollkultur zu fördern. Schutzölle und Kolonialpolitik
gehen jetzt Hand in Hand, so daß man die Kolonialpolitik
Europas nur noch voll begreift, wenn man sie in Verbindung
setzt mit seiner Schutzölpolitik.“

Wie recht Genosse Parvus mit dieser Auffassung hat, be-
weist ja die im „Vorwärts“ wiedergegebene Petition der
Posener Landwirtschaftskammer, die ausdrücklich
dagegen protestiert, daß eine „kapitalistische“ Kolonial-
politik betrieben werde. Die Landwirtschaft könne nur eine
„agrarische“ Kolonialpolitik unterstützen, d. h. eine
Kolonialpolitik, die nicht die Industrie und die Industrie-
arbeiter fördert, sondern in erster Linie unseren Kolonial-
agrariern nützt. Nicht die Verbilligung der Lebensmittel
und der Rohstoffe wird durch diese Kolonialpolitik bezweckt,
sondern lediglich die Bereicherung kleiner Schichten von
Kolonialinteressenten: der Plantagenbesitzer, der südwest-
afrikanischen Farmer, der Kolonialexporteure und jener Wörse-
kreise, für die die kolonialen Eisenbahnbauten, wie wir wieder-
holt nachgewiesen haben, das denkbar profitabelste Geschäft
darstellen.

So wenig aber die Kolonien als billige Bezugsquellen
für Nahrungsmittel und Rohstoffe in Frage
kommen können, so wenig spielen sie für den aus-
wärtigen Handel Deutschlands eine Rolle. Der aus-
wärtige Handel Deutschlands verteilte sich 1905 nach den
einzelnen Erdteilen folgendermaßen:

Table with 3 columns: Region, Import to Germany, Export from Germany.
Europa 4633 4380
Nordamerika 1014 665
Südamerika (auch Zentralamer.) 833 392
Asien 508 817
Australien 164 53
Afrika 228 123
Zusammen 7840 5890

Diese Gestaltung der Handelsbeziehungen beweist, daß
heute ein Gegensatz zwischen dem Industrieland und
dem industriellen Absatzgebiet nicht mehr
existiert. Das wichtigste Absatzgebiet für die Industrie
sind gerade die Industrieländer. Gehen doch 21 Proz.
der deutschen Wareneinfuhr nach England, 9 nach den Ver-
einigten Staaten, nach Frankreich, Belgien, Holland und die
Schweiz zusammen weitere 23 Proz.

„Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Sie
konnten aber erst zum Vorschein kommen, nachdem neben
England sich noch andere Industriestaaten entwickelt hatten.
Denn bis dahin war das tatsächliche Verhältnis auf dem
Weltmarkt ein anderes. England bezog seine Rohstoffe aus
den Kolonien, die Nahrungsmittel vom europäischen Festland
und benutzte dieses als Absatzgebiet für seine Fabrikate. Diese
Sonderstellung Englands wurde aber nur bedingt durch die
geringe Entwicklung der Industrie und des Weltmarktes und
die Rückständigkeit der sozialen Entwicklung Europas. Das
19. Jahrhundert hat mit diesen Bedingungen der industriellen
Vorherrschaft Englands gründlich ausgeräumt. Es hat die
maschinelle Technik auf wissenschaftliche Grundlagen gestellt

und sie dadurch zum Gemeingut aller Nationen gemacht; es hat in Europa und Amerika die kapitalistische Ära sich etabliert. . . Die Weltmarktentwicklung hat nicht nur die technischen und sozialen Bedingungen der Produktion in Europa, Amerika und zum Teil in Asien ausgeglichen, sondern sie hat, wie die Zahlen der Handelsstatistik zeigen, die Industrien aller Länder in die tiefsten und umfassendsten Zusammenhänge und Wechselwirkungen untereinander gebracht. Es kam als Grundgesetz hingestellt werden: die Entwicklung eines Industrielandes hängt vor allem von der Entwicklung seines Handelsverkehrs mit den anderen Industriestaaten ab.

Die Weltmarktentwicklung drängt zu einem immer größeren Zusammenschluß der Industrieländer, die Weltmarktentwicklung schafft eine Weltproduktion, die nach der ihr entsprechenden politischen Form ringt. Die Handelspolitik der kapitalistischen Regierungen ist aus dieser Produktionsentwicklung nicht zu erklären, sondern nur als Gegenatz zu ihr zu begreifen.

Wir stehen hier auf dem Kampfe der kapitalistischen Produktionsentwicklung gegen die geschichtlich übernommene Staatsgliederung. Dieser Kampf hat seine große Geschichte hinter sich. Er war es, der die feudalen Schranken aufgehoben und den zentralisierten Staat gebildet hatte. Er schuf später den nationalen Staat. Die Kapitalistenklasse war der revolutionäre Träger dieser Entwicklung. Nunmehr stößt die Produktionsentwicklung mit dem erreichten Grade der Entwicklung des Weltmarktes wieder auf politische Schranken, aber die Kapitalistenklasse fördert nicht mehr diese Entwicklung, sondern sie wirft sich ihr entgegen. Denn um diese Zeit hat die kapitalistische Entwicklung bereits eine Stadio erreicht, auf der die kapitalistische Eigentumsform sich in einen permanenten Gegensatz zur Produktionsentwicklung befindet. Der Träger der neuen Entwicklung kann nur noch das Proletariat sein.

Clemenceaus 22. Januar.

Paris, 20. Juni. (Fig. Ver.)

Du hast's gewollt, Georges Clemenceau! . . . Aus der friedfertigen Bewegung der Winger ist eine Revolte geworden, aus dem passiven Widerstand der Bürgerkrieg. Der Bürgerkrieg mit allen seinen Schrecken, mit Straßenkampf und Bürgermord. Seit 1871 ist in Frankreich nicht soviel Blut vergossen worden wie gestern in Narbonne. — Chalons, Amoges, ja selbst Joumies ist übertroffen. Denn dort war es immer noch ein bloßer Teil der Bevölkerung, der mit der bewaffneten Macht des Staates zusammenstieß. Gestern war es aber eine ganze Stadt, oder vielmehr eine ganze Provinz — denn auch in den anderen Städten des Wingerlandes hat es Zusammenstöße gegeben, und in Montpellier soll beim Sturm auf das Gefängnis, wo Ferroul und seine Kameraden saßen, ein Mann getötet worden sein.

Wie viele Menschen aber sind in Narbonne getötet worden? — Herr Clemenceau hat heute in der Kammer „nur“ ein Opfer zugegeben. Der Tote ist Genosse Lamond, der ehemalige Sekretär der Arbeitsbörse und Mitglied des Winger-Komitees. Es ist nachgewiesen, daß Lamond an dem Sturm auf die Präsektur nicht teilgenommen hat. Er sah mit seiner Tochter vor einem Café, als er von 5 Kugeln durchbohrt wurde! Auch seine Tochter ist schwer verwundet, nach einigen Angaben sogar schon tot!

Die Blätter geben noch weitere Details. So wird ein noch fast im Knabenalter stehender Sohn eines Photographen unter den Toten genannt. Sicher ist auch, daß sich unter dem Militär und unter den Gendarmen viele Verletzte befinden. Der Minister bestreitet allerdings die Zuverlässigkeit aller nicht von ihm ausgehenden Nachrichten. In der Tat hat die Regierung seit vorgestern abend strenge Deyeschenszungen geübt, die telegraphische und telephonische Verbindung mittels Spezialdraht überhaupt eingestellt, und nun sind es — die Aufständischen, die ihr diese Mühe abgenommen haben: Die Regierung hat keine sichere Verbindung mehr mit den Behörden von Narbonne. Clemenceaus Mitteilung, daß der Präsekt und der Gendarmeriekommandant nicht in die Stadt gelangen können, bedeutet, daß sie vom Volk in der Unterpräsektur eingeschlossen sind!

Herr Clemenceau hat in der Kammer erklärt, er habe strenge Instruktionen gegeben, um das Blutvergießen zu vermeiden; er habe Aufforderungen unter Trommelwirbel vorgeschrieben und den Gebrauch der Feuerwaffe nur für den äußersten Notfall gestattet. Dem stehen freilich die Meldungen einiger Blätter entgegen, die behaupten, die Gendarmen hätten ohne vorhergegangene Ermahnung aus den Fenstern der Unterpräsektur Revolvergeschosse abgegeben und sich mit einer Salve nicht begnügt, vielmehr hätten sie und die Kürassiere ein anhaltendes Feuer gegen die waffenlose, fliehende Menge unterhalten.

Clemenceau deklamierte heute weinerlich: „Mein Herz hat geblutet. Aber es galt, die französische Einheit zu verteidigen.“ — Nichts ist einseitiger und widerwärtiger als diese Verdächtigung. „Separatisten“ sollen auf einmal die Leute sein, die von der Nation eine solidarische Hilfe in ihrer Bedrängnis erfleht haben. Welchen Grund sollte wohl der Süden haben, sich von dem Lande loszureißen, auf das er wirtschaftlich unbedingt angewiesen ist und mit dem ihn stolze historische Traditionen verbinden?

Von Separatismus, ja auch nur von Föderalismus ist in der Wingerbewegung so wenig eine Spur wie von „antirepublikanischen“ oder „anarchistischen“ Tendenzen, die man ihr je nach Bedarf unterschiebt. Der Süden hat bisher der bürgerlichen Republik die sichersten Wähler gestellt, der Radikalfortschritt ist geradezu ein Produkt dieses Gebietes. Sollte sich dort jetzt ein Umschwung in der politischen Stimmung vollziehen, so fällt die Schuld einzig auf die Regierung, auf den Herrndünkel und den Autoritätswahn Clemenceaus und seiner Leute.

Gierig liegt eine furchtbare Gefahr für die Republik. Sie wäre zu vermeiden gewesen, wie das Blutbad. Die Regierung hat aber selbst das Volk auf die Bahn des Aufruhrs getrieben, indem sie die Mitglieder des Komitees verhaftet hat, die einzig die Disziplin der erregten Massen aufrechterhalten konnten. Clemenceau hat die bornierte Zuvorsicht der reaktionären Staatsmänner auf die Allmacht der Dajonette geteilt, sich eingebildet, die moralische Macht des Vertrauens zu einem selbstgewählten Führer könne durch den Schrecken erregt werden. Nun, er hat sich schwer getäuscht, leider nicht sich allein zum Schaden.

Morgen wird er sich vor der Kammer zu verantworten haben. Es wird ihm kaum gelingen, sich auch diesmal zu

relten; denn er kann nicht einmal an das Masseninteresse zu seiner Verteidigung appellieren. Einen ausgesprochenen Arbeitermord hätte ihm die Moral der Bourgeoispolitiker noch verziehen. Das von Herremann und Ordnungsbizentium provozierte Blutbad von Narbonne aber dient nicht der Bürgerklasse und hat ihren Staat nur kompromittiert. Die Bauern im Süden haben es nun erfahren: Die kapitalistische Ordnung kann ihrer Arbeit den gebührenden Lohn nicht sichern, und die bürgerliche Republik hat keine Hilfe für sie. Der Kapitalismus ließ sie bei der Kultur des Weinstocks Hungers sterben, und Herr Clemenceau bescherte ihnen die „Kultur“ der blauen Wöchner.

Das politische Endergebnis über Georges Clemenceau wird morgen gesprochen werden. Formuliert ist es schon und sogar in ausgezeichneter Weise. Im Tage nach dem Blutbad von Joumies, vor nunmehr 16 Jahren, bestieg ein Redner die Tribüne der Kammer und schmetterte die vernichtenden Worte in den Saal:

„Wer könnte hier oder vor Europa, vor der ganzen Welt behaupten, daß die Dinge, die sich vor der Kafflade zugetragen haben, den Tod dieser Frauen und Kinder rechtfertigen, deren Blut das Pflaster gerötet hat? Nein! Sicher besteht ein schreckliches Mißverhältnis zwischen den Vergängen vor der Kafflade und der Kafflade selbst. Ich habe nicht zu prüfen, wie sich die Dinge zugetragen haben. Das ist nicht der Gegenstand meiner Rede. Ich will es gar nicht wissen. Aber noch einmal: Es besteht ein ungeheuerliches Mißverhältnis zwischen dem Angriff und der Abwehr, und auf dem Pflaster von Joumies ist da irgendwo ein Fleck von unschuldigem Blut, der um jeden Preis abgewaschen werden muß. Wehe uns, daß wir es nicht gesehen haben, das Blut der Bürgerkriege. . . Aber geben Sie acht: Die Toten sind große Beschreier! Man muß sich mit dem Leben beschäftigen.“

Der Redner von damals heißt — Georges Clemenceau.

Die Soldaten meutern!

Paris, 21. Juni. 300 Soldaten verließen gestern abend meutend mit Waffen und Patronen ihre Kaserne in Agde und marschierten auf Béziers, wo sie heute früh um 6½ Uhr eintrafen.

Paris, 21. Juni. Die 300 meuternden Soldaten von Agde hatten ihre dortige Kaserne auf Aufforderung der Menge, die in die Kaserne eingebrungen war, verlassen. Sie kampierten jetzt auf dem Marktplatz von Béziers.

Paris, 21. Juni. In dem heute mittag abgehaltenen Kabinettsrat berichtete Ministerpräsident Clemenceau über die Meldungen aus Agde: 300 Mann des 17. Linienregiments hatten sich jeder in dem Pulverhaufe 200 Patronen angeeignet, um, wie sie sagten, die Kürassiere in Narbonne zu töten, und sind dann nach Béziers marschiert, wo sie heute früh 6½ Uhr eintrafen. Als sie in der Kaserne des 81. Linienregiments nicht die erbetene Aufnahme fanden, ersuchten sie den Unterpräsekt, dem Ministerpräsidenten mitzuteilen, daß sie bereit wären, nach Agde zurückzukehren unter der Bedingung, daß keine Disziplinarmaßnahmen gegen sie ergriffen würden. Darauf baten sie, ihre frühere Kaserne in Béziers beziehen zu dürfen. Der Ministerpräsident ließ ihnen unverzüglich antworten, daß er es ablehne, mit ihnen zu parlamentieren und auf keinerlei Bedingung eingehe. Die Minister erklärten ihre volle Zustimmung zu diesem von Clemenceau erteilten Bescheide.

Paris, 21. Juni. Da die Schienen auf der Strecke Montpellier bis Béziers ausgehoben waren, so konnte General Bailoub sich nicht nach Béziers begeben, um die Untersuchung über die Desertion eines Teiles des 14. Regiments einzuleiten.

Agde, 21. Juni. Die Zahl der Fehlenden beim 17. Linien-Infanterie-Regiment beträgt 607. Sie gehören zum größten Teil der ersten Kompanie an. Die Uhr an der Kaserne ist zertrümmert. Das Polizeibüro ist verwüstet. Zahlreiche Lebelgewehre fehlen, andere sind zerbrochen.

Agde, 21. Juni. Ueber die Meuterei von Truppenteilen des 17. Linieninfanterieregiments werden noch folgende Einzelheiten bekannt:

Nach dem Abendappell zogen zwei Kompanien des 17. Linieninfanterieregiments, die in der alten Kaserne untergebracht waren, bewaffnet nach dem Kasernement des in einem Klostergebäude untergebrachten Bataillons und zwangen die Mannschaften, sich ihnen anzuschließen. Diese 6 Kompanien, begleitet von 500 Manifestanten, schlugen dann die Tore der neuen Kaserne ein und zwangen die Soldaten, die bereits zu Bett gegangen waren, aufzustehen und sich ihnen ebenfalls anzuschließen. Ein großer Teil der Mannschaften war unentschlossen. Darauf schlugen Zivilisten das Tor des Pulvermagazins ein. Patronen wurden an die Soldaten verteilt und Schüsse in der Richtung auf diejenigen abgefeuert, die sich weigerten zu folgen. Es entstand eine allgemeine Unordnung. Die Unentschlossenen überstiegen die Mauern und flüchteten nach allen Seiten.

Béziers, 21. Juni. Die von Agde kommenden meuternden Gemeinen und Gefreiten sammelten bei dem Durchzug durch die Dörfer Almosen ein. Gegenwärtig ist die meuternde Truppe in den Alleen, die sich vor dem Theater von Béziers befinden, vereinigt. Eine ungeheure Menschenmenge steht um sie herum und bringt ihnen Unterstützung. Die Mannschaften haben die Gewehre zusammengestellt und schlafen ermüdet auf Stroh, das die Einwohner herbeigeschafft haben. Der Führer einer städtischen Abordnung, der sie aufforderte, in die Kaserne zu gehen und ihnen Straflosigkeit zusicherte, wurde ausgepöffelt.

Paris, 21. Juni. Aus Béziers wird gemeldet: Der General habe das 81. Regiment ausgesandt, um die von Agde kommenden Meuterer des 17. Regiments festzunehmen. Drei Kilometer von Béziers entfernt sei es zum Zusammenstoß gekommen. Das 81. Regiment habe das Bajonett aufgespißt, die vom 17. Regiment hätten eine Salve in die Luft abgegeben, bei der niemand verletzt wurde. Darauf habe sich das 81. Regiment zurückgezogen.

Präsektur in Flammen!

Berzignan, 20. Juni. Im Laufe des Abends bedrängten die Manifestanten den leitenden Polizeikommissar dazwischen, daß er in das Grand-Hotel flüchten mußte, dessen Fenster und elektrische Lampen darauf zertrümmert wurden. Die Menge griff später den Polizeiposten in der Präsektur an, warf Steine nach dem Schreiben und rief in den Straßen das Pfaster auf. Um 10 Uhr wurden die Tore der Präsektur eingeschlagen und in dem Verschlag, wo sich die Wagen befinden, Feuer angelegt. Die Manifestanten drangen in die Zimmer des Präsekt, nahmen seinen Degen an sich und warfen das ganze Mobiliar ins Feuer. Der Präsekt verließ mit seiner Familie die Präsekt, die Feuerwerkzeuge wurden gezwungen, sich zurückzuziehen. Um 10½ Uhr stand die Präsektur in Flammen. Eine Abteilung Gendarmen drängte darauf die Manifestanten zurück, deren Zahl inzwischen abgenommen hatte.

Eine Geißel!

Narbonne, 20. Juni. Die Manifestanten bemächtigten sich im Laufe des Abends eines Polizeikommissars, den sie als Geißel bei

sich behielten. Der Verlehr in den Straßen ist nur denen erlaubt, die nach Hause zurückkehren wollen. Die Annäherung an Argeliers ist verboten.

Marcellin Albert.

Paris, 21. Juni. Der „Matin“ meldet aus Montpellier, Marcellin Albert befindet sich auf dem Wege nach Paris, um sich heute im Sitzungssaal der Kammer während der Sitzung als Gefangener zu stellen.

Clemenceau vor der Kammer.

Paris, 21. Juni. Benoist und Rufferre fragen an wegen der Vorgänge in Narbonne. Ministerpräsident Clemenceau erklärt: Die Kürassiere, die bei der Verhaftung Ferrouls die Ordnung sicherten, hätten Mäßigkeit bewiesen, die Volksmenge dagegen, die mit Steinen warf, habe sich brutal gezeigt. Etwa 100 Soldaten seien verwundet worden. Die Bewohner Narbombs seien in ihre Behausungen zurückgekehrt, die Aufrehrer seien verschwunden. Er (der Ministerpräsident) billige das Verhalten des die Truppen befehligen Generals, der sich nicht auf eine Schlägt mit Aufrehrern und Brandstiftern einlassen wollte. (Anhaltender Beifall.) Das schwerste Unglück würde gegenwärtig sein, wenn die Regierung Kapitalisten würde vor einer disziplinlosen Soldateska. (Beifall.) Die Reuterer seien aufgefordert worden, sich wieder mit ihrem Korps zu vereinigen, und die Behörde rechne darauf, daß sie sich unterwerfen würden. Die Reuterer seien keine Deserteure. (Unruhe im Zentrum.) Keine Ingeklärtheiten seien ihnen gemacht worden. Der Ministerpräsident schließt: „Um die Unterdrückung der Unruhen fortzuführen, brauchen wir das Vertrauen der Kammer.“ (Langandauernde Bewegung, Beifall auf einigen Bänken.)

Darauf begründet Alby (sozialistischer Radikaler) seine Interpellation. Er tadelt die Regierung, weil sie Repressivmaßnahmen gegen eine friedliche Bevölkerung ergriffen habe, welche die Grenzen der Gesetzlichkeit nicht überschritten hätten. (Unruhe.) Redner behauptet, die Kürassiere hätten gegen eine Schenke, in der man ihnen Getränke verweigerte geschossen! Die Soldaten hätten zu ihrem Vergnügen Revolvergeschosse abgegeben. Die äußerste Linke bricht darauf in Schmäheren gegen Clemenceau aus.

Dieser sowie der Kriegsminister Biquart weisen die von Alby gegen die Truppen vorgebrachten Unterstellungen mit Entrüstung zurück. Alby fährt dann in seiner Rede fort. Er spricht den meuternden Soldaten seine Billigung aus, die sich gemeldet hätten. Polizeiverbote zu sein, und verlangt die Freilassung Ferrouls und der übrigen Verhafteten, damit die Ruhe wieder hergestellt werde. Er fragt, ob die Regierung, die fünf Armeekorps nach dem Süden geschickt habe, berechtigt sei, mit den Repressivmaßnahmen fortzufahren. Schließlich fordert Alby den Ministerpräsidenten auf, mit der Repression aufzuhören, die zum Aufruhr und zur Revolution führen müsse. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Juni 1907.

Die Hoffnung des Liberalismus.

Ungebuldig blüht die liberale Presse nach Kiel. Von dort, wo am Donnerstag der Kanzler dem Kaiser Vortrag hielt, muß die schwerwiegende Entscheidung, muß Heil oder Unheil kommen. Vom Wort des Kaisers hängt das Liberalismus Zukunft ab. Bülow, der Kanzler, der ein agrarischer noch im Grabe sein will, wird in Ermangelung anderer Vorkämpfer zum liberalen Marquis Posa genommen und die bange Sorge, daß er über die Fäden der Rheinbaben-Kamarilla noch kurz vor der Erfüllung stolpern und dabei den Mikstopf der Blaupolitik und der erhofften liberalen Herrlichkeit zertrümmern werde, hebt aus allen Spalten der liberalen Presse. So murmelt sie dem die kräftigsten Beschwörungen und hält kampfhaft die Daumen für den Mann, an dem ihre Hoffnung hängt. Sie, die so bescheiden sein konnte, wo es Zeit gewesen wäre, laut zu fordern, die kein Wort des Labels hatte — bis auf das eine „Berliner Tageblatt“ —, als der Freisinn auf die Verhandlung seines Wahlrechtsantrages im Landtage verzichtete, sie ist jetzt plötzlich ungebuldig bis zum äußersten und erküßt sich zu erklären, daß der Unliberalismus im Reich die Blaupolitik nicht mehr mitmachen kann, wenn ihm in Preußen nicht auch ein wenig Anteil an der Regierungssonne gegeben wird. So soll die Position des Kanzlers gegen die preussische Bureaucratie gestärkt werden. Die „Freisinnige Zeitung“ setzt auseinander, daß konservativ-liberale Paarung im Reich und konservativ-keritale Paarung in Preußen nebeneinander nicht bestehen können, weil schon die Personalunionen eine derartige Doppelpolitik unmöglich machen würden. Technisch äußert sich eine ganze Reihe anderer freisinniger und nationalliberaler Blätter. Sie sind ungebuldig geworden und wollen ein Zeichen sehen, ein Zeichen, daß ein „neuer Kurs mit neuen Männern“ anheben wird, wie die „Vossische Zeitung“ schrieb.

Sie hoffen und harren und greinen schon im Voraus vor Angst, daß es wieder einmal nichts ist, wie allerdings sehr wahrscheinlich. Im jammervollen Gefühl der eigenen Schwäche klammern sie sich an den Glauben auf Hilfe „von oben“ — nicht besser läßt sich ihre Gemüts- und Leibbesetzung charakterisieren als mit den Worten, womit die „Allgemeine Z. S. am Mittag“ einen Artikel „Der Reichskanzler und die Koterie“ schließt:

„Es fragt sich nun, wie stark Bülow schon im Gedränge steht, und ob er trotz der offensbaren Sympathien selbst freikonservativer Politiker nicht schon zu weit im Hintertreffen steht, um sich noch herauszuheben. Gelingt ihm das nicht, so wäre das überaus traurig, nicht um des Fürsten Bülow willen, auf den es uns gar nicht ankommt, sondern weil darin der Beweis läge, daß die einige hundert Köpfe starke preussische Reaktion härter ist als der von Begeisterung getragene Wunsch und Willen des ganzen deutschen Volkes.“

Es wäre sehr traurig . . . Elegische Klage, das ist's, wozu es dieser Liberalismus noch bringt. Und der will herrschen . . .

Sozialistische Minister.

Einen Beitrag zur Geschichte der französischen Sozialdemokratie nennt Genosse Jaures einen Artikel mit der obigen Ueberschrift, den er dem „Berl. Tageblatt“ gesandt hat. Er zeichnet darin von seinem Standpunkt aus die Ministerchaft Willeronds, dessen Tätigkeit eine fruchtbarere gewesen sei und dessen Ablehnen von der sozialistischen Partei er bebauert im Interesse der Arbeiterklasse und des Sozialismus. Viel schärfer urteilt er über die beiden jetzigen „sozialistischen“ Minister: Briand nennt er einen „geschickten, aber mittelmächtigen und zynischen Intriganten“, dem seine frühere Parteizugehörigkeit eine Last ist! Von Viviani sagt Jaures, daß er sich trotz der besten Absichten nur auf eine beständig bedrohte Defensiv- und beschränkte Rolle beschränken könne. Besonders rügt er, daß Viviani sich den standeshaften Verfolgungen der Syndikalistischen Beamten nicht widersetzt hat, obwohl er doch vor seinem Eintritt ins Ministerium die gewerkschaftliche Organisation der Beamten begünstigte.

Für Jaures ist der Dredener Beschluß über die Mitarbeit von Parteigenossen an bürgerlichen Blättern nicht verbindlich. Wir allerdings würden in ähnlichen Fällen auf Grund unserer Anschauungen von internationaler Solidarität die Beschlässe der Arbeiterpartei als auch für uns geltend anerkennen. —

Süddeutsche Nationalliberale.

Der engere Ausschuss der nationalliberalen Partei Badens hat Meier Tage eine Erklärung beschlossen, worin er gegen die badische Zentrumspreffe und ebenso gegen einige Blätter der eigenen Partei erklärt, daß er einmütig der Ansicht ist, es liege kein Anlaß vor, das Stichwahlabkommen mit der Sozialdemokratie für die Landtagswahlen von 1905 zu bereuen oder sich desselben zu schämen.

Die norddeutschen Gefinnungsgenossen der badischen Nationalliberalen werden sich betrogen.

Die Schulfreundlichkeit des Zentrums.

Während des bayerischen Landtagswahlkampfes ging durch liberale Blätter die Mitteilung, der Zentrumsabgeordnete Dr. Pöcher habe in einer Versammlung in Simbach geäußert: „Je unterrichteteter einer von der Schule kommt, desto größer wird nachher der Pump“. Die „Donauzeitung“, das Zentrumsorgan des Bezirkes, hat zugeben müssen, daß dieser oder ein ähnlicher Satz gesprochen worden ist, wozu aber der liberalen Presse Rücksicht vor, weil sie den Zusammenhang verschwiegen habe. Dr. Pöcher habe sich dagegen gewandt, daß die Schule nur zu unterrichten, nur Wissen zu vermitteln habe, ihre Hauptaufgabe solle das Erziehen sein; sie solle nicht nur Geistes-, sondern auch Sittenbildung vermitteln.

Daß durch diese Feststellung die Position des Dr. Pöcher wesentlich gebessert würde, will uns nicht einleuchten. Er ist der Ansicht, wie sich gerade aus dem Zusammenhang der Rede ergibt, daß die Herzensbildung um so besser sein müsse, je weniger Wissen der Mensch besitzt. Das genügt, um die Bildungsfreundlichkeit des Zentrums erkennen zu lassen.

Vom humanen Strafvollzug.

Wie unbegründet die Beschwerden über die Härten unseres Strafvollzuges sind, das lehrt eine Meldung, die zurzeit durch die Blätter geht. Danach ist einem Strafgefangenen, trotz des Umstandes, daß er sich bereits einmal der Inhaftnahme durch eine Auslandsreise entzogen hat, dennoch von der Verwaltung des Gefängnisses in Regal, wo er eine mehrmonatige Strafe zu verbüßen hatte, Urlaub zur Regelung dringlicher Privatangelegenheiten gewährt worden. Der Herr hat sich nun nach Ablauf des Urlaubs nicht wieder eingefunden, und denkt anscheinend vorläufig nicht daran, die Räume des Gefängnisses zu Regal wieder zu beziehen. Obgleich die Verlon des Herrn ja eigentlich nichts zur Sache tut, wollen wir etwazigen neugierigen Lesern doch seinen Namen verraten: es ist der Graf Süder-Klein-Lschirne.

Die „Voss. Zig.“ höhnt: „Zarivahr, die Sozialdemokratie braucht sich über Mangel an wirksamem Agitationsstoff wahrlich nicht zu beklagen.“

Eine kleine Heeresvermehrung.

Wie die „Alein.-Wess. Zig.“ von militärischer Seite erfährt, steht eine Umgestaltung der Eisenbahntrouppen bevor, die auch zugleich eine beträchtliche Vermehrung des bisherigen Bestandes im Gefolge hat. Aus der einen Brigade von 3 Regimentern soll eine Division von 2 Brigaden zu 2 Regimentern gebildet werden. Die eine Brigade soll in Berlin, die andere im Westen Deutschlands ihren Sitz haben.

Unsere Königstreuen.

In einer Polemik über den Ausfall der bayerischen Landtagswahlen schreibt Dr. Armin Rüfen in der „Allgemeinen Rundschau“ u. a.:

„... Notabene zeigt der so viel gerühmte monarchisch-dynastische Sinn der preussischen Bevölkerung in neuerer Zeit in so-distant lokalen Kreisen einen ungesunden Zug. Man medifiziert über „Majestät“, wenn man „unter sich“ zu sein glaubt; aber nach außen wird Order pariert, wenn „Majestät“ auch nur ungnädig mit den Brauen zuckt. Das gilt für Souveräne wie für liberale und freisinnige Fürsten.“

Das Medizieren war immer die Lieblingsbeschäftigung der Salaten.

Kleine politische Nachrichten.

Die Erschwahl zum bayerischen Landtag für den doppelgewählten Abgeordneten Genossen Dr. v. Haller im 6. Kärnberger Wahlkreise ist auf Donnerstag, den 4. Juli, anberaumt worden. — Im Reichsamt des Innern wird der Entwurf eines neuen Weingesetzes ausgearbeitet, der in den Hauptpunkten die vom Reichstage wiederholt unterstützten Wünsche berücksichtigen und dem Reichstage voraussichtlich in der nächsten Tagung zugehen wird. — Ein Gesetzentwurf über die Erleichterung des Wechselprozesses ist vom Bundesrat angenommen worden.

Frankreich.

Der Bloß der Arbeiterfreunde.

Paris, 19. Juni. (Fig. Ver.)

Heute fand die Wahl des Präsidenten des Generalrats des Seine-Departements statt, die durch die Wahl des bisherigen Präsidenten, des Radikalen Ranson, zum Senator notwendig geworden war. Zwei Kandidaten kamen in Betracht: der Sozialist Collin und der Rationalist Roussel. Da bisher im Generalrat wie im Pariser Gemeinderat die republikanischen Parteien in der Weise verfahren waren, daß bei der Wahl der Vorstehenden die Bürgerlich-Radikalen und die Sozialisten abwechselnd die Kandidaten stellten, so durfte man auf Collins Wahl mit Sicherheit rechnen, und die „Gemeinlichen“ haben in der Tat die Aufstellung Roussels für eine bloße Fälschungsdatatur an. Aber überraschenderweise wurde Roussel gewählt! Er erhielt 50 Stimmen, Collin nur 43, 8 Stimmen waren ersplittert.

Das Seine-Departement hat also einen nationalistischen Präsidenten trotz der eigentlich dank seiner radikalen Mehrheit! Der Bloß des Radikalismus gegen das Proletariat und die Gemeinheit der Abtrünnlinge des Sozialismus hat dem abgekauften Nationalismus zu diesem Triumph verholfen. Die „unabhängigen“ Sozialisten haben dem Genossen Collin ihre Unterstützung verweigert, und der größte Teil der Radikalen stimmte für den Kandidaten der Monarchisten und Merikalen.

Ehedem hätte ein solches Resultat eine Demonstration gegen die Regierung bedeutet. Heute ist es nur eine Andeutung der Bourgeois-Solidarität gegen die organisierte Arbeiterklasse. Die alten Parteunterschiede haben ihre Bedeutung verloren, seitdem der regierende Radikalismus an die sozialkonservativen Intelligenz der politischen Reaktion appelliert. Aber die Allianz der Radikalen mit den Rationalisten wird auf die Parteiverhältnisse im Gemeinderat notwendig zurückwirken und den Bruch zwischen den Sozialisten und den Radikalen vollständig machen.

Als die Wahl Roussels verkündet wurde, riefen die beglückten Sieger: „Es lebe die Republik!“ „Aber welche?“ fragten sozialistische Gemeinderäte. Die Verbündeten von heute werden bald keinen Zweifel darüber lassen, daß sie die Republik der Gegenrevolution, der Ausbeutung und der Arbeiterentrechtung meinen.

Belgien.

Der Protest der sozialdemokratischen Fraktion gegen die Duma-Auflösung.

Als Wortführer der sozialdemokratischen Fraktion, aber auch unter dem Beifall der freisinnigen Elemente der Linken hat Genosse Vanderveelde in der Kammer gegen die Auflösung der Duma und gegen die zaristische Vergewaltigungspolitik in entschiedener Sprache Protest erhoben. Sein Protest sowie seine dem kämpfenden Ausland ausgesprochene Belvedere wurden von dem liberalen Minister Diebaert als „Einnischung in fremde Angelegenheiten“ im Namen der Regierung zurückgewiesen, während sich die Führer der Rechten in Schweigen hielten. Trotz der geschäftigen Unterbrechungen des Vorstehenden, dem der „Zwischenfall“ nicht vorkam, blieb, wie der Liberale Lafont sagte,

die Protestkundgebung der Kamme und behält sie ihre Bedeutung auch noch in dem Sinne, daß die erste parlamentarische Brandmarlung des zaristischen Gewalttates von Brüssel, dem Sitz des internationalen sozialistischen Bureau, ausging und Vandevelde Rede so gleichsam eine Kundgebung des internationalen Proletariats darstellte.

Die russische Revolution.

Es gärt —

Petersburg, 21. Juni. Unter den Eisenbahnbeamten fanden zahlreiche Verhaftungen statt, da Delegierte von allen Eisenbahnlinien hier eintrafen, um in einer Versammlung über den Streik der Eisenbahnangestellten zu beraten. Die Abhaltung dieser Versammlung ist bisher nicht möglich gewesen.

„Zweckentsprechend.“

Petersburg, 21. Juni. Wie die „Börsezeitung“ meldet, beachtlich die Regierung, der dritten Duma, wenn ihre Zusammenkunft „zweckentsprechend“ sein sollte, ein endgültiges Wahlgesetz zur Beratung vorzulegen.

„Zweckentsprechend“, das heißt hier: reaktionär genug! Wenn die dritte Reichsduma also nach dem Geschmack Nikolaus, Stolypins und der anderen Schlauföpfe dieses Kalibers ausfällt, dann soll ein endgültiges Wahlgesetz gemacht werden. In der Tat: sehr „zweckentsprechend“. Nur daß die historische Entwicklung und die bösen Revolutionäre über „Endgültigkeit“ ganz eigene Gedanken haben.

Gefängnisse überfüllt.

Petersburg, 21. Juni. Da die Gefängnisse der Peter-Pauls-Festung überfüllt sind, die Verhaftungen aber fort dauern, so wurde die Kaserne des Festungsartilleriebataillons in ein Gefängnis umgewandelt.

Aus der Partei.

Vom Fortschritt der Presse. Die „Niederheinische Arbeiter-Zeitung“, die von den Genossen des Duisburger-Wahlkreises im Vorjahre gegründet wurde, hat sich in den neun Monaten ihres Erscheinens so günstig entwickelt, daß an eine Vergrößerung des Blattes gedacht werden mußte. Das Blatt, das bisher als Kopfblatt des Vorwärts-Parteiorgans erschien, soll vom 1. Oktober d. J. ab unter vollständig eigener Redaktion erscheinen und in der neu gegründeten Parteidruckeri in Essen gedruckt werden. In der letzten Kreisprekominationsversammlung verfaßten daher die Parteigenossen des Duisburger Wahlkreises die Resolution durch die Wahl des bisherigen Arbeitersekretärs zu Duisburg, Wilh. Fielhorn, zum Redakteur. Gleichzeitig wurde die Errichtung dreier Filialstellen in den drei größeren Orten des Kreises: Hamborn, Wilsheim a. Rh. und Oberhausen beschlossen und drei Genossen aus dem Wahlkreise zu deren Leitern gewählt. Die rasche Entwicklung des industriellen Riesenkreises und vor allem die günstige Entwicklung der Parteiorganisation lassen diese großzügigen Maßnahmen erfolgversprechend erscheinen.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Strasfants der Presse. Wegen angeblicher Beleidigung eines Kaplans wurde seinerzeit der Genosse A. Franke von der „Arbeiter-Zeitung“ zu Dortmund zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Die gegen dieses Urteil eingelegte Berufung wurde jetzt vom Landgericht verworfen.

Die Presse vor der Revisioninstanz.

In einem Artikel über die Verehrung geistig minderwertiger vom Militärdienst, der im „Volkswort für Halle“ erschienen war, soll Genosse Fröhlich die Unteroffiziere der preussischen Armee beleidigt haben. Das Landgericht Halle mußte selbst zugeben, daß in dem Artikel anerkannt wurde, daß die Militärdienstverhältnisse sich bewähren, den Prozenttag der geistig minderwertigen Rekruten herabzusetzen. In den weiteren Darlegungen aber hat das Gericht eine Beleidigung des Unteroffizierstandes gefunden und deshalb den Genossen Fröhlich zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Revision gegen dieses Urteil wurde jetzt vom Reichsgericht verworfen.

Soziales.

Die Wahrnehmung von Arbeiterinteressen — kein „berechtigtes Interesse“.

Die Art der Rechtsprechung der Strafsenate des Reichsgerichts in den Fällen, wo es sich um Rechte von Arbeitern und Gewerkschaften handelt, hat wenigstens das eine Gute, daß auch den christlichen organisierten Arbeitern die Augen über das Wesen der deutschen Justiz geöffnet werden. Am Donnerstag wurde vor dem 1. Strafsenat die Revision der Bezirksleiter des Verbandes der christlichen Vergleite (Eisg.-Verein) verhandelt. Mathias Arius hatte im Auftrage seines Verbandes an die Verwaltung des bekannten Zentrums-Kohlenmagnaten de Wendel die Forderungen seines Verbandes in einem förmlichen Schreiben mitgeteilt. Das war im November 1905. Die Grubenverwaltung hatte bis zu der Versammlung am 14. Januar 1906 keine Antwort gegeben. In seinem Referat führte dort Arius den Arbeitern das wirtschaftliche Verhältnis zwischen ihnen und der Grubenverwaltung vor Augen und kritisierte die Nichtbeantwortung der Forderungen als eine Mißachtung. In der Gesamtsitzung der Arbeitsverhältnisse auf den de Wendelschen Gruben soll nun A. u. a. gesagt haben, daß man einem Tiere doch die Zeit zum Fressen lasse, aber die Arbeiter belämen auf diesen Gruben nicht einmal eine Stunde Mittagsruhe. Das sei eine unmenschliche Behandlung. Darin wurde eine Beleidigung erblickt und A. wurde vom Landgericht in Reich zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Das Gericht selbst gab zu, daß vieles an der Kritik über die Zustände in den Gruben wahr sei. An Strafgebern würden jedem Arbeiter monatlich durchschnittlich 3,65 Mark abgezogen, die allerdings erst seit 1906 an die Anknüpfungskasse abgeführt würden. Jedoch habe seit 33 Jahren kein Anknüpfungskassenbestand. Auch sei nachgewiesen, daß einzelne Beamte Arbeiter beleidigt haben, aber — meinte das Gericht — daran seien die Arbeiter selber und die Agitation schuld. Die Wohnungen erhielten die Arbeiter sehr billig von der Verwaltung. Doch billige diese mit Recht (sagt das Gericht), daß die Arbeiter in diesen Wohnungen keinen Angehörigen herbergen dürfen, der nicht bei de Wendel arbeitet. In dem der Verwaltung gehörenden Konsumverein komme die Art der Kreditierung dem Zuckersystem sehr nahe. Trotz dieser Feststellungen verwarf das Gericht dem Verbandsbeamten den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches. Es schloß ihm an konkreten Beziehungen zur Verwaltung. Weder als ehemaliger Arbeiter bei de Wendel noch als Verbandsbeamter sei er die befugte Instanz zur Vertretung berechtigter Interessen der Arbeiter. Dann aber habe A. alle seine Behauptungen nicht aus sachlichen Gründen aufgestellt, sondern weil ihn die Nichtbeantwortung seines Schreibens gereizt und er die Grubenverwaltung bei den Arbeitern deshalb verdächtigen wollte. Wenn ihn auch die Grubenverwaltung in einem Flugblatte, das sie verteilten ließ, beleidigt habe, so seien die Beleidigungen doch nicht kompenziert.

In seiner Revision gegen dieses Urteil rügte A., daß er in der Verteidigung beschuldigt worden sei und die Verfassung des

§ 193. Er habe als Verbandsbeamter und als Mandatar der de Wendelschen Vergleite berechtigte Interessen vertreten. Der Reichsanwalt erkannte materiell die Revision als berechtigt an. A. habe Anspruch auf den Schutz des § 193. Er habe die berechtigten Interessen seiner Mandanten vertreten. A. habe sich sachlich über die Verhältnisse bei de Wendel ausgesprochen. Das geschah zum Nutzen der Organisation, umso mehr, als A. neue Mitglieder werben wollte. Hierbei stütze sich der Reichsanwalt auf ein im I. Bande des sächsischen Archivs für Rechtsprechung 1906 abgedrucktes Urteil des Oberlandesgerichts in Dresden, das in folchem wie dem hier gelagerten Fall, dem Gewerkschaftsbeamten durchaus den Schutz des § 193 zuspricht. Der Reichsanwalt beantragte Aufhebung des Urteils.

Trotzdem verwarf der I. Strafsenat die Revision. In der Begründung heißt es: Das Urteil habe verneint, daß der Angeklagte die berechtigten Interessen vertreten habe. Es sei erwiesen, daß er deshalb so wie geschehen handelte, nicht um die Sache der Arbeiter zu führen, sondern die ihm erwiesene Mißachtung zu erwidern und die Rebenkläger herabzuwürdigen.

Ergebnis: der Unternehmer behandelt die Arbeiter in einer zum mindesten die Schranken des Strafgesetzbuches streifenden Weise; ungebührlich hohe und viele Strafgebühren werden in krassem Widerspruch mit den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches und der Gewerbeordnung erhoben. Arbeiter werden aus schwerster Beleidigung, die Vorschriften über Benutzung der Wohnungen abnehmend Gefängnisreglements, die zum Schutz gegen soziale Härte erlassenen Trud- und Kreditierungsverbote werden mißachtet usw. Die Arbeiter beauftragen ihren Vertrauensmann auf Abstellung der Mißstände zu dringen. Dieser kommt seiner Pflicht brüskell und mündlich nach. Als Antwort läßt der Unternehmer ein beleidigendes Flugblatt verbreiten und stellt Strafantrag. Diesen übermittelt der Staatsanwalt dem Gewerkschaftsbeamten in Form einer „in öffentlichen Interesse“ erhobenen Beleidigungsklage. Das Landgericht hält sich für berechtigt, die Praxis des Unternehmers auf dem Gebiete des Wohnungswesens zu billigen, spricht aber dem Arbeiter mit Wahrnehmung ihrer Rechte beauftragten Gewerkschaftsbeamten ab, daß er berechtigte Interessen wahr genommen habe. Das Reichsgericht billigt diese Entscheidung. Man wird dem Land- und dem Reichsgericht das Zeugnis nicht versagen können, daß sie unbewußt die Erkenntnis über den Charakter der Klassenjustiz fördern.

Das Verlangen nach Sonntagsruhe ist egoistisch.

Die Handels- und Gewerbebesitzer in Augsburg beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Forderung der organisierten Handlungsgeschäftskassen nach der Sonntagsruhe. Die Vertreter des Großhandelskapitals meinten dazu, daß es sich nicht leugnen lasse, daß der Zug nach Sonntagsruhe in der Geschäftskassen verläßt und auch in den Kreisen der Prinzipale größere Anerkennung gefunden habe. Die intensiver werdende Anspannung im Geschäftsleben zeitige das Verlangen, vermehrte Erholungsgelegenheit zu erlangen. Auch sei der hygienische, soziale und ethische Wert der Sonntagsruhe nicht zu bestreiten. Allein es spielen in dieser Frage aber auch „wirtschaftliche Interessen“ (des Kapitals) eine große Rolle. Die Forderung nach Sonntagsruhe — erklärte ein liberaler Bankier und Kommerzienrat — sei eine rein egoistische, jedenfalls deswegen, weil die Handlungsgeschäfte auf die egoistischen Interessen der Unternehmer, die Angestellten nach Belieben auch an dem doch vom lieben Herrgott eingeweihten Sonntag ausbeuten zu können, keine Rücksicht nehmen wollten. Die Vertreter des Gewerbes in der Kammer sind in bezug auf Ausbeutung der Arbeiter mit dem sonst verhaltenen Großkapital ein Herz und eine Seele; auch sie verwarfen die Forderung nach Sonntagsruhe und meinten, den kleinen Geschäftleuten und Ladeninhabern müsse „die Arbeitsmöglichkeit“ eher noch erweitert als beschränkt werden.

Wollte also die „Arbeitsmöglichkeit“, d. h. die Möglichkeit zur unbefristeten Ausbeutung der Gehilfen nicht beeinträchtigt werden darf, wurde die Forderung der Gehilfen abgelehnt. Nur im Hochsommer soll am Sonntag eine Stunde früher Ladenschluß eintreten. — Trotz dieser unerhörten Verhöhnung der Petenten werden die Handlungsgeschäfte noch lange Zeit brauchen, bis sie sich endlich einmal einmütig gegen ihre Ausbeuter vom Geld und vom Hof aufraffen. Der prozenthafte Hohe des Unternehmertums gegen die vollberechtigten Forderungen der Handlungsgeschäfte wäre unmöglich, wenn die Prinzipale nicht mit Recht anmahnen, daß in Handlungsgeschäftsorganisationen von dem Charakter des nationalen Verbandes der Handlungsgeschäfte viel mehr die Interessen der Prinzipale vertreten werden als die der Gehilfen. Nicht der Handlungsgeschäfte, die für sich und die Ihrigen durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß etwas erreichen wollen, ist der Beitritt zum Zentrumsverband der Handlungsgeschäfte und Handlungsgeschäftsmen Deutschlands (die Berliner Ortsverwaltung befindet sich Neue Königstraße 88).

Prämien für Rassenbetrüger.

In Düsseldorf betrieben zwei Unternehmer ein Vaugeschäft. Die Arbeiter gehörten kraft des Gesetzes der freien Baunummung an. Die Unternehmer zogen den Arbeitern die Rassenbeiträge vom Lohne ab, führten sie aber nicht an die Kasse ab. Auf diese Weise unterschlugen sie in der Zeit vom April bis Dezember 1905 mehr als 400 M. Ränderungen verließen fruchtlos. Es erstattete der Rassenvorstand schließlich Anzeige. Die Strafkammer in Düsseldorf verurteilte die Unternehmer wegen der Unterschlagung zu — je dreißig Mark. Diefelbe Höhe hatte der Staatsanwalt in Antrag gebracht. Die Rechnung der Beurteilten stellt sich demnach so: unterschlagen über 400 Mark, hiervon ab Abkürzungen im Gestalt der Geldstrafe von 30 Mark, bleibt: Reingewinn über 370 Mark für Unterschlagung von Arbeitergrößen. Ein eintägiges Geschäft.

Der Internationale Genossenschaftskongress

findet vom 23. bis 25. September d. J. in Cremona statt. Die Tagesordnung enthält u. a. folgende Punkte: Die Organisation der agrarischen Genossenschaften; die Bedeutung der Großgenossenschaften; die Dienste, welche die Genossenschaften den kleinen Bauern leisten können; die Frau in der Genossenschaft; die Gesetzgebung bezüglich der Genossenschaften in den verschiedenen Ländern.

Wo ist der Wohnsitz im Sinne der preussischen Steuergerichte?

Der praktische Arzt Dr. Baumstark übt während der Wadefaison seinen Beruf in Homburg v. d. G. aus. Während der übrigen Zeit des Jahres hält er sich in Universitätsstädten auf zu Zwecken des Studiums und literarischer Arbeiten. In Homburg hat er von einer Frau W. zu einem jährlichen Mietzins von 1800 Mark eine Wohnung gemietet. Er räumt der Frau im Kontrakt das Recht ein, sie während seiner Abwesenheit im Wintersemester selber zu bewohnen, jedoch darf Frau W. die Wohnung nicht anderweitig vermieten. Der Magistrat von Homburg hatte nun Dr. W. für das volle Rechnungsjahr 1905 mit 108 Mark zur Steuer herangezogen. Er lagte auf Freistellung, soweit die Heranziehung den Betrag von 30 Mark übersteigt und zwar beruft er sich darauf, daß er sich nur von Mitte Mai bis Ende September in Homburg aufhalte. Nur solange hätte er in Homburg seinen Wohnsitz. — Der Bezirksauschuss wies die Lage ab. Als anknüpfend erachtete er, daß W. während seiner Abwesenheit von Homburg die Wohnung nicht aufgeben. Er habe die Wohnung, solange das Mietverhältnis dauere. An dem Mietverhältnis werde auch nichts geändert dadurch, daß er der Frau (der Vermieterin) das Recht erkaufte, während seiner Abwesenheit die Wohnung zu benutzen.

In seiner gegen dieses Urteil gerichteten Revision rügte er Verleugnung des Begriffs des Wohnsitzes. Dieser Begriff erfordere, daß jemand den fraglichen Ort zum ausschließlichen Mittelpunkt seines Lebens und seines Erwerbes gemacht habe. Das sei hier bezüglich Homburg nicht der Fall.

Der zweite Senat des Oberverwaltungsgerichts verwarf jedoch die Revision. Er fügte aus: Die Entscheidung hänge davon ab, ob Kläger zu der Zeit, die die Veranlagung umfaßt, seinen Wohnsitz in

Homburg b. d. H. hatte. Da komme nicht in Betracht der Wohnsitzbegriff des bürgerlichen Gesetzbuches, von dem Kläger ausgeht, sondern der des Kommunalabgabengesetzes und des Einkommensteuergesetzes. Danach aber habe jemand seinen Wohnsitz dort, wo er eine Wohnung unter Umständen inne habe, die auf die Absicht eines dauernden Aufenthalts schließen lassen. Das sei hier aber für 1906 genügend festgestellt. Kläger sei deshalb mit Recht abgewiesen.

Gewerkschaftlichen.

Berlin und Umgegend.

Anschluß des Wäsche- und Krawattenarbeiterverbandes an den Schneiderverband.

Die Filiale Berlin des Verbandes der Wäsche- und Krawattenarbeiter und Arbeiterinnen hielt am Donnerstag im „Alten Schützenhaus“ eine Mitgliederversammlung ab, in der die bevorstehende Vereinigung mit dem Schneiderverband zur Beratung stand. Wie der Filialvorsitzende Sue in längerer Ausführungen darlegte, ist der Anschluß an den Schneiderverband schon lange vorbereitet worden. Der Gewerkschaftsleiter in Köln beauftragte die Generalkommission, die dazu nötigen Schritte zu tun. Inzwischen ist die Sache so weit gediehen, daß eine gemeinsame Kommission von Vertretern der beiden Verbände sich auf folgende Bedingungen einigte:

„Der Titel des gemeinsamen Verbandes lautet: Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäsche- und Krawattenarbeiter. In den Sitzungen des Hauptvorstandes nehmen zwei Vertreter der Wäsche- und Krawattenbranche mit beschließender Stimme teil. Die angestellten Beamten übernimmt der Schneiderverband, desgleichen alle Aktiven und Passiven. Die Ortsverwaltung Berlin der Wäsche- und Krawattenarbeiter bleibt bestehen, ebenso wie der Arbeitsnachweis usw. Für den Verbandsbeitrag und für die Unterstützungen gelten die statutarischen Bestimmungen des Schneiderverbandes und des Streikreglementes.“

Der Redner empfahl den Mitgliedern, für die Vereinigung mit dem Schneiderverband zu stimmen, vor allem um dadurch für den gewerkschaftlichen Kampf besser gerüstet zu sein, zumal ja auch das Unternehmertum in der Wäscheindustrie sich immer enger zusammenschließt. — Im selben Sinne äußerte sich der Verbandsvorsitzende Keller, sowie andere Redner und Rednerinnen. Die Versammlung erklärte sich sodann einstimmig für die Vereinigung unter den aufgestellten Bedingungen. Sie sprach sich ferner dafür aus, daß die jetzt üblichen Wochenbeiträge von 40 Pf. für männliche und 20 Pf. für weibliche Mitglieder innerhalb der Branche bestehen bleiben, während der Schneiderverband bekanntlich 35 und 15 Pf. Beitrag erhebt.

Die endgültige Entscheidung über den Anschluß an den Schneiderverband wird durch eine Abstimmung getroffen, die Anfang nächsten Monats stattfindet.

In der Versammlung wurde ferner der Kassenbericht vom vergangenen Quartal vorgelegt. Die Versammlung erteilte dem Kassierer Sue einstimmig Decharge.

Achtung Steinbrücker! Der Konflikt bei der Firma W. Hagelberg ist durch Verhandlung zwischen den beiderseitigen Organisationen erledigt.

Friede im Dachdeckerberuf. Zu unserer Nachricht über die Beendigung des Kampfes im Dachdeckerberuf ist berichtend nachzutragen, daß der Tarif sofort von dem am Gewerbeamt anwesenden bevollmächtigten Vertretern der beiden Parteien bindend unterzeichnet worden ist.

Ein neuer Tarif. Die Verhandlungen der Potsdamer Maurer über den neuen für 3 Jahre gültigen Tarif haben nunmehr nach fast einem Vierteljahr ihren Abschluß gefunden. Wenn derselbe auch nicht allen Wünschen gerecht wird, so kann er doch als annähernd bezeichnet werden. Mit 179 gegen 30 Stimmen erklärte sich die letzte Maurerversammlung für dessen Annahme. Bisher erhielten die Maurer 80 Pf. Stundenlohn. Der neue Tarif bringt folgende Erhöhungen: bis zum 1. August 1907 63 Pf., vom 1. September 1907 bis 31. März 1909 65 Pf., vom 1. April 1909 bis 31. März 1910 67 Pf. Junggefelln im ersten Gesellenjahre und durch Invalidität und Alter minderleistungsfähige Gesellen werden nach Ueberkunft entlohnt. An den Sonnabenden von Anfang März bis Ende September ist eine Stunde früher Arbeitslohn, jedoch mit Lohnabzug und ohne Beizep. Diesen Punkt gedenken die Maurer nach und nach anders zu regeln. Neben anderen annehmlichen Bestimmungen über Ueberstunden usw. erhält der Tarif eine solche über bei Streitigkeiten einzusetzende Schlichtungskommissionen.

Deutsches Reich.

Die Arbeitsruhe der Maschinisten und Heizer der Schleppe, Kraft- und Bugdampfer des Rheinstromes wurde in allen Streikorten mit großer Einheitslichkeit und Präzision durchgeführt. Obwohl Kapitäne und Meister sich alle Mühe gaben, durch Versprechungen und Lockungen (einige boten sogar auf Veranlassung ihrer Firmen doppelt hohe Löhne) die Leute an Bord zu halten, gab es kein Halten mehr. Wüthten doch die geknechteten, ausgebeuteten Proletarier, welchen Wert solche in höchster Not gegebene Versprechen haben. Die Antwort, welche man gab, war in jedem Falle die gleiche und lautete: nicht eher, bis die Forderungen unterzeichnet und der Verband die Parole zur Wiederaufnahme der Arbeit ausgibt! Bereits am ersten Tage standen in den fünf Streikorten des Stromgebietes circa 300 Mann im Ausstand. Mit dem nächsten Tage stieg die Zahl auf 500. Sobald ein Boot einen als Streikort bestimmten Hafen erreicht, wurde abgestockt und die Leute gingen an Land. Die Wirkung war eine gewaltige. Den Reedern mochte es wohl schmal ums Herz werden, als eine Depesche nach der anderen mit der Meldung einlief: Maschinisten und Heizer von Bord. Bereits nach eintägigem Streik unterzeichnete eine der größten Firmen den Lohnvertrag. Diesem Beispiel folgten bald einige andere Mainzer und Kölner Reedereien sowie alle dem Allgemeinen Arbeitgeberverband Mannheim-Ludwigshafen angehörenden Firmen. Noch eine kurze Zeit und auch der Troy der größten Scharfmacher, der Stinnes, Haniel usw. wird gebrochen sein, denn die Liebeshand der Herren, Arbeitswillige heranzuziehen, ist erfolglos, da die Streikenden Tag und Nacht auf dem Posten sind und den Agenten die lothbare Leute wieder abjagen. Dabei wird die Zahl der Ausständigen täglich größer, indem immer mehr Boote in die Häfen einlaufen. Die Schiffe derjenigen Gesellschaften, welche unterzeichnet haben, setzen die Reise fort. Die nächsten Tage werden zweifellos einen Sieg auf der ganzen Linie für die Streikenden bringen, da diese vom besten Geiste befeuert sind und einig und geschlossen hinter ihrem Verbände stehen.

Die Bau- und Kunstschlosser in Frankfurt a. M. sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Der Tarifentwurf wurde Donnerstag, 20. Juni, den Meistern zugesandt. Die hauptsächlichsten Forderungen sind: 9 1/2 stündige Arbeitszeit (bisher zehn Stunden); Bezahlung der Ueberstunden mit 25 Proz., der Nacht- und Sonntagarbeiten mit 50 Proz. Zuschlag; Festsetzung eines Minimallohnes für ausgearbeitete Arbeiter von 36 Pf., ein Jahr nach Beendeter Lehrzeit 40 Pf., für über 20 Jahre alte Gesellen 47 Pf. und für solche über 24 Jahre 55 Pf. pro Stunde. Ungelernte Arbeiter von 17 Jahren sollen nicht unter 32 Pf. und über 21 Jahren nicht unter 38 Pf. Stundenlohn erhalten. Der gegenwärtige Tagesverdienst sämtlicher Arbeiter soll um 5 Proz. erhöht werden, soweit die Erhöhung nicht bereits durch die angeführten Lohnsätze erreicht wird.

Zimmererstreik in M. Gladbach. Weil ihre Lohnforderungen, jetzt und ab 1. Oktober je 2 Pf. Stundenlohnsteigerung, abgelehnt

wurden, sind fast sämtliche Zimmerer von drei größeren Firmen in M. Gladbach in den Streik getreten. Wahrscheinlich kommt es zu einem allgemeinen Streik.

Streik mit Erfolg beendet. W. L. W. meldet aus Reg.: Nachdem die Generaldirektion der Rombacher Gütereisenwerke den streikenden Arbeitern durch den Arbeiterschuß Zugeständnisse gemacht hatte, beschloffen die Arbeiter einstimmig, die Arbeit heute wieder aufzunehmen. Die streikenden Arbeiter des Henschales erklärten ebenfalls den Streik für beendet.

Achtung, Textilarbeiter! Bürgerliche Blätter melden aus Stadt Olsendorf, daß der Streik der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen des Betriebes Rothgild-Söhne beendet sei. Diese Nachricht ist Schwundel, und wohl nur zu dem Zwecke in die Presse lanciert, um die abgereisten Textilarbeiter zu veranlassen, nach Stadt Olsendorf zurückzukehren, oder auch, um Zustrom von fremden Arbeitskräften zu erhalten. Da die Firma nicht nur bedingungslose Unterwerfung verlangt, sondern auch das Recht der Kasse, indem die Organisation zurückgenommen werden soll, die Funktionäre des Verbandes, Vertrauensleute usw. nicht wieder eingestellt werden sollen, so beschloffen die Ausständigen mit übergroßer Majorität, den Kampf fortzusetzen.

Die Osenfelder in Dessau erreichten auf dem Verhandlungswege Lohnsteigerungen bis zu 10 Proz. Der Stundenlohn wurde von 45 auf 50 Pf. erhöht. — Auch den Scheibentöpfern in Nieder-Neukirch gelang es, auf dem Verhandlungswege einen Tarif einzuführen, welcher eine Erhöhung der Akkordlöhne von 5 bis 15 Proz. vorsieht. — In Oppeln sind die Töpfer wegen Wahrung eines Kollegen in den Streik getreten und haben jetzt positive Forderungen auf Lohnsteigerung und Arbeitszeitverkürzung gestellt. —

Metallarbeiterstreik. Vor kurzem waren bei der Firma Gubisch Differenzen ausgebrochen. Nachdem am Dienstag, den 4. Juni, während drei Stunden der Betrieb geruht hatte, erklärte sich die Firma zu sofortigen Verhandlungen bereit. Diese haben dann sieben volle Tage lang stattgefunden. Es kam auch ein Tarif zustande. In Kraft treten sollten die Vereinbarungen am Montag, den 17. Juni. In einer am 19. Juni abgehaltenen Betriebsversammlung wurde nun aber festgestellt, daß die Firma ihre seither geübte Taktik der Verschleppung nicht aufgeben hatte. Daher beschloffen die Arbeiter, daß die Vertreter der Organisation Donnerstag nach einmal mit dem Unternehmer verhandeln und auf sofortige Einführung des Tarifes bestehen sollen. Die Firma erklärte aber, sie habe jetzt dazu keine Zeit. Infolgedessen wurde beschloffen, die Arbeit niederzulegen. In Betracht kommen Schlosser, Dreher, Schmiede, Former, Maschinenarbeiter und sonstige Hilfsarbeiter, rund 80 Mann. Es wird darum ersucht, jeden Zuzug nach hier fernzuhalten.

Ausland.

Der ökonomische Terror in Rußland.

Die in letzter Zeit immer häufiger werdenden Fälle von Ermordungen von Fabrikdirektoren und sonstigen Fabrikverwaltungsbeamten haben der russischen reaktionären und Sozialpresse und nach ihr der deutschen bürgerlichen Presse Anlaß gegeben, gegen die Arbeiterorganisationen in Rußland die Anschuldigung zu erheben, daß sie diese Morde organisierten und förderten. Jedem unvoreingenommenen Menschen ist es klar, wie unsinnig eine derartige Anschuldigung von Organisationen ist, welche voll und ganz auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen. Der ökonomische Terror ist in Rußland in letzter Zeit entstanden auf dem Boden der furchtbaren Arbeitslosigkeit, der politischen Verfolgungen aller entwickelten, klassenbewußten Elemente der Arbeiterschaft, auf dem Boden der allgemeinen politischen Krise. Zum größten Teil sind die Akte des ökonomischen Terrors der Ausdruck für die elementare ausbrechende Verzweiflung, der Ausdruck des grausamen Hungers, und weit seltener werden sie planmäßig in Szene gesetzt von Gruppen und Organisationen, wie die der Anarchisten, Kommunisten, Maximalisten, Arbeiterverächter usw., die ihrerseits auch nichts anderes vorstellen, als die Frucht der jetzt herrschenden politischen Krise. Das einzige Mittel, mit welchem man sowohl den ökonomischen Terror, als auch jene Gruppen, welche ihn propagieren, bekämpfen könnte, ist die Anerkennung der vollen Freiheit der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft. Doch auf einen solchen, das Wohl des Staates im Auge haltenden Standpunkt, kann sich die Regierung des Umsturzes naturgemäß nicht stellen. Sie stürzt sich im Gegenteil mit dem ganzen Arsenal ihrer Repressivgewalt auf die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften. Diese Verfolgungen können jedoch die letzteren nicht abhalten, ihren Kampf gegen den ökonomischen Terror auszugeben, denn in ihm bekämpfen sie erst vor allem einen desorganisierenden Faktor der Arbeiterbewegung selbst. Zur selben Zeit, wo die Regierung der Sozialdemokratie den Krieg erklärt, erklärt das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Partei einen Rufus an alle Parteiorganisationen, in welchem es diese auffordert, gegen jegliche terroristische Akte sowie gegen Expropriationen mit aller Energie anzutreten. Zur selben Zeit, da der Petersburger Stadthauptmann den Gewerkschaften Attentate anhängen will, beschließt der Verband der Hafenarbeiter auf einer außerordentlichen Versammlung, daß er seiner ablehnenden Haltung gegenüber der Ermordung des Gehilfen des Hafenkommandeurs, des Obersten Kolljarow, kategorisch Ausdruck verleiht, weil eine terroristische Taktik den grundlegenden tatsächlichen Prinzipien einer regelrechten Arbeiterorganisation widerspricht. Und zur selben Zeit, wo die Lodzer Arbeiter Währungsregeln erörtern, um gegen den ökonomischen Terror energisch vorzugehen, beschließt der Unternehmerverband aus Anlaß des Verbrechens eines Leiner, Zehntausende von Arbeitern auf die Straße zu setzen. Sind alle diese Tatsachen nicht genügend, um die wahren Gründe, den Ursprung des ökonomischen Terrors aufzudecken, den die Reaktion der klassenbewußten Arbeiterbewegung aufzubürden sucht?

Die Streiks in Belgien von 1901 bis 1905. Das belgische Arbeitsamt hat soeben eine umfangreiche Statistik über die in Belgien stattgehabten Streiks in den letzten 5 Jahren veröffentlicht. Das Tabellenwerk veranschaulicht die gewerblichen Kämpfe nach Industriegruppen, den Ursachen, der Dauer, nach den Resultaten und nach den Methoden, die zur Anwendung gelangten, um dem Kampf ein Ende zu machen. In diesen 5 Jahren wurden in Belgien insgesamt 474 Streiks gezählt, an denen 149 987 Arbeiter, darunter 6276 Frauen beteiligt waren. Am härtesten war die Rinnenindustrie beteiligt, nämlich mit 102 Streiks und 82 616 Streikenden. Bei 261 Streiks bildete die Lohnfrage die Veranlassung, 22 wurden um die Verkürzung der Arbeitszeit und 62 für die Organisation der Arbeit geführt; bei 7 anderen handelte es sich um Arbeitsbedingungen, bei 9 um Strafen, bei 107 um das Personal und bei 5 werden verschiedene Ursachen aufgeführt. Die Zahl der an den Streiks beteiligten Betriebe betrug 1281. Von den gesamten Streiks entbe die Mehrzahl zugunsten der Unternehmer, nämlich 325 mit 25 974 beteiligten Arbeitern, während nur 83 mit 11 205 zugunsten der Arbeiter ausliefen und 68 mit 12 808 Streikenden durch Verhandlungen ihr Ende erreichten. Nur zweimal machte ein Schiedspruch dem Kampfe ein Ende und zwölfmal geschah dies durch ein Einigungsverfahren. Dagegen wurden in 77 Fällen die Streikenden von den Unternehmern dauernd ausgeschlossen. Was die Dauer der Streiks anlangt, so sind 61 aufgeführt, die über 30 Tage währten; 100 dauerten 6 bis 10 Tage, 159 2 bis 5 Tage, weniger als 2 Tage dauerten 77. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß das belgische Unternehmertum gegenüber den Arbeitern sich noch einer großen Machtvollkommenheit erfreut. Es gebührt der belgischen Gewerkschaftsbewegung noch sehr an jener Kraft, die nur den wohlhabendsten Cabres einer Strafen, zentralistischen Kampforganisation inne wohnen kann.

Verfassungen.

In Bödens Gesetzen referierte Genosse R. Schütte am Dienstag abend über das Thema: Warum wurde der Reichstag aufgelöst? Er setzte unter Hinweis auf die letzten Vorgänge in Rußland die Bedeutung von Parlamentsauflösungen auseinander, im speziellen die Reichstagsauflösung vom 13. Dezember 1906 behandelnd und betonte, daß dahinter etwas anderes als die Ablehnung des Reichstagsrats für Südwestafrica gesteckt habe. Durch die neuesten höfischen Skandalgeschichten sei es deutlich bewiesen, daß der Reichstagskanzler bei der Reichstagsauflösung alles auf eine Karte gesetzt hatte, und das Glück war ihm hold. Die Eulenburgsche Hofclique trachtete seinerzeit danach, Bülow von seinem Posten zu verdrängen und an seine Stelle einen Mann aus ihrer Mitte treten zu lassen, um ihre insgeheim um Wilhelm II. gesponnene Nacht noch mehr ausnützen zu können. Der Referent erörtert eingehend das Wesen solcher Cliques, insbesondere der Eulenburgischen und weist darauf hin, daß es Pflicht des Volkes sei, derartige Zustände zu befeitigen. Lebhafter Beifall lohnt den Redner.

Eine Diskussion fand nicht statt. Der Vorsitzende, Genosse Voder, erinnerte zum Schluß noch an den Bäderboykott und ersuchte die Anwesenden, namentlich die Hausfrauen, die Bädereisen in ihrem berechtigten Streben zu unterstützen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Clemenceau vor der Kammer.

Paris, 21. Juni. (B. L. W.) Deputiertenkammer. Prouste (Republ.) fordert Unterdrückung der Weinfälscherei. Leroy-Beaulieu (Republ.) versucht zu sprechen, wird jedoch daran durch lärmende Unterbrechungen gehindert. Benoit sagt, Regierung und Parlament seien verantwortlich für die Anarchie, die jetzt herrsche. Laferre (soz.-rad.) erklärt, er werde nach Beziers gehen und sich bei den Soldaten, General Voussou und der Bevölkerung ins Mittel legen. (Beifall links.) Deraynel greift die Regierung an wegen der Verhaftung des zurückgetretenen Ministers Ferroul und der anderen Mitglieder des Komitees von Argelliers, die friedliche Bürger seien und selbst zur Ruhe gemacht hätten. Die Verhaftung einiger großen Weinfälscher wäre mehr wert. Clemenceau erwidert, die Weinfälscher würden bereits verfolgt. Der Ministerpräsident kommt nochmals auf die Verurteilungen Widis über die Kürassiere zu sprechen, die zum Vergnügen mit Revolvern geschossen hätten und bemerkt, daß die Kürassiere überhaupt keine Revolver haben. Millerand erklärt, die Verantwortlichkeit für die Repressivmaßnahmen liege vollständig bei der Exekutivgewalt. Diese habe es an Voraussicht fehlen lassen, sie hätte zu der republikanischen Bevölkerung des Südens in der Sprache der Vernunft reden sollen. (Beifall links.) Die Politik Clemenceaus führe Frankreich zur Anarchie, und es sei keine Gefahr dabei, das Ministerium zu wechseln. (Beifall rechts. Spottrufe links.) Ministerpräsident Clemenceau erwidert, Millerand habe keine Argumente aus den nationalrussischen Zeitungen geholt. Redner erinnert an die Angelegenheit des sogenannten Joris Chabrol, die sich unter einem Ministerium abgespielt, dem Millerand angehört habe. Er, Clemenceau, könne nicht getadelt werden, daß er nach den Weingebenden sichere Truppen geschickt habe. Die Regierung habe der dortigen Bevölkerung geholfen, so lange sie innerhalb der Grenzen der Gesetzlichkeit geblieben sei. Wenn man heute die Regierung stürze, werde die Republik keinen großen Schaden erleiden. — Die Kammer nimmt darauf nach weiterer Debatte mit 327 gegen 223 Stimmen eine von Reinach eingebrachte Tagesordnung an, welche besagt, die Kammer habe zur Regierung das Vertrauen, daß sie die Achtung vor dem Gesetz und die Passivierung des Landes sichern werde. Sodann wird die Sitzung aufgehoben.

Beendigung der Soldatenmenterei.

Paris, 21. Juni. (B. L. W.) In der Deputiertenkammer teilt Ministerpräsident Clemenceau mit, daß General Voussou in Beziers eintraf und durchsah, daß die menterischen Soldaten wieder in ihr Korps eintraten. (Beifall auf allen Bänken.)

Schweres Unwetter.

Walle a. S., 21. Juni. (B. L. W.) Heute nachmittag zwischen 2 und 3 Uhr wurde durch einen plötzlich aufgetretenen Sturm, verbunden mit Gewitter und wolkenbrüchigem Regen, außerordentlicher Schaden angerichtet. Der Festplatz des mitteldeutschen Bundeschießens gleicht einem Trümmerhaufen. Besonders schwer hat die Festhalle gelitten. Durch einen niederfliegenden Balken haben 8 Personen schwere Verletzungen erlitten, die Zahl der Leichtverletzten ist erheblich. Auch der gleichzeitige auf dem Hochplateau stattfindende Jahrmarkt bietet ein trauriges Bild. Hunderte von Innern liegen am Boden. Nur ein einziges Reibe, die durch Häuser geschützt war, ist stehen geblieben.

Walle a. S., 21. Juni. Der heutige Sturm hat in der Deesener-Straße von einem Neubau einen Teil des Mauerwerks der dritten Etage samt Gerüst heruntergerissen, wodurch ein Maurer schwer und einer leicht verletzt wurde. Auch auf dem Hochplateau wurden einige Personen durch umstürzende Waden leichter verletzt.

Sieben Arbeiter verunglückt.

Wien, 21. Juni. (B. L. W.) Nach einer Meldung der „kölnischen Volkszeitung“ aus Gattingen barst heute vormittag auf dem Stahlwerk Donrichshütte ein Schmelzofen. Durch die Explosion wurden sieben Personen schwer verletzt, darunter eine tödlich.

Entgleister Güterzug.

Cochem, 21. Juni. (B. L. W. Amtliche Meldung.) Bei Güterzug 6374 sind heute um 8 Uhr 30 Minuten nachts zwischen den Bahnhöfen Carden und Cochem die Lokomotive und circa 15 Güterwagen entgleist. Der Lokomotivführer ist aufschreckend schwer, der Heizer und ein Bremser leicht verletzt. Der entstandene Schaden ist erheblich, der Personenverkehr wird durch Umsteigen an der Unfallstelle ausreicht erhalten.

Verstaatlichung der höheren Schulen.

Stuttgart, 21. Juni. (B. L. W.) Die Zweite Kammer hat heute den Antrag, die Regierung möge die Verstaatlichung der Gymnasien, Realgymnasien und Lateinrealschulen in Erwägung ziehen, mit 35 gegen 31 Stimmen des Zentrums und der Bauernverbände angenommen. Die Regierung sprach sich gegen den Antrag aus.

Grubenbrand.

Leipzig, 21. Juni. (B. L. W.) Heute früh brach im Frientwälder Schachte zu Porphyl ein Brand aus, der den ganzen Schacht einäscherte. Ein Bohrmeister und sein Gehülfe ist verbrannt.

Eisenbahnunglück in Rußland.

Scharbin, 21. Juni. (B. L. W.) Auf der Usurubahn ist bei der Station Ganzowla ein Zug mit zahlreichen Auswanderern entgleist. 6 Passagiere sind tot, 16 verletzt; 13 Güterwagen sind zertrümmert.

Zum Kampf im Baugewerbe.

Die Herren im Unternehmerlager scheinen große Not zu haben, ihre Leute bei guter Stimmung zu erhalten. Das geht wiederum aus dem im „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“ veröffentlichten Bericht über die letzte Unternehmerversammlung hervor.

Dieser Darstellung der Lage hat keiner der Führer widersprochen, obwohl sie vorher mit dem großen Andrang Arbeitswilliger geprunkt hatten. Und Herr Gottheimer plauderte noch weiter: „Das zuverlässigste Kampfmittel bleibe die strikte Aussperrung, denn auf die Dauer könnten die Arbeitnehmer doch nicht mit der Streikunterstützung auskommen und das Hauptziel bleibe, die Kassen der Organisation zu leeren.“

Aus diesen Ausführungen geht deutlich genug hervor, daß die Unternehmer noch immer in dem Wahn besungen waren, sie könnten die Kassen der Organisationen leeren. Dieser Irrglaube ist wohl ganz besonders gestärkt worden durch das von Herrn Wahl in der vorausgegangenen Versammlung erzählte Händchen, der Maurerverband suchte ein Darlehen von zwei Millionen Mark bei einer Großbrauerei aufzunehmen.

Und nun mußten die Führer selbst den Irrwahn zerstreuen. Herr Feuer erklärte: „Durch eine Aussperrung den Tarif zu erzwingen, wird nie gelingen.“ (Stimmt.) „Die Zeiten des Hungerkerns seien vorüber.“ „Ihre Kassen leeren können wir nicht.“ „Es ist ein dorniger Weg, den Sie (die Unternehmer) beschreiten sollen, aber wir verlangen es und sagen Ihnen unsere Gründe dafür.“

Die Bemerkung des Herrn Feuer, mit der Aussperrung werde man einen Tarif nicht erzwingen, soll in ihrer Schlussfolgerung doch sagen: das wird nur durch die neue Taktik erreicht. Gleich hinterher kommt aber die Erklärung: wir wollen, wir brauchen keinen Tarif! Erst sperrt man aus, um die Kassen zu leeren und einen Tarif zu erzwingen, dann verzichtet man auf die Kassenleerung und den Tarif.

Die Trauben hängen zu hoch! Einen breiten Raum in den Verhandlungen nahm eine Schimpfepistel gegen den „Vorwärts“ ein. Auf unseren materiellen Nachweis der Planlosigkeit im Unternehmerlager und der Widersprüche der Führer ging man vorzüglich Weise nicht ein. Das Geschimpfe schenken wir den Herren.

Ergötzlich ist ein Versuch des Herrn Wahl, die Genossen Silbermann und Bömelburg gegen den „Vorwärts“ auszuspielen. In der Versammlung am 4. Juni stellte Wahl die Arbeiterführer als kopflos hin, ihre Maßnahmen seien töricht, sagte er; jetzt soll der „Vorwärts“ dumm sein, aber die beiden Verbandsführer seien klug und weise. Verteufelt pfiffig! Aber Herr Wahl schießt noch besser — vorbei. Er meinte: „Daß aber die Herren Bömelburg und Silbermann über diesen Artikel („Vorwärts“ vom 11. Juni) erfreut sein dürften, bezweifle ich nach meiner aus häufigem dienstlichen Verkehr mit ihnen gewonnenen Ueberzeugung von ihrem anständigen Charakter sehr stark; sie haben mir bis zuletzt — wann zuletzt? — versichert, daß sie mit ehrlichem Willen einen Ausbruch des Kampfes zu vermeiden und die Annahme des Schiedsspruches durchzuführen bestrebt seien und keine Verschleppung beabsichtigten. In dem „Vorwärts“-Artikel aber heißt es: „Die Arbeiter haben nicht ohne Absicht den Ausbruch des Kampfes hingezogen usw.“ Ist das wahr und bleibt es von den beiden Herren unwidersprochen, so mußte ich zu meinem Bedauern meine bisherige Einschätzung ihrer Persönlichkeit korrigieren.“

Dazu nur ein paar Worte: Daß die Genannten den Kampf vermeiden wollten, beweist ihr Auftreten in den Versammlungen. Sobald sie aber nicht mehr die feste Ueberzeugung hatten, daß ihr Wollen auch den gewünschten Erfolg haben würde, mußten sie natürlich schon Vorbereitungen für einen eventuellen Kampf getroffen werden. Das war umso mehr geboten, nachdem Genosse Silbermann öffentlich gegen die Annahme des Vergleichsvorschlages Stellung genommen hatte. Von diesem Augenblick an waren alle Voraussetzungen der erwähnten Zusage gefallen. Die Unternehmer erwarteten nun den Ausbruch des Kampfes durch Arbeitseinstellung. In ihrer Versammlung am 4. Juni haben sie ja auch mit Bedauern festgestellt, daß die Arbeiter nicht zu offenem Kampfe übergingen und man deshalb zur Aussperrung schreiben mußte. Das wollten die Führer natürlich und sie verhinderten die Arbeitseinstellung. Sie konnten den Ausbruch des Kampfes nicht hindern, weil die Unternehmer in dem Irrwahn, die Kassen sprengen zu können, ihn haben wollten. Wenn die Arbeiterführer nun aber, entgegen den Wünschen der Unternehmer, den Kampf nicht begannen, so haben sie damit nichts getan, was gegen ihre Zusage verstößt. Wenn Herr Wahl den Anschein des Gegenteils zu erwecken sucht, dann läßt er die Noblesse vermissen, die er an Bömelburg und Silbermann lobt, um ihnen in demselben Atemzuge eine Unehrlichkeit zu unterstellen.

Wahlzeit, Herr Wahl!

Eine Streikversammlung der Bauhilfsarbeiter, einberufen vom Zentralverband, fand gestern vormittag bei Dammhagen am Moritzplatz statt. Schon lange vor Beginn der Versammlung war der große Saal überfüllt und polizeilich abgesperrt. Es waren gewiß mehr als tausend, die keinen Einlaß finden konnten.

Die Versammlung hatte den Zweck, die Streikenden über den Stand der Bewegung zu unterrichten.

Den Bericht gab Karl Heidemann. Wie er ausführte, hat die letzte Baukontrolle ergeben, daß auf 1276 Bauten gearbeitet wird, während auf 634 die Arbeit ruht und 27 unter Konfiskation stehen. Auf 13 Bauten kann wegen Mangel an Material nicht gearbeitet werden. Von einem Bau wurden die Kontrollen weggenommen, so daß sie hier ihre Aufgabe nicht erfüllen konnten. Auf 874 jener 1276 Bauten, wo gearbeitet wird, sind die Forderungen bewilligt, auf 402 nicht. Beschäftigt sind im ganzen 7094 Bauhilfsarbeiter, von denen 6070 als Lohnarbeiter tätig sind, 412 als Akkord-Streitkräfte, 677 als Fahrstuhlarbeiter und 938 mit sonstiger Arbeit. Ueber die Löhne wurde folgendes ermittelt: 741 haben über 60 Pf. Stundenlohn, 966 haben 60 Pf., 2491 55 Pf., 722 50 Pf., 465 unter 50 Pf., und von 619 Arbeitern konnten die Löhne nicht ermittelt werden. Die tägliche Arbeitszeit beträgt für drei Arbeiter 8 Stunden, für 2212 8 1/2, Stunden, für 2107 9 Stunden, für 612 9 1/2, und 1420 arbeiten noch 10 Stunden oder länger, unter ihnen die Akkordstreitkräfte und Fahrstuhlarbeiter. Von 740 Arbeitern konnte die Arbeitszeit nicht ermittelt werden.

Die Zahl der streikenden Verbandsmitglieder ist jetzt 4621. Zu den neuen Bedingungen arbeiten 3457 Mitglieder auf 874 Bauten. — Wenn bei der Baukontrolle festgestellt wurde, daß die Zahl derer, die 8 1/2 Stunden arbeiten, geringer ist, so hat das darin seinen Grund, daß gewisse Gruppen von Bauarbeitern, wie es Brauch ist, früher mit ihrer Arbeit beginnen müssen, damit das Material für die Maurer rechtzeitig zur Stelle ist. — Die Zahl der Unternehmer, die bewilligt haben, ist 682. Die Bauunternehmer von Hestendorf, die nicht dem Verband der Baugeschäfte angehören, sich aber gleichwohl dessen Aussperrungsbeschluss fügten, haben dieser Lage mit den Organisationsleitungen verhandelt und erklärt, daß, wenn jener Verband auf seinem Standpunkt beharrt, sie nicht mehr mitmachen wollen und die Forderungen bewilligen. Die Arbeit wird dann am Montag wieder aufgenommen, wobei 300 Maurer und ebenso viele Bauhilfsarbeiter in Betracht kommen. Der Stand des Kampfes kann alles in allem als durchaus günstig für die Arbeiter angesehen werden. Wenn die Unternehmer ihren Beschluß, am 1. Juli die Arbeit wieder zu den alten Bedingungen fortsetzen zu lassen, auszuführen suchen, werden sie sicherlich kein Glück damit haben.

Die Versammlung sollte dem Referenten ungeteilten Beifall und zeigte in ihrem ganzen Verlauf von einer Einmütigkeit und Entschlossenheit, an der der Widerstand des Unternehmertums zerschellen muß.

Die zentralorganisierten Töpfer hatten sich gestern abend außerordentlich zahlreich im großen Saale des Gewerkschaftshauses versammelt, um über ihre Stellung zum Kampf im Baugewerbe zu beraten. Es handelte sich vor allem darum, die Grundzüge festzulegen, nach denen sie ihr Solidaritätsgefühl den streikenden Bauberufsarbeitern gegenüber zu betätigen haben. Nach lebhafter Debatte wurde folgende Resolution angenommen:

Die am 21. Juni 1907 im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung des Zentralverbandes der Töpfer Deutschlands, Filiale Berlin, hält es für ihre heiligste Pflicht, die im Kampfe stehenden Bauberufsgenossen nach besten Kräften zu unterstützen:

- a) Durch Verweigerung jeglicher Streikarbeit, wie Herstellung von Maschinen und Ofenfundamenten, Ausbohlungen, Verputzen von Kaudröhren usw.;
b) durch moralisches Einwirken auf die Streikbrecher, daß sie von ihrer unehrlichen Handlungsweise ablassen, und eventuell durch Aushalten der Arbeit auf Bauten, wo die beschäftigten Verufe sich einig sind.
Die Versammlung beschloß ferner, daß diejenigen Kollegen, die aus Solidarität die Arbeit niederlegen, vom vierten Tage ab unterstützt werden sollen. Vor der Arbeitsniederlegung ist die Organisationsleitung in Kenntnis zu setzen.

Staatsanwaltliche Anarchistenbekämpfung.

Wenn nicht Polizei und Staatsanwälte in ihrer Art mit ebensoviel Eifer wie Mißerfolg gegen die Anarchisten vorgehen würden, dann wüßte die Öffentlichkeit überhaupt nicht, daß es in Deutschland etwas gibt, was sich anarcho-syndikalistische Bewegung nennt. Aber Polizei und Staatsanwaltschaft sorgen mit Eifer, wenn auch gegen ihren Willen dafür, daß bald die eine, bald die andere Gruppe der Anarchisten öffentlich von sich reden macht. Bei der staatsanwaltlichen Anarchistenbekämpfung wird mit denselben Mitteln operiert, die man auch im Kampfe gegen die Sozialdemokratie anzuwenden pflegt: Aus einem längeren Artikel werden einzelne Sätze, nach Bedarf auch nur einige Worte herausgegriffen, durch Aus- und Unterlegungskünste wird denselben ein Sinn gegeben, der sie zu strafbaren Handlungen aus- und so vielen Paragraphen stempeln soll und die Anklage ist fertig.

Nach diesem Rezept hatte die Staatsanwaltschaft auch eine Anklage aufgearbeitet, die am Freitag vor der siebenten Strafkammer am Landgericht I verhandelt wurde. Unter Anklage stand ein Gedicht und ein Artikel, die im Februar dieses Jahres in zwei Nummern des anarcho-syndikalistischen Wochenblattes „Revolutionär“ veröffentlicht waren. Angeklagt war Sauter als Redakteur des „Revolutionär“ sowie der Radierer Neumann als Verfasser des Gedichtes und der Buchdrucker Drewes als Verfasser des Artikels. — Das Gedicht, überschrieben „Götzenbännerung“ verhöhnt die Sozialdemokratie anläßlich des Ausfalls der Reichstagswahlen, verspottet den Parlamentarismus und schließt:

„Nach ein Ende diesen Rummel,
Boll, der heute dir beschert,
Kämpfe selbst für deine Rechte,
Kampf für das, was du begehrst.“

Steh herunter auf die Straße,
Du bestest in kurzer Zeit
Kapital und Adelsblase,
Gottesgnadenherlichkeit.“

In diesen Versen, die übrigens dem Neumannschen Gedicht erst von der Redaktion angefügt worden sind, erblickt die Staatsanwaltschaft — eine den öffentlichen Frieden gefährdende Aufreizung zu Gewalttätigkeiten gegen die besitzende Klasse, sowie eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetz und zur Begehung strafbarer Handlungen. Denn, führte Staatsanwaltschaftsrat Lindow aus: Wenn das Volk aufgefordert wird, auf die Straße zu steigen, so kann damit nichts anderes gemeint sein als Straßenkampf. Dieser aber ist gesetzlich verboten, also: Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetz. Nach Ansicht des Staatsanwalts kann es auch gar nicht zweifelhaft sein, daß der Verfasser an einen Kampf mit Waffengewalt denkt; denn: es ist ja auch davon die Rede, daß „Kapital und Adelsblase“ besiegt werden sollen.

Der Artikel, überschrieben: „Die Macht der bürgerlichen Gesellschaft“, den Drewes als Verfasser unterzeichnet hat, sucht in längeren Ausführungen darzutun, daß die Macht der bürgerlichen Gesellschaft nicht mehr so groß sei, um nicht durch das Proletariat gebrochen werden zu können. Die bürgerliche Gesellschaft könne nur durch Polizei und Militär aufrechterhalten werden, mit diesen müßten es aber viele nicht aufnehmen, deshalb müsse der Proletarier, der ja in seinem Hause zu bestimmen habe, seine Kinder zu unerbittlichen Rebellen erziehen,

die bereit wären, für ihre Prinzipien ihr Leben einzusetzen.

Auch diesen Artikel, insbesondere die Schlusssätze, bezeichnete der Staatsanwalt als eine — Aufreizung zu Gewalttätigkeiten gegen die besitzende Klasse. — Wenn man der bürgerlichen Gesellschaft sagt — meinte der Staatsanwalt — sie sei so morsch, daß sie bald zusammenbrechen müsse, so gefährde das den öffentlichen Frieden, und wenn gar die Kinder zu unerbittlichen Rebellen erzogen werden und ihr Leben für ihre Prinzipien einlegen sollen, so sei das eine Aufforderung, die Besizenden mit Gewalt zum Nachgeben zu zwingen. — Der Staatsanwalt beantragte, Sauter mit drei Monaten und Drewes mit sechs Wochen Gefängnis zu bestrafen, Neumann aber freizusprechen, weil nicht erwiesen ist, daß er den inkriminierten Schluß des Gedichtes verfaßt hat.

Der Verteidiger Sauter, Rechtsanwalt Dr. Halpert, beantragte Freisprechung in beiden Fällen. In längerer Rede zerplückte der Verteidiger die unhaltbaren Argumente des Staatsanwalts. Weder das Gedicht noch der Artikel enthalte eine strafbare Handlung. Die Ausführungen des Staatsanwalts seien eine Illustration zu dem bekannten Goethe'schen Wort: „Legt ihr nicht aus, so legt doch unter“. Die durch die politische Polizei veranlaßte zitternde Angst, welche in jedem Anarchisten einen gewalttätigen Menschen erblickt, sei die Tendenz, die sich hindurchzieht durch die Auslegung, welche die Staatsanwaltschaft den inkriminierten Artikeln gibt. Nur so sei es zu verstehen, daß der Staatsanwalt das Wort „Kampf“ als eine Aufforderung zur Gewalt deutet. Hier könne doch nur von einem politischen, einem ideellen Kampfe die Rede sein. — Wie das Mädchen aus der Fremde mit einem Füllhorn voller Gaben, so sei der Staatsanwalt gekommen mit einem Füllhorn voller Paragrafen, die er ausschütete und es den Richtern überlasse, irgend einen Paragraphen herauszuwählen und danach die Angeklagten zu beurteilen. Welche konkreten strafbaren Handlungen hier begangen sein sollten, wies der Staatsanwalt selber nicht. Nach den Entscheidungen des Reichsgerichts müsse aber zur Begehung bestimmter strafbarer Handlungen aufgefordert sein. Straßen-demonstrationen, zu denen das Gedicht anfordere, seien nicht strafbar. An der Hand des Artikels „Die Macht der bürgerlichen Gesellschaft“ wies der Verteidiger nach, daß der Verfasser klar und deutlich den Standpunkt vertritt, durch Gewalt könne eine Aenderung der bestehenden Verhältnisse nicht herbeigeführt werden. Eben auf Grund dieser Ueberzeugung komme der Verfasser zu dem Schluß, die Proletarier müßten ihre Kinder so erziehen, daß sie ihr Leben für ihre Sache einzusetzen bereit seien, was keineswegs bedeute, sie sollten ihr Blut vergießen, um ihre Prinzipien zu verwirklichen. Das Leben für eine Sache einzusetzen, heiße, alles daran setzen, was das Leben angenehm und lebenswert macht.

Der Angeklagte Drewes verteidigte sich selbst. In längerer Rede vertrat er seine Anschauung, welche die Anwendung von Gewalt ausschließe, er wolle vielmehr durch Erziehung, durch Antialkoholismus, Vegetarismus, Konsumgenossenschaften usw. seine Ideale verwirklichen. — Der Staatsanwalt meinte dazu: Antialkoholismus und Vegetarismus das ist doch nicht der Zweck des Angeklagten, dadurch will er ja nur die Anarchisten stählen, damit sie kräftig werden für die Revolution!

Die Bemühungen der Staatsanwaltschaft hatten in diesem Falle keinen Erfolg. Das Gericht folgte im wesentlichen den Gründen der Verteidigung und sprach alle drei Angeklagten frei. — Wie der Vorliegende, Landgerichtsdirektor Wenz in der Urteilsbegründung sagte, mußte Neumann schon deshalb freigesprochen werden, weil ihm die Absicht der Inkriminierung der Stelle des Gedichtes nicht nachgewiesen werden konnte. Auch im übrigen habe sich das Gericht überzeugt, daß weder in dem Gedicht, noch in dem Artikel zu strafbaren Handlungen oder zum Ungehorsam gegen Gesetze aufgefordert oder verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten aufgereizt worden seien.

Vertauschte Rollen.

Wohum, 20. Juni. (Eig. Ber.)

Als erster Zeuge in der heutigen Sitzung wird der Wirt Höpfer vernommen. Dieser bekundet auf wiederholtes Verfragen, daß auch er, wie die meisten Wirtse, einen Vertrag unterzeichnet habe, dahin lautend: bei einer Konventionalstrafe von 500 M. den Sozialdemokraten keine Räume zu Versammlungen nicht zur Verfügung zu stellen. Die Liste zum Unterzeichnen hat dem Zeugen ein Polizeibeamter vorgelegt! Zeuge gibt auf Vorhalt ferner zu, daß in seinem angeblich baufälligen Saale größere Festlichkeiten des Krieger- und Turnvereins bei einer Teilnehmerzahl von zirka 200 Personen haben stattfinden dürfen, während in denselben Lokale Gewerkschaftsversammlungen von dreißig Personen untersagt sind!

Polizeikommissar Johann: Es habe schon seit längerer Zeit unter den Wirten die Absicht geherricht, einen solchen Vertrag zu schließen. Mehrere Wirtse seien diesbezüglich zu ihm gekommen und hätten um seine Mitwirkung gebeten. Er habe sie zunächst an einen Notar verwiesen. Nachdem dann aber die Wirtse Scherm und Kuchen nochmals gekommen und ihm einen ebensolchen Vertrag aus Heme als Beispiel gezeigt, den auch ein dortiger Polizeikommissar unterschrieben habe, da habe er (Johann) auch seine Bedenken mehr getragen. Er sei mit in eine Mitgliederversammlung gegangen, um die Unterschriften zu beglaubigen. In diesen Zwecke habe er sich einen Schutzmann mitgenommen, der die Liste herumgereicht hat.

Dem Zeugen Höpfer, der nicht in jener Wirtseversammlung war, ist die Liste von einem Polizeibeamten unangefordert ins Haus gebracht worden!

Vergammal Rohmeyer: Der Wirt Wehner habe die Zusage, sein Lokal zu Versammlungen herzugeben, wieder zurückgezogen, nachdem ihm die Polizeistunde auf 10 Uhr abends herabgesetzt worden sei. Selbst am Freitagabend hat er um 10 Uhr abends schließen müssen. Ein angelegtes Konzert konnte deshalb nicht stattfinden.

Durch Gegenüberstellung des Wirtes Wiewholz mit dem Polizeikommissar Tid wird festgestellt, daß Tid dem Wirt nach einer ruhig verlaufenen Versammlung ein Schriftstück überreicht hat, in dem auch diesem Wirtse die Polizeistunde auf 10 Uhr herabgesetzt wurde. Die Verfügung hatte der Polizeikommissar schon vor der Versammlung in der Tasche! Als dann der Verband das Lokal nicht mehr erhielt, wurde die Verfügung aufgehoben.

Wauunternehmer Schäfer will nichts davon wissen, daß er der Polizei Mitteilungen über die in der gestrigen Sitzung mehrfach erwähnte zu schwache Unterkonstruktion des Hauses gemacht habe, in welcher die aufgelöste Versammlung am 6. Mai 1906 stattfand. In geradezu auffälliger Weise bestreitet dieser Zeuge jede Frage des Verteidigers Heine mit der konstanten Antwort: „Das kann ich nicht wissen“ oder „Das weiß ich nicht mehr“.

Zeuge Warrat Wogart's stellt aus den Akten fest, daß der Polizeiergeant Tschirny die Anzeige von der zu schwachen Konstruktion erstattet und sich hierbei auf Schäfer berufen habe. Trotzdem will Schäfer nichts wissen.

Polizeiergeant Tschirny: Er habe Kenntnis von der zu schwachen Konstruktion des Unterbaues durch — Schäfer erhalten!! Schäfer erinnert sich seiner Denunziation aber immer noch nicht.

Zeuge Lönnedöhrn bekundet, daß Schäfer — bei dem er wohnte — zu ihm gesagt hat: die Polizei sei dazugezogen und habe die Kündigung Lönnedöhrns aus der Wohnung verlangt!!! Schäfer habe aber gesagt, daß er der Aufforderung nicht nach-

Kommen werde, denn die Volkswirtschaft doch nicht für die Meiste. — Schäfer will auch hierüber zunächst nichts mehr wissen, gibt aber schließlich zu, daß es so der Fall ist. Nur sollte Löhnebewegung nicht wegen seiner Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei, sondern wegen „Munne“ in Hause gestündigt werden. Es wird dann aber weiter festgestellt, daß diese „Munne“ lediglich in einer Hochzeitsfeier und einem lebhaften Verkehr am Reichstagswahltag bestanden hat.

Gewerkschaftsbeamter Spaniol bekundet, daß ihm gelegentlich einer Versammlung auf sein Verlangen nach Ausbändigung der Bescheinigung gesagt wurde:

Das gibt's hier nicht!

Als Zeuge noch in Reddinghausen wohnte, wurde allgemein von den Wirten erklärt, sie könnten ihre Lokale zu Versammlungen nur dann hergeben, wenn die Polizei dies gestatte. Gelegentlich einer Raifeier wurde Zeuge mit noch einigen Bekannten von Tisch zu Tisch von mehreren Polizeibeamten verfolgt. Einer der Beamten äußerte bei der Gelegenheit: „Die Hunde sind zu feige, etwas zu machen“.

Arbeitersekretär Hermann teilt mehrere Ausweisungsfälle von Mitgliedern des Konsumvereins mit. Man hat Mitgliedsbücher beschlagnahmt und durchblenden lassen, daß die Vertreter (Delegierten) hierbleiben könnten, wenn sie aus dem Konsumverein austräten! Auf Beschwerden gegen die Androhung der Androhung ist die Antwort gefallen: „Es sind schon genügend Sozialdemokraten hier.“

Bürgermeister Heuser bekundet unter anderem auf den Vorfall, daß einem Buchbindergehilfen Heini mit folgenden Worten von seinem Meister weggeführt wurde: „Mein lieber Heini, es tut mir leid, aber im Namen der Polizei muß ich Ihnen kündigen!“ Ich würde es nicht für ungerechtfertigt halten, wenn Wegeloff von Beamten darauf aufmerksam gemacht wäre, daß er Sozialdemokraten beschäftigt! Wegeloff ist der städtische Buchbindermeister. Bei der besagten Stellung der Sozialdemokraten gegenüber den Behörden ist es doch nicht gleichgültig, was für Leute mit dem Einbinden der städtischen Akten beschäftigt werden! Es ist schon mehrfach mit Akten Mißbrauch getrieben.

Zeuge Hoffeld berichtet über ungesetzliche Auflösung von Versammlungen: Wachtmeister Bähr habe bei Bekanntgabe von Versammlungen schon im voraus gesagt, die Versammlung werde doch wieder aufgelöst werden! Zeuge hat häufig Berufung gegen die polizeilichen Strafbefehle erhoben; er wurde dann vom Schöffengericht in Reddinghausen regelmäßig bestraft, aber in der Berufungsinstanz ebenso regelmäßig freigesprochen.

Wachtmeister Bähr gibt die Möglichkeit zu, sich in obigem Sinne gehöhrt zu haben.

Zeuge Hoffeld bekundet weiter, daß Witwe Schäfers sagte: Wer in Reddinghausen nicht so wolle wie die Polizei, den würden sie schon kriegen. Sie gäbe deshalb auch ihr Lokal nur dann her, wenn die Polizei einverstanden sei.

Arbeiter Kretschmar: Als er in einer Versammlung als Redner auftrat, sei seine Arbeitgeberin gleich nachher zur Polizei geladen und ihr dort geraten worden, ihn zu entlassen. Zuerst habe die Frau sich geweigert; dem wiederholten Drängen der Polizei habe sie dann aber schließlich nachgegeben! Dem Zeugen sind von etwa 18 Versammlungen, die er angemeldet hat, alle bis auf zwei aufgelöst oder von vornherein verboten! Auch nach Einreichung der Mitgliederliste und der Statuten ist in der Auflösungspraxis keine Änderung eingetreten, trotzdem ihm vorher gesagt worden sei, wenn er die Listen einreiche, werde von dem Auflösen Abstand genommen! Polizeiwachtmeister Bähr habe direkt erklärt: „Sie können anfangen, was Sie wollen, ich würde hier keine Versammlung!“ Die Witwe Schäfers sei, als sie ihr Lokal zugewiesen hatte, hinterher weinend zum Zeugen gekommen und habe ihn unter Anzeigebild einer Selbstsumme dringend gebeten, nicht auf der Abmahnung zu bestehen. Die Frau habe dazu bemerkt, sie wäre sonst ruiniert! — Gelegentlich einer Versammlungsbekanntgabe habe der Polizeikommissar gesagt, daß es doch eigentlich eine Torheit sei, neben den christlichen Organisationen auch noch die freien zu haben. Zeuge solle doch lieber in den christlichen Verband eintreten!

Polizeikommissar Stöber gibt den Vorgang zu, will die Worte aber lediglich als

eine vernünftige Befehrsung

angeführt wissen.

Gewerkschaftsangehöriger Wendler bekundet einen Fall der Auflösung, wobei ein Polizeibeamter in Zivil, in der Tür stehend, einfach in den Saal hineingerufen habe: die Versammlung sei aufgelöst! In einer anderen Versammlung, die auch aufgelöst sei, habe Zeuge die Anwesenden aufgefordert, dazubleiben; das sei auch geschehen, er habe aber kein Strafmandat erhalten! Dem Hauswirt des Saales wurde bald nach dem Einzug des Zeugen die Polizeistunde herabgesetzt, nachdem zunächst die Aufforderung eines Polizeibeamten, dem Zeugen zu kündigen, fruchtlos blieb. Nachdem der Hauswirt ihm dann aber gekündigt hatte, wurde die Polizeistunde wieder hinaufgesetzt. Bei der Bauarbeiterausperrung 1905 ist dem Zeugen bekannt geworden, daß Polizeikommissar Hampel und Sergeant Tschirn versucht haben sollen, die drei Mitglieder des Bureaus bei ihren Hauswirten in Mißkredit zu bringen.

Zeuge Eiser hat einmal bei einer Versammlungsbekanntgabe 1,50 M. Steuernummer (!) zahlen müssen; eher wurde ihm die Bescheinigung nicht ausgehändigt. Später — nach mehrmaliger Reklamation — wurde ihm das Geld zurückerstattet. Als er dem Wirt Kammendof 50 M. Saalmietete bot, hat dieser erwidert: „Und wenn Sie mir 3000 M. o. k. geben, bekommen Sie den Saal doch nicht.“

Weine Konzeption ist mir lieber.

Gehen Sie zur Polizei und lassen Sie sich eine Bescheinigung geben, daß mir nichts geschieht, dann können Sie das Lokal sofort haben.“

Betriebsführer Harting kann sich „nicht mehr erinnern“, daß auf der Rede Leute auf Grund von Mitteilungen der Polizei entlassen sind, kann aber auch nicht sagen, daß es nicht geschehen sei.

Herrn Bialleff: Kommissar Appeldorn hat mich gefragt, ob denn mein Kind die „Vergarbeitszeitung“ austrage. Als ich dies bejahte, hat er weiter gesagt: „Das gehört sich aber doch nicht, daß Kinder von gut katholischen Leuten die „Vergarbeitszeitung“ tragen.“

Wirt Walter will von allem nichts mehr wissen, obwohl er früher mehreren Zeugen gesagt hat, er dürfe sein Lokal nicht hergeben, weil die Polizei das nicht wolle.

Frau Red, deren Mann auch mehrfach entlassen wurde, war bei einem Betriebsführer, der ihr zu versetzen gab, die Entlassung sei infolge einer Mitteilung der Polizei erfolgt! Als Red auch von seinen neuen Arbeitsplätzen immer wieder entlassen wurde und die Frau sich in höchster Not befand, sei sie zum Polizeikommissar Appeldorn gegangen, der ihr gesagt: „Sorgen Sie dafür, daß Ihr Mann eine andere Gesinnung freigeht, dann will ich schon dafür sorgen, daß er gute Arbeit bekommt.“ Zeugin will darauf geantwortet haben: „Für Arbeit wird mein Mann schon selbst sorgen, lassen Sie ihn nur in Ruhe.“ — Der Kommissar befreit zwar den Vorfall, Zeugin behauptet aber bestimmt, daß sie die Wahrheit gesprochen.

Damit ist die Beweisaufnahme beendet und es beginnen die Plaidoyers.

Rechtsanwalt Wolfgang Heine: Ich bitte, den Angeklagten freizusprechen, da er den Polizeikommissar Johann überhaupt nicht beleidigt hat. Es ist zwar richtig, daß dem Angeklagten im Augenblick der Entrüstung das Wort: „Das ist eine Niederträchtigkeit!“ entfällt, aber mit dieser christlichen Entrüstung hat das in Reddinghausen herrschende Polizeisystem getroffen werden sollen. Daß hier wirklich ein besonderes System besteht, hat die Verhandlung ergeben. Natürlich haben die Polizeibeamten in gutem Glauben gehandelt, das ist aber nicht auszulagern. Was die Bewertung des Zeugenmaterials anbelangt, so habe ich es in einem solchen Maße wie hier noch nicht erlebt, daß ganze Kategorien von Zeugen an einer geradezu frapperenden Gedächtnis-

losigkeit leiden. Daß hier der freien Arbeiterschaft ein System gegenübersteht, kennzeichnete am besten der Zeuge Horn mit den Worten: „Wozu brauche ich mich erst vorzubereiten auf ein Referat? Ich weiß ja doch, daß ich es nicht los werden kann.“

Rechtsgericht und Kammergericht sind sich darüber einig, daß keine Sitzungen eines bestimmten abgegrenzten Personenkreises keine Versammlungen sind, aber die Polizei in Reddinghausen kümmert sich nicht darum, sondern ist frisch weg die „Versammlungen“ auf. Gar zu arg ist die Ausübung der angeblichen Konsumvereinsversammlung, in der eine Frau sprechen sollte. Es wird eine öffentliche Versammlung bei der Polizei angemeldet und als solche beiseite. Weil nun aber in dieser Versammlung von einer Frau über Genossenschaftswesen gesprochen werden soll, ist die als öffentliche Versammlung angemeldete Versammlung eine „politische Versammlung“ des angeblich politischen Konsumvereins! Da hört denn doch alles auf!

Die Versammlungen der Christlichen können in unbeschränkter Zahl in haufälligen Lokalen tagen. Festlichkeiten von 200 Personen und mehr können gefeiert werden, nur keine Gewerkschaftsversammlung von 30 Personen! Wenn darin kein System liegt, was soll dann System sein?

Auch die unstatthafte Einwirkung auf die Wirte ist klar zutage getreten. Würde es sich um einen Wirt handeln, so würde ich sagen, es kann eine Täuschung vorliegen; hier liegt aber eine systematische Einwirkung auf die Wirte vor.

Ob die Anschauung einer bestimmten Partei richtig ist, darüber soll am letzten Ende doch nicht die Polizei entscheiden. Wenn hier unter Beihilfe des Polizeikommissars Johann und seiner Beamten die Wirte einen Vertrag geschlossen haben, den Sozialdemokraten kein Lokal zu geben, so ist das eine im höchsten Grade unmoralische Handlung, die aufs schärfste kritisiert zu werden verdient. Daß man sich nicht scheut, die Leute bei ihren Arbeitgebern zu denunzieren und dann eine solche Handlung hier vor Gericht noch damit zu entschuldigen sucht, daß die Leute doch ein wichtiges Interesse daran haben, zu wissen, ob sie zielbewußte Sozialdemokraten in ihrem Betriebe haben, das zeigt, wie tief eine parteipolitische Praxis in der Verwaltung sich verankern kann. Daß man einen fünfzehnjährigen Knaben aus der Arbeit drängt, bloß weil dessen Eltern Sozialdemokraten sind, das ist geradezu unerhört.

Der Prozeß hat tief hineingeleuchtet in Abgründe, in parteipolitische Zustände in einer Polizeiverwaltung, wie ich sie nicht für möglich gehalten habe. Der Angeklagte als Vertrauensmann und Vorkämpfer seines Verbandes mußte diese systematische Praxis gegen die freien Gewerkschaften um so stärker empfinden; daher ist seine Empörung, die sich in dem Rufe: „Das ist eine Niederträchtigkeit!“ Luft machte, vollkommen erklärlich und berechtigt. Der Angeklagte hat ein System treffen wollen. Daß ein solches System hier besteht, ist unabweisbar zutage getreten. Der Angeklagte muß daher freigesprochen werden. Für die Justizpflege kann es gar nicht in Frage kommen, wie ein Freispruch auf die Reddinghauser Polizeiverhältnisse wirkt. Eine Verurteilung des Reddinghauser Polizeisystems ehrt die Justiz.

Staatsanwalt: Es handelt sich hier um einen ganz gewöhnlichen Beleidigungsprozeß. Daß der Prozeß einen solchen Umfang annahm, wäre nicht nötig gewesen. Das Gericht hätte den ganzen Belastungsbeweis gegen die Polizei nicht zulassen müssen. Der Angeklagte hat erreicht, was er wollte, nämlich auf Kosten des Staates einen Angriff auf die Polizei zu unternehmen. Ich will nun durchaus nicht alles beschönigen, was die Polizei getan hat. Erwiesen ist in der Tat, daß die Polizeiverwaltung dem Bezirkskommando mitgeteilt hat, daß bei dem Wirt Müller sozialdemokratische Versammlungen abgehalten sind und daß diesem dann die Kontrollversammlungen entzogen wurden. Aber

das geschieht überall.

Es ist auch erwiesen, daß Mitteilungen über die politische Bestimmung von Personen an deren Arbeitgeber gelangt und daß danach diese Leute entlassen sind. Aber wenn es sich da um „Heiter von Beruf“ handelt wie im Falle Busmann, dann hat doch die Polizeiverwaltung ein sehr erhebliches Interesse daran, zu wissen, ob sie Aufwiegler im Bereiche hat. — Auch der Fall mit dem fünfzehnjährigen Knaben soll in keiner Weise gebilligt werden. Man soll aber auch bedenken, daß es sich hier um Angehörige einer Partei handelt, die mit unserem heutigen Staate auf dem Kriegsfuß steht! — Bei der schwierigen Materie all der vereinzelten Bestimmungen kann man den unteren Beamten nicht gut zumuten, alle Bestimmungen zu kennen. (!) Mit der Ueberwachung von Versammlungen sollten doch die qualifizierteren Beamten beauftragt werden. Ich rechne hierzu den diesgenannten Wachtmeister Bähr gerade nicht. Es wäre vielleicht zweckentsprechender, wenn der Wachtmeister Bähr gelegentlich in einem anderen Dienstzweig versetzt würde.

Es handelt sich nun aber darum, ob in Reddinghausen ein System besteht, den freien Gewerkschaften das Leben sauer zu machen und ob bewußte Verletzungen von Dienstpflichten vorgekommen sind. Das ist leider nicht der Fall. So weit einige Fehler vorgekommen, sind sie von untergeordneten Organen ausgegangen, und in einigen Fällen ist auch eine Reklamation vorgenommen worden. Auf höhere Anordnung ist nichts Derartiges geschehen, also ist der ganze Beweis mißlungen. Ich beantrage daher die Verurteilung der Verurteilung.

Als Vertreter des Nebenklägers sucht Stadtverordneter Rechtsanwalt Wulff-Reddinghausen eine besondere Virtuosität darin zu entwickeln, daß er durch die Beweisaufnahme klipp und klar widerlegte Dinge noch einmal behauptet und den Angeklagten sowohl objektiv wie subjektiv für schuldig hält.

Nach einer Replik des Rechtsanwalts Heine ergriff der Erste Staatsanwalt noch einmal das Wort: Ich muß doch noch auf etwas kommen, was noch gar nicht erörtert ist: Man muß doch auch in Betracht ziehen, welche Stellung die sozialdemokratische Partei dem Staate gegenüber einnimmt. Die Partei, die die Monarchie abschaffen will, die das Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln den rechtmäßigen Besitzern nehmen will, eine Partei, die an dem Sturze unserer ganzen Gesellschaftsordnung arbeitet, eine solche Partei kann doch nicht wie harmlose Vergnügungsvereine behandelt werden. Ja, es ist richtig, sie ist nicht gleichmäßig behandelt, sie soll auch nicht gleichmäßig behandelt werden! So weit es nur irgend mit den gesetzlichen Bestimmungen in Einklang zu bringen ist, soll den verderblichen Tendenzen dieser Partei entgegengetreten werden. Davon wird sich auch die Reddinghauser Polizei durch das ganze Geschehen nicht abbringen lassen!

Rechtsanwalt Wolfgang Heine: Die Wahlzeit liegt hinter uns und ich habe keine Lust und auch keine Zeit mehr, hier in diesem Saale jetzt einen Vortrag über die Ziele der sozialdemokratischen Partei zu halten, obwohl der Herr Staatsanwalt dies noch zu wünschen scheint; denn das kann doch nur die logische Folge auf einen solchen Angriff sein. Ich habe mich peinlich bemüht, die parteipolitische Seite nicht zu berühren. Der Herr Staatsanwalt scheint das gewünscht zu haben. Der Herr von dem Herrn Ersten Staatsanwalt ausgesprochene Grundsatz, daß eine bestimmte politische Partei auch im Gerichtssaale nicht gleichmäßig beurteilt werden darf, rechtfertigt auch die schwachen Angriffe gegen eine solche Justiz und gegen ein System, das nach solchen Grundsätzen verfährt. Das heißt: von vornherein ungerecht sein. So offen wie hier von dem Herrn Ersten Staatsanwalt habe ich in einem Gerichtssaale diese Grundsätze noch nicht ausgesprochen hören. Was an die äußerste Grenze der Gesetze gehen, das bedeutet in der Praxis so ziemlich die Nichtachtung der gesetzlichen Bestimmungen. Ich habe das Vertrauen zu dem Gerichte, daß es dem soeben hier gehörten Grundsatz nicht folgen wird.

Nach sehr kurzer Beratung geht

das Urteil

dahin, daß die Berufung zurückgewiesen wird. Das Gericht hat dem Polizeikommissar Johann vollen Glauben beigegeben. Wohl hätten einzelne untergeordnete Organe der Reddinghauser Polizei über die Stränge geschlagen, aber ein System von Verfolgung und Unterdrückung sei nicht nachgewiesen.

Die Vergherren bei der Stimmungsmache. Unter Bezugnahme auf die im „Reichsanzeiger“ vom 11. d. Mts. gebrachten Nachrichten über den in den Hauptbergbaubezirken Preußens im ersten Vierteljahr 1907 verdienten Bergarbeiterlöhne hebt der Verein für die bergbauwirtschaftlichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund in einer Zuschrift an den „Hannoverschen Courrier“ hervor, daß wiederum im Ruhrbezirk die Lohnsteigerung am stärksten sei. Obgleich eine Schicht weniger verfahren (70 gegen 80), stieg die Vierteljahresverdienst im Ruhrgebiet auf den Kopf der Gesamtbelegschaft mit 372 M. gegen 367 M. noch etwas höher als im Vorquartal. „Der immer noch andauernde Arbeitermangel“ — so fährt die Zuschrift fort — „hat mithin die Löhne noch weiter in die Höhe getrieben, trotzdem ihr Stand zum Jahresabschluss einen Beford und der inzwischen erfolgte starke Fall der Lebensmittelpreise an und für sich schon eine beträchtliche Erhöhung des Reallohnes bedeutete.“

Es ist unklar, daß die Lebensmittelpreise stark gefallen sind. Gewiß, die Fleischpreise sind teilweise zurückgegangen; dafür sind aber die Preise anderer Lebensmittel, besonders für Brot, bedeutend in die Höhe gestiegen. Und wie kommt denn der bergbauwirtschaftliche Verein dazu, auf den Reallohn sich zu berufen? Glaubt er etwa, durch seine Zuschrift die längst beschlossene Erhöhung der Kohlenpreise rechtfertigen zu können? Die Verurteilung auf den angeblich gestiegenen Reallohn ist selbst dem „Hannov. Cour.“, der übrigens den behaupteten Preisfall für Lebensmittel für bare Münze nimmt, zu dumm. Der Mächtig der Lebensmittelpreise, so bemerkt er, ist ein Zu-Abfliegelmoment, das zwar im Interesse der Arbeitnehmer liegt, aber doch unabhängig bleiben sollte bei Berücksichtigung der Arbeitsleistung des Einzelnen, nach der in erster Linie die Entlohnung zu erfolgen hat. . . . Wenn man einen Preisfall der Lebensmittel als ständigen Faktor bei der Lohnfrage mit in Rechnung zieht, wird man dies auch bei einer Verteuerung der Lebensmittel von selbst tun müssen.“

Verwendung von Wasserkraften. Einen Versuch, die in öffentlichen Elektrizitätswerken nutzbar gemachten Wasserkraften in den verschiedenen Ländern statistisch zu ermitteln, hat der Amerikaner Campbell Swinton gemacht. Seine Uebersicht läßt deutlich erkennen, in welchem Grade in den einzelnen Ländern die Ausnützung der Wasserkraft erfolgt. Die Zahl der Pferdekraft, die aus der Wasserkraft durch öffentliche Elektrizitätswerke genommen wird, stellte sich um um das Jahr 1903 wie folgt:

Table with 2 columns: Country, Horsepower. Includes entries for Vereinigte Staaten von Nordamerika (527 500), Kanada (228 300), Italien (210 000), Frankreich (161 400), Schweiz (133 800), Deutschland (81 100), Schweden (71 000), Mexiko (18 500), Oesterreich (16 000), Großbritannien (11 900), Dänemark (10 000), Indien (7 100), Japan (3 500).

Campbell Swinton schätzt die Gesamtkraft der nutzbar gemachten hydroelektrischen Kräfte der Erde auf 2 Millionen Pferdekraft, zu welchem Ergebnisse annähernd die Schätzungen anderer Sachverständiger gleichfalls gelangen.

Preisfall. Englisches Roheisen ist wiederum um 1 M., auf 76 M., ab Ruhrorte im Preise gesunken.

Eisenbahneinnahmen. Auf den deutschen Eisenbahnen wurden Vereinnahmt im Mai 1907 aus dem Güterverkehr 128 581 333 M. (+ 6 611 205 M. gegen den Mai 1906) und aus dem Personenverkehr 62 435 170 M. (+ 8 747 486 M. gegen den Mai 1906). Die Gesamteinnahme des Mai 1907 betrug somit 191 016 503 M. (+ 12 358 644 M.). Die Gesamteinnahme pro Kilometer betrug 3912 M. (+ 206 M.). Auf den Bahnen mit dem Rechnungsjahre April-März wurden Vereinnahmt seit dem 1. April 1907 aus dem Güterverkehr 229 895 572 M. (+ 18 552 710 M.), aus dem Personenverkehr 108 082 270 M. (+ 5 273 978 M.) und auf den Bahnen, deren Rechnungsjahr mit dem Kalenderjahr zusammenfällt, in der Zeit vom 1. Januar bis Ende Mai 1907 aus dem Güterverkehr 68 437 799 M. (+ 3 981 255 M.), aus dem Personenverkehr 34 579 074 M. (+ 3 488 919 M.).

Sam amerikanischer Eisenmarkt berichtet das Fachblatt „Iron Age“, daß die Schließung der Betriebe bei den Stahl- und Holzwerken Kölliken Brothens einen Ausfall in den Auftragslisten der Hochöfen erbracht habe. Der Markt für Roheisen sei flau, in einigen Gebieten sogar merklich schwächer. Die Verkäufer beobachteten einige Zurückhaltung, ebenso auch die Käufer für spätere Lieferfristen. Tendenz des Stahlmarktes abgelaufen. Das Geschäft in Stahlmaschinen entbehrt der Lebhaftigkeit; in der letzten Woche wurden nur 10 000 Tonnen verkauft. Dagegen wird die Nachfrage für geformtes Baueisen als gut bezeichnet.

Saatensand in Preußen. Der letzte Saatensandbericht weist für einzelne Produkte eine Verschlechterung aus. Im einzelnen stellt sich die Schätzung wie folgt: Es bedeuten 2 gut, 3 mittel, 4 gering; Winterweizen 3,2 (Vormonat 3,3), Sommerweizen 2,5 (2,6), Winterroggen 2,6 (2,8), Wintergerste 2,3 (3,0), Sommergerste 2,7 (2,8), Sommererbsen 2,4 (2,5), Hafer 2,4 (2,5), Erbsen 2,5 (2,6), Ackerbohnen 2,5 (2,5), Widen 2,5 (2,6), Kartoffeln 2,6 (2,7), Zuckerrüben 2,6 (2,6), Wintererbsen und Rüben 3,5 (3,6), Flachs 2,7 (2,7), Mee 3,4 (3,8), Luzerne 3,1 (3,1), Rieselweizen 2,7 (2,6), andere Widen 3,1 (3,0). Die Verschlechterung gegen den Vormonat beträgt also bei Winterweizen 0,1, bei Sommerweizen 0,1, bei Winterroggen 0,2, bei Wintergerste 0,1, bei Sommergerste 0,1, bei Hafer, Erbsen, Widen, Kartoffeln, Wintererbsen und Rüben je 0,1 Proz. Verschlechterung hat sich der Stand von Mee, der Rieselweizen und der anderen Widen um je 0,1 Proz. Um dieselbe Zeit des Vorjahres wurde der Stand geschätzt bei Winterweizen auf 2,3, Sommerweizen 2,4, Winterroggen 2,5, Wintergerste 2,6, Sommerroggen 2,6, Sommergerste 2,4, Hafer 2,3, Kartoffeln 2,7.

Die Kursverluste der städtischen Sparkassen infolge des Rückganges der Anleihe an der Börse sind enorm groß. Der Gewinn der städtischen Sparkasse Berlin betrug im Etatsjahre 1906/07: 2 652 882 M. und der Reservefonds der Sparkasse Ende März 1906: 18 690 614 M. Während Ende März 1906 der Verlust zwischen dem Ankaufswert und dem niedrigen Kurswert sich bei den erstklassigen Wertpapieren auf 2 974 188 M. stellte, ist er im vergangenen Etatsjahre infolge des fast ununterbrochenen Kursrückganges auf 13 257 923 M., also um 10 283 735 M. in einem Jahre gestiegen. Eingezahlt wurden im I. Quartal 1907: 19 468 869 M. und zurückgezahlt: 16 688 970 M., d. h. es wurden 185 102 M. mehr abgehoben als eingezahlt, obgleich sich die Zahl der ausgegebenen Sparkassenbücher um 1000 Stück vermehrt hat.

Preisausschlag. Die Möbel-, Sautillfabrik und Pianofortefabrikanten in Halle haben ihre Verkaufspreise um 10 Proz. erhöht.

Gerichts-Zeitung.

Einer Uebertretung des Vereinsgesetzes sollten sich Genosse Peters und andere Vorstandmitglieder des Vereins der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins schuldig gemacht haben. Sie sollen, wie eine gegen sie gerichtete Anklage behauptet, eine Anzahl von Mitgliedern, die vom Juni bis August 1906 angeblich in den Verein eingetreten sind, der Polizei nicht gemeldet haben. Das Schöffengericht sprach im April dieses Jahres die Angeklagten frei, weil die Verjährung Frist verstrichen sei. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein. Sie bestritt, daß die Verjährung eingetreten sei, denn es handle sich um eine Unter-

Laßung, deren strafrechtliche Verfolgung erst dann als verjährt zu betrachten sei, wenn die Unterlassung nachgeholt worden wäre, was aber nicht geschehen sei. Am Montag beschäftigte sich die Strafkammer mit dieser Angelegenheit. Rechtsanwalt Dr. Heinemann als Verteidiger der Angeklagten machte geltend, die Verurteilung müsse schon daran scheitern, daß nach dem Statut des Vereins jemand nicht durch seine Anmeldung, sondern erst durch die Entscheidung des Vorstandes als aufgenommen gelten kann. — Die als Zeugen aufgetretenen Polizeibeamten konnten nur bekunden, daß sich in einer Versammlung in Ober-Schönweide etwa 15 Personen zur Aufnahme in den Verein gemeldet haben. Dann der Vorstand über die Aufnahme dieser Personen entschieden oder ob er sie überhaupt aufgenommen hat, darüber konnten die Zeugen nichts auslagern. Auch eine ausführliche weitere Vernehmung konnte über diesen Punkt nichts feststellen. Der Staatsanwalt nahm darauf die Verurteilung zurück, da er nicht in der Lage sei, nachzuweisen, daß Mitglieder, nachdem sie durch Vorstandsbeschluss aufgenommen waren, nicht in der vorgeschriebenen Frist der Polizei gemeldet worden sind.

Aus dem Offiziersleben.

Raum ist der große Ansehensprozess in München abgeschlossen. Und schon steht ein neuer in baldiger Aussicht, in dessen Vordergrund abermals eine Anzahl Offiziere stehen. Zwischen durch beschäftigte die vierte Strafkammer des Landgerichts München sich am Donnerstag mit einigen Wechselfällen und Verurteilungen, die der 28 Jahre alte Leutnant a. D. Hermann Schmidthuber von Landschüt, Sohn eines Oberstleutnants Schmidthuber, begangen haben sollte. Schmidthuber war in Hagenau in Garnison; sein Gehalt betrug 75 M. und 22 M. Zulage. Er war ein Spielmann des Leutnants Mühe und jagte wie dieser, der hohen Weiblichkeit nach. Das kostete viel Geld. Besonders stand er in Beziehungen mit einer Konfektionärin in Berlin, die sich Frei Schöen nennt. Sie, die ausnahmslos nur mit finanzkräftigen Lebemännern verkehrt, erklärte dem Schmidthuber sofort, wenn er mit ihr verkehren wolle, müsse er über viele Mittel verfügen. Und die Mittel verschaffte sich der Herr Leutnant durch niedliche Wechselfälle. Er botte auf Namen von Regimentskameraden Wechsel gefälligst. Er spielte viel in Berlin, Kalkar und verlor in einer Nacht beispielsweise 1500 Mark. Er fälschte auch Wechsel, um die Mittel zu erhalten zu einem Abstecker nach Monte Carlo, wo er wieder viel Geld verlor. Von seinem Geldgeber, einem gewissen Herrrieder in München, wurde dem Leutnant das Geld ebenfalls über die Ohren gezogen. Zur Illustration, wie Schmidthuber hauste, wurde konstatiert, daß er mit Mühe und dem Leutnant Vogel Wechselgeschäfte einging, die Hunderttausende betragen. Das Gericht verurteilte Schmidthuber zu zehn Monaten Gefängnis.

Duell.

Die Person Leutnants Schmidthuber stand am Donnerstag nach im Mittelpunkt einer zweiten Verhandlung, die vor der 4. Strafkammer des Münchener Landgerichts vor sich ging. Wegen des Vergehens der Annahme einer Forderung zum Zweikampfe hatte sich der Diplomingenieur Franz Woerle zu verantworten. Woerle und Schmidthuber hatten am 29. August v. J. in Begleitung zweier „Damen“ den Konzertsaal Treffer besucht. Beim Nachhausegehen kniff Schmidthuber die den Woerle begleitende Dame, die er von früher her sehr genau kannte, in den erhabensten Rücken. Darüber geriet Woerle in Wut. Es kam zu einem Wortgefecht, das in eine regelrechte Meuterei ausartete. Woerle gab dem Schmidthuber eine Ohrfeige. Dieser schlug zurück. Am Tage darauf brachte der Leutnant Schäfer in Auftrag des Schmidthuber dem Woerle eine Forderung zum Zweikampfe. Die Bedingungen waren: gezogene Wistolen, zehn Schritt Distanz und

Angelwechself bis zur Vernichtung des Gegners. Obwohl die harten Bedingungen ihn stung machten, nahm Woerle die Forderung im Prinzip an. Schmidthubers Forderung wurde auch vom Offiziersrat genehmigt! Das Duell wäre nun regelrecht vor sich gegangen, wenn nicht Woerle inzwischen von den Fälschungen und Verurteilungen Schmidthubers Kenntnis erlangte und ihn daher nicht mehr für satisfaktionsfähig hielt. Da er aber das Duell im Prinzip angenommen hatte, wurde er zu einer Festungshaft von einem Tage verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es, daß das Gericht auf das Strafminimum erkannt habe, weil Woerle als der an sich unschuldige Teil gefordert wurde, weil es sich schließlich um eine lächerliche Lappalie gehandelt habe, und weil die schweren Bedingungen, die dem gefundenen Menschenverstand direkt widersprechen, unbegreiflicherweise vom Offiziersrat genehmigt worden seien.

Vorsicht bei Eisenbahnübergängen!

Der jetzt klagende St. wurde bei Pippstadt, wo die Bahn die Chaussee im spitzen Winkel kreuzt, von der Sekundärbahn überfahren und am Fuße so verletzt, daß dieser voraussichtlich steif bleiben wird. Das Bahnhofsamt ist an dieser Stelle durch einen Garten bedeckt. Deshalb muß ein aufmerksamer Passant sich halbrückwärts drehen, um eventuell den Zug sehen zu können. St., der kurz vorher mit einem Bekannten auf der Straße ein Gespräch hatte, sah plötzlich — auf dem Geleise angekommen in zehn Schritt Entfernung die großen Laternen der Lokomotive, vor Säured blick er stehen und — dadurch gefascht das Unglück. Auf seine Klage erklärte das Landgericht Baderborn die Bahnverwaltung für allein schuldig und St. Schadenersatzanspruch für voll entschädigt. Das Oberlandesgericht in Hamm aber entschied, daß beide zu gleichen Teilen die Schuld hätten und zur Hälfte den Schaden tragen müßten. An dem gefährlichen Bahnübergang hätte St. mehr Obacht geben müssen. Auf die gegen dieses Urteil von St. eingelegte Revision hielt der sechste Zivilsenat des Reichsgerichts das Urteil des Oberlandesgerichts aufrecht.

Welches Gericht ist in Berlin für Wechselklagen zuständig?

Durch die Stabilierung von drei Landgerichten für Berlin, deren jedes Teile des Gebietes der politischen Gemeinde Berlin zu seinem Sprengel zählt, sind auch bezüglich des Gerichtsstandes für Wechselklagen mancherlei Unklarheiten entstanden. Das Kammergericht hat in einem derartigen Streitfall in einem ausführlich begründeten Urteil seinen Standpunkt dahin festgelegt: Wenn in einem Wechsel als Zahlungsort „Berlin“ mit näherer Bezeichnung der Straße und Hausnummer angegeben ist, so gilt als Gerichtsstand des Zahlungsortes für die Wechselklage nur dasjenige der drei Berliner Landgerichte, zu dessen Bezirk die angegebene Straße nach dem Gesetz betreffend die Gerichtsorganisation für Berlin und Umgebung vom 10. September 1899 gehört.

Eingegangene Druckschriften.

Die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch. Von Carus. 155 S. Preis 1 M. Verlag der Leipziger Buchdruckerei K. G. in Leipzig.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der holländischen Reichsfinanz-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 97-99 pr. 100 Pfd., IIa 61-63, IIIa 56-57, Bullenfleisch Ia 66-67, IIa 53-54, Stöße, jeit 49-57, da mager 37-47, Pfeffer 50-62, Bullen, ban. 0,60, da. hell 0,60, Rohfleisch, Doppelender 95-115, Mastfäber Ia 80-88, IIa 68-78, IIIa 0,60, Räder ger. gen. 45-60, da. hell 0,60, ban. 0,60, Hammelfleisch Masthämmer 74-78, Ia 69-73, IIa 62-68, Schafe 50-62, Schweinefleisch 48-56, Reichel Ia der Wand 0,65-0,85, IIa 0,40-0,60, Rotwül, Welsch Ia 0,60-0,82, Damwild, Welsch 0,60, Wildschweine 0,40, Ferkel 0,60, Antschon per Stück 0,50, Schauer, alte, per Stück 1,40-2,10, IIa 0,80-1,20, da. junge 0,50-0,85, Belgier

hühner 0,60, Tauben 0,30-0,50, Hattenische 0,60, Enten per Stk. 1,00 bis 2,00, dito Gänse per Stk. 0,60, da. Hamburger per Stk. 1,75-2,25, Gänse per Pfd. 0,70-0,75, da. per Stk. 2-4,50, da. Hamb., pr. Stk. 2,00-4,50, da. Oberbrucher pr. Stk. 3,00-4,50, Wustels 0,60-0,60, Rechte per 100 Hund 68-69, mott 65-68, dito Klein 0,60-0,60, dito groß 0,60, Hander 0,60, Schiefe, klein 0,60, dito groß 0,60-0,60, da. 67-78, Halse, groß 111-123, da. klein und mittel 0,60, mittel 100-109, ungl. 80-95, da. klein 70, Wüsten 0,60, da. klein 0,60, da. mittel 0,60, Robbott 68, Stiele, klein 0,60, Kumpf 0,60, Bunte Fische 0,60, Barje 0,60, da. mittel 42-51, Kranzchen 71-74, Weißfische 0,60, Weiss 0,60, Wand 62-71, Quappen 0,60, Amerikanischer Lachs in neuer, per 100 Pfd. 110-120, da. IIa neuer 90-100, da. IIIa neuer 60, Seelachs 10-20, Spotteln, Nier, Wall 0,60, Danziger, Stiege 0,60, Nander, Nier, Stiege Ia 3-6, mittel per Stiege 1-2, Gamb. Stiege 4-6, halbe Stiege 2-3, 2-3, 2-3, IIa 0,50-2,50, Badinge, Nier per Wall 2-2,50, Straß 2-3, Halse, groß per Pfd. 1,10-1,40, mittelgroß 0,80-1,10, klein 0,60-0,80, Deringe per Stk. 5-9, Schellfische Stiege 3,00-5,00, 7, Stiege 2-2,50, Rablien, geräuch. per 100 Pfd. 15-20, Dorff, Stiege 2,50-3,00, Goldfische, Stk. 2-15, Sardellen, 1902er per Kist. 98, 1904er 98, 1906er 98, 1906er 98-95, Schottische Goldfische 1905 0,60, large 40-44, full 38-40, med. 38-42, deutsche 37-44, Deringe, neue Matjes, per 1/2, To. 50-120, Sardinen, russ. Stk. 1,50-1,60, Bratheringe, Stiege (4 Liter) 1,25-1,40, Reunaten, Stk. 11, klein 5-6, Nieren 14, Eier, Lande, ungl. Stk. 2,50-3,00, pr. 3,50, Butter per 100 Pfd. Ia 108-110, IIa 103-106, IIIa 102-102, abfallende 90-95, Saure Gurken Stk. 4,50, da. neue 6-8, Pfeffergurken 4,50, Ruciolehen per 100 Hund magnum bonum 0,60-0,60, Daberfische 0,60-0,60, Rosen 0,60, weiße 0,60-0,60, Salafastoffeln 0,60, Schmal per 100 Hund 8-10, Karotten, biefische, Stk. 4,00-6,00, Sellerie, biefische, per Stk. 2,00-3,00, da. pommersche 0,60, Zwiebeln große, per 100 Hund 0,60, da. kleine 0,60, da. biefische (Peri) 0,60, Charolotten 0,60, Petersilie, grün, Stk. 0,80-1,00, Kohlrabi Stk. 0,50-0,80, Kettig, bage, neue Stk. 0,12-0,16, Kohlraben Stk. 3,00-5,00, Zeltower Röhren per 100 Pfd. 0,60, Weiße Röhren, große 0,60, kleine 0,60, Rote Röhren 0,60, Stenentofel, holländischer per Kopf 0,10-0,25, Kohlraben per Stk. 0,60-0,60, Wirsingofel holländ., per Stk. 6-8, Rotfisch holländ., per Stk. 0,60, Weißfisch, ban. per 100 Pfd. 0,60, Rosenfisch per 100 Pfd. 0,60, Strufof per 100 Hund 0,60, Khabarber 100 Hund 0,60-0,80, Veredelter per 100 Hund 0,60, Worcheln per Hund 0,60, Sandmorseln per 100 Pfd. 0,60, Waldmeiler per Handl 0,30-0,45, Radieschen per Stk. 0,50-1,00, Salat per Stk. 0,60-1,75, Spargel Ia 100 Pfd. 20-30, da. IIa 10-15, da. IIIa 5-8, da. ungl. 0,00, da. Beiliger Ia 28-38, da. Beiliger IIa 12-20, da. Beiliger IIIa 5-10, Stachelbeeren, grün, per 100 Pfd. 8-12, hell 7-10, Erdbeeren, franz. 50 Kg. 20-30, dito holländ. Rotz 0,40-0,50, dito 50 Kg. 20-70, da. Dresdener, Ranne 0,30-0,65, da. biefische 50 Kg. 25-50, da. Beiliger, 50 Kg. 0,60, da. Werbesche, 60 Kg. 0,60, Zangenkünder 0,60, Walderdbeeren 60-80, Röhren, franz. in Stücken von je 1 Kg. Stiege 0,60, da. ital. 50 Kg. 12-25, da. Gubener, 50 Kg. 12-18, da. Schief. 50 Kg. 8-15, da. Hebelbeeren, 50 Kg. 0,60, da. Werbesche 50 Kg. 12-15, Jähronen, Meßlin, 300 Stk. 9,00-12,00, 360 Stk. 8,50-11,00, 240 Stk. 6,00-12,00, Weßlinen, Jolla, per Stk. 0,60, Würde 200er Stk. 0,60, da. 300er 0,60, Valencia 420er Stk. 18,00-25,00, da. 714er 22-30,00, Meßlin, 100er 4-7,00, 150er 5-8,00, 160er 8-12,00, 200er 7,50-12,50, 300er 0,60, Wut. 100er 0,60, 150er 0,60, 200er 0,60, 300er 0,60.

Essentielle Bibliothek und Lesesäle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexanderstr. 28. Geöffnet täglich von 5 1/2-10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9-11 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 815 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 23. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr, im Rathhaus, Eingang Bödenstraße, Saal 109: Versammlung: Freireligiöse Vorlesung. — Vormittags 10 1/2 Uhr in der Schule, Kleine Frankfurterstr. 6: Vortrag von Herrn Dr. Kramer (Wagburg): „Wovon hängt unser Schicksal ab?“ Herren und Damen als Gäste sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (E. B. 23.) Filiale Berlin 8. Heute abend 8 1/2 Uhr im Restaurant „Halt, Dragonerstraße 15: Versammlung. — Filiale Charlottenburg. Heute abend 8 1/2 Uhr im Volkshaus, Rosenthalerstr. 8: Versammlung. — Filiale Nordost. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Teitel, Bergstr. 151: Versammlung. — Filiale Tegel. Sonntag vormittags 10 Uhr bei Gehhaar, Berlinerstr. 92: Versammlung.

Theater.
Sonabend, den 22. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Schauspielhaus. Wallenstein Tod.
Neues tgl. Operntheater. Carmen.
Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Ballner-Theater.)
Icar und Zimmermann.
Schiller N. (Theater des Westens.)
Schiller N. (Theater des Westens.)
Deutsches. Der Kongress.
Kleines. Frank Wedekind. Anfang 8 1/2 Uhr.
Römische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Weiken. Die lustige Witwe.
Neues Schauspielhaus. Kopfen-
valls Leben.
Residenz. Haben Sie nichts zu
berzählen?
Kuhlfeldhaus. Die Welt ohne
Männer.
Thalia. Staatsanwalt Alexander.
Luisen. Das Kästchen der Ehe.
Bernhard Rose. Der große Un-
bekannte.
Nachm. 4 1/2 Uhr: Die Schindin.
Der Gehülfe des Teufels. Die
Ballfische.
Metropol. Der Teufel laßt dazu.
Wintergarten. La Tortajada.
Spezialitäten.
Nyssa. Der lustige Witwe. Spe-
zialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Helles Copric. Götterraut. —
Verd. —
Walhalla. Spezialitäten.
Riesenhallen. Stettiner Säger.
Hanna. Taubentrost 18/19.
Von der Zugspitze zum Watz-
mann.
Nachm. 4 Uhr: Durch Dänemark
und Schweden.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Nachmittags 4 Uhr:
Durch Dänemark u. Schweden.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze
zum Watzmann.
**ZOOLOGISCHER
GARTEN**
Täglich nachm. 5 Uhr:
Großes
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., von abends
6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter
10 Jahren die Hälfte.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Operette in 3 Akten v. Franz Lehár.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzollen?
Schwank in 3 Akten v. H. Demmequin
und H. Weber.
Lustspielhaus.
8 Uhr: Wiener Ensemble - Gastspiel
Die Welt ohne Männer.
Vest Glöckner als Gast.
**Apollo
Theater**
8 Uhr: Die bedeutenden Spe-
zialitäten mit Jean Clements
Julus-Parodie Barman u. Weisb.
Abends 9 1/2 Uhr:
Hartstein
mit seiner Gursel:
Der lustige Witwe.
1. Bild: Das letzte Mal.
2. Bild: Die Folgen davon.

Schiller-Theater O.
(Ballner-Theater.)
Römische Oper.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Zar und Zimmermann.
Römische Oper in 3 Akten von
Albert Lortzing.
Sonntag, nachm. 5 Uhr
bei halben Preisen: Die Zauberflöte.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Carmen.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Freischütz.
**WINTER
GARTEN**
La Tortajada.
Glänzendes
Programm.
Passage-Theater.
Abends 8-11 Uhr:
Die kleine
Rakete
mit
Paulette van Roy.
14 großartige Spezialitäten.
Gustav Behrens-Theater.
Berlin W.,
Goltzstraße 9.
Das neue
exquisite
**Juni-
Programm.**
Schlager auf
Schlager!
Neu! Die Jungfrau v. Orleans.
Komödie.
Grefenberger dirigiert.
Neu! Emmeline u. Erich Hochberg.
Opernquartett sowie die übrigen erst-
klassigen Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr,
Sommerpreise.

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr:
Kyriz-Pyriz. Sommerpreise.
BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich:
Anfang 4 1/2 Uhr.
In den Vorlesungen:
Das glänzende Juni-Programm.
Paul Corradini. — The Laundry.
Die Ballettschule.
Sperlich 50 Pf., Gutes 30 Pf.
Abends 8 1/2 Uhr im Theater:
Der große Unbekannte.
Sommerpreise.
**Max Kliems
Sommer-Theater**
Hofstraße 13/15.
Wöchentliche Zeitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater
u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest.
Jeden Mittwoch:
Die beliebten Kinderfeste.
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeestunde ist täglich von
2 Uhr ab geöffnet.
Brunnen-Theater
Goltzstraße 88. Direkt.: Bernh. Rose.
10 neue Attraktionen 10.
Dormingentruppe, Kunststahlreiter.
The Eleonas, Gymnastiker.
Die weltberühmte Teufelspantomime
Eine unruhige Nacht
der Photos Galtans Truppe.
Neu! Carmen. Neu!
Kassensammlung 3 Uhr. Anf. 5 Uhr.
Billetverkauf von 10-11 Uhr an
der Theaterkasse.

**Deutsche
Armee-, Marine- u.
Kolonial-Ausstellung**
DAHUKA
Am Wanneseebahnhof
Friedenau
Eintritt 1 M., von 7 1/2 Uhr ab
50 Pf., Militär u. Kinder 25 Pf.
Geöffnet:
Ausstellungshallen bis 8 Uhr,
Ausstellungsgelände bis 12 Uhr.
Täglich: Große Konzerte.
Ausstellungslöse a 1 M.
berechtigten zum Eintritt.
Volksgarten-Theater.
Bad-Beckstraße — Bahnhof Gesund-
brunn — Belfermannstraße.
Der rechte Weg.
Original-Vollstück mit Gesang und
Tanz in 4 Akten von H. Gerdt.
Hierzu:
Das neue
Riesen - Spezialitäten - Programm.
Vollbelustigungen.

Neue Welt
Kassenholz 108-114.
Täglich:
Gr. Doppel-Konzert
u. Spezialitäten-Vorstellung.
Musikanten von
Kunstkräften 1. Ranges
Gosch. Wels, Duffstein,
Staffen Brothers, Wrobalen,
Rheinhold Trio, Welfenberger,
Mampolis Weibermühle,
Curt Ellis.
Benny Comp. Pantomime.
Geschwister D'Orville,
Doppelbelustigung durch den
ganzen Gart. a. d. Höfen hängend.
Anfang 5 Uhr.
Entrée zum Kongressgarten 10 Pf.
Theatergarten 50 Pf.
Schweizergarten
Am Königster. Am Friedrichshain.
Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63 u. 74.
Täglich:
Theater-Vorstellung.
Neue Spezialitäten.
Kinematograph und Ball.
Freier Damentanz.
Anfang 5 Uhr. Entrée 30 Pf.
Ostbahn-Park
Am Köstritzerplatz, Röderradorstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert,
Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung.
Fröbels Allerlei-Theater
(früher Pahlmann)
Schönhäuser Allee 148 und
Kanonien-Allee 97/99.
Vielbesucht. Volks-Theater Berlins.
Heute: Sommerfest
der
Zentral-Krankenkasse der Tischler.
Das neue erst. Direkt.-Juni-Prog.
Karl Braun als Oberst
Polmes
und die übrigen 15 Kunstkräfte.
Neu!
Um 4 1/2 Uhr: Großstadtband.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Kleines Theater.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Gastspiel Frank Wedekind.
Sonntag: Gastspiel Frank Wede-
kind.
Montag: Gastspiel Frank Wede-
kind.
Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Vorletzte Woche des Schauspiel:
Das Kästchen der Ehe
Anfang 8 Uhr.
Sonntag, den 23. Juni, nachm. 3 Uhr,
bei halben Preisen:
Heinrich Heine.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Der Teufel laßt dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern
von Julius Freund. Musik von
Viktor Hollaender. Dirigent Max
Roth. In Szene gesetzt von
Direktor Richard Schultz.
Reichen überall gestattet.

**Juni-
Programm.**
Schlager auf
Schlager!
Neu! Die Jungfrau v. Orleans.
Komödie.
Grefenberger dirigiert.
Neu! Emmeline u. Erich Hochberg.
Opernquartett sowie die übrigen erst-
klassigen Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr,
Sommerpreise.

Kur noch bis Ende Juni geöffnet!
Volksmuseum
Friedrichstr. 118.
Nähe Cranienerbrunn Tor.
Anatomie! Pathologie!
Samariterlehre! Mechanische
Kolossalgruppen! Völkergalerie
Täglich wechselnde Lichtbilder-
vorträge über Vorkarte des
Verbrechens! Vorbestimmung
des Geschlechts! Herma-
phroditismus Volks - Krank-
heiten etc.
Eintritt 30 u. 50 Pf., Militär 20 Pf.,
Kinder 10 Pf. 10416*

Otto Pritzkow
Münzstraße 16.
**Welt-Ausstellungs-
Biograph** (St. Louis)
Theater lebender
Photographien.
Täglich Eingang von
Neuheiten.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Fröbels Allerlei-Theater
(früher Pahlmann)
Schönhäuser Allee 148 und
Kanonien-Allee 97/99.
Vielbesucht. Volks-Theater Berlins.
Heute: Sommerfest
der
Zentral-Krankenkasse der Tischler.
Das neue erst. Direkt.-Juni-Prog.
Karl Braun als Oberst
Polmes
und die übrigen 15 Kunstkräfte.
Neu!
Um 4 1/2 Uhr: Großstadtband.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Belle-Alliance-Garten
Herzlichster Sommergarten Berlins.
Weltberühmte Illumination.
Vollständig neue Anlagen.
Täglich:
Elite-Variété-Vorstellung
Anf. wochentags 6, Sonntags 4 Uhr.

Prater-Theater.
Kastanien-Allee 7/9.
Täglich:
Flotte Weiber
Spezialitäten 1. Ranges.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Sommer-Fest
des **Holzarbeiter-Verbandes**
(Brande der Stellmacher).
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Anfang 6 Uhr.
Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.

Buggenhagen
Moritzplatz.
Heute Sonntagabend:
Großes Sommerfest
verbunden mit italienischer Nacht.
Ausbruch des Vesuvius von Neapel.
Schlachtmusik. Feuerwerk.
Jede Dame erhält ein Geschenk gratis.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 15 Pf.

Diez' Spezialitäten - Theater.
Landsberger Allee 76-79.
Direkt a. d. Ringbahnstation. Bequemste Fahrgelände n. allen Stadttricht.
Ob schön! Täglich: Ob Regen!
Am herrlichen Garten oder großen Saal:
Die größte Sensation der Gegenwart:
3 Röhren Todesfahrt im drehbaren Globus.
5 an 8 Uhr, der einzige Fahrer der Welt, welcher die enbloße Schiene,
nur 3 Meter Durchmesser, verifal durchfährt. — Darton Brothers, phäno-
menale akrobatische Neudheiten. — The 5 Asstays, die Helden Farmer, Brill.
Rustalt. — Matr. Frodo mit seinem Liebes-Pais: Pony, Gel. Schwein
und Hund. Dazu das neue und beste Programm Berlins.
Anf. 3 Uhr. Kaffeeische. Volkbelustigungen aller Art. Entree 30 Pf.

Golgatha
in
Castans Panoptikum
165 Friedrichstraße 165.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Möbelpolierer.
Mittwoch, den 26. Juni, abends 8 Uhr, im Königsstadt-Kasino,
Holzmarktstr. 72:

Branchen - Versammlung
der
Möbel- und Stuhlpolierer sowie Beizer.
Tages-Ordnung: 88/20
1. Wirtschaftliche Kämpfe der Gegenwart. Referent: Stadtverordneter
Genosse Adolf Ritter. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchen-
angelegenheiten. 4. Die Branchenleitung.

Achtung! Die Zahlstelle 64
ist von Fagelbergerstraße 2 nach **Hornstraße 2** ver-
legt worden.
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Dachdecker.
Verwaltungsstelle Berlin.
Sonntag, den 23. d. M., vormittags 10 Uhr, bei Feind,
Weinstraße 11:

Versammlung
54/19 Tages-Ordnung:
Der Abschluss des Tarifvertrages in unserem Gewerbe.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 23. Juni, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
der **Werkzeugmacher Berlins u. Umgegend**
in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 18.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Montag, den 24. Juni, abends 6 Uhr:
Allgemeine
Metallarbeiter - Versammlung
für **Reinickendorf und Umgegend**
im Saale „Zur Wartburg“, Zuh. Schorff, Koppenhagenstraße 72.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Karl Wiede über: „Die Gewerkschafts-
bewegung vor und nach dem Sozialistengesetz“. 2. Diskussion.
3. Beschließend.
In dieser Versammlung sind ganz besonders die Kollegen von Becker,
Hein. Lehmann u. Co., Argus, Fleck u. Söhne, Hecke und
Schönung eingeladen. Kollegen! Angesichts dieser Tagesordnung erwarten
wir zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller Kollegen.
120/18 Die Ortsverwaltung.

Blitz-Schnell
Kommt man mit der Hochbahn zu **Weingarten**, Gitschinerstr. 72,
Station im Hause. Beste Stelle Bringenstraße. Umfänglich:
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
auch für fortpulente Herren passend.
Dieselben sind von feinen Kapellern und Heisenben, die nur einen
Monat ihre Garbwerke tragen. 51162*
Fahrtgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.
Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.
Zweigverein Berlin und Umgegend.
Sonntag, den 23. Juni, vormittags 10 Uhr:
3 Mitglieder-Versammlungen
für das gesamte Zweigvereinsgebiet.
Für den Norden und die nördlichen Vororte bei **Ballschmieder**, Sadstr. 16.
Für das übrige Berlin sowie die östlichen Vororte bei **Buggenhagen**, Moritzplatz.
Für alle westlichen Vororte bei **Obst, Schöneberg**, Meiningenstr. 8.
Tages-Ordnung in allen Versammlungen:
Der Stand unserer Bewegung.
Mitgliedsbuch legitimiert. 34/20 Die Zentral-Steiffkommission.

Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.
Zweigverein Berlin und Umgegend.
Sektion der Töpferträger.
Sonntag, den 23. Juni, vorm. 10 Uhr, im Lokal von Wohlfarth, Rosenthalerstr. 57:
Anßerordentliche Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 85/1
1. Stellungnahme zur Kündigung unseres Tarifs. 2. Wie betreiben wir am besten Agitation
für unsere Gruppe?
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es dringend notwendig, daß sämtliche Mit-
glieder, soweit sie als Töpferträger beschäftigt sind, in dieser Versammlung erscheinen.
Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Zweigverein Berlin und Umgegend.

Boxhagen-Rummelsburg.
Sonntag, den 23. Juni, in den Gesamträumen des Lokals „Neu-Seeland“ (Ww. Schonert):
Großes Volksfest des Wahlvereins Rummelsburg.
Zur Aufführung gelangen:
Großes Konzert X Humoristische und Gesangsvorträge X
Turnerische Aufführungen usw.
Anfang 3 Uhr. — Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. — Entree 25 Pf.
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr an zur Verfügung.
Um zahlreichem Besuch bittet [8/6*] Das Komitee.

Nachtrag
zur **Liste der boykottfreien Bäckereien.**
Brandenburgstr. 21, Becker.
Dalkowferstraße, Marktfläche Stand
175/176, Hämlich.
Erasimustr. 2, Müller.
Gohlfowdstr. 6, Müller.
Grünauerstr. 26, Barnd.
Daußburgstr. 26, Edder.
Lüderstr. 60, Klinging.
Waldenstr. 6, Nischfeld.
Squitr. 67, Karamann.
Stargardstr. 69/70, Junf.
Wiesenstr. 28, Seger.
Zimmerstr. 75, Krämpel.
Britz.
Jahnstr. 41, Luz.
Charlottenburg.
Wielandstr. 4, Krätzky.
Lichtenberg.
Gärtelstr. 11, Stenck.
Scharnweberstr. 8, Schubert.
Ober-Schöneweide.
Kathenauststraße, Peterleit.
Rixdorf.
Reue Donaustr. 52/53, Kuntel.
Ferner ist zu berücksichtigen, daß in
der Sonntagnummer unter der Rubrik

Die Bewilligung durchbrochen haben:
G. Eder, Anflamerstr. 57.
Dreßler, Pappel-Allee 85.
Scheunemann, Strelitzerstr. 31.
Legler, Barnimstr. 5.
Legler, Weinstr. 27.
Purschke, Köpenickerstr. 165.
Schön, Mühlenstr. 51.
Otto Mörbe, Rostizstr. 49.
J. Göhwein, Allensteinerstr. 9.
F. Dähne, Stralauer Allee 29.
Hanke, Fennstr. 51.
E. Barth, Dronheimerstr. 18.
Frd. Zufat, Rixdorf, Falkstr. 21.
F. Lorenz, „Steinmehst. 131
Nehrig, Rixdorf, Thomas-
straße 38.
Koczanski, Rixdorf, Hermann-
straße 175. Koczanski hat
verkauft und hat der Nach-
folger nicht bewilligt.
Zahl, Hochstädterstr. 23.
Wensing, Wiesenhalerstr. 2.
Gesperret sind ferner die Brotfabrik **Wittler**, Müllerstr. 33/34, und
die Großbäckerei **Blotner**.
Die verehrliche Bevölkerung von Berlin und Umgegend ersuchen wir,
genau auf die roten Karten zu achten, die alten Plakate sind ungültig.
Die Lohnkommission.
Verbandsbureau: Auguststr. 36, Tel. Amt III. 1243.

Damen-kommt-sehet!!
Besonders günstige Gelegenheitskäufe setzen mich in die
angenehme Lage **billiger als je** zu sonst nicht möglichen,
unerreicht niedrigen, irgend annehmbaren Preisen
kolossale Posten zum Ausschauen in

Staubmäntel Kostüme Röcke
abzugeben.
Diese Qualitäten u. Preise muß man gesehen haben.

In Serien Besichtigung ohne Kaufzwang Occasion für Reise
früher 1 2 3 4
bis M. 25. M. 42. M. 64. M. 96. usw.
jetzt M. 7. M. 13. M. 19. M. 27. extra 10% Rabatt.

Das Material ist erstklassig, hochmodern, vom einfachsten
bis elegantesten Genre, darunter strickende, prächtige Stücke in
allen Größen, selbst für allererstklassige Figuren.

Westmanns Engroshaus
Hauptgesch.: W. Mohrenstr. 37a
an den Kolonnaden
Fil.: O. Gr. Frankfurterstr. 115
an der Andraastr.

Referatenteil veranw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt: Paul Sinaer & Co. Perle SW

Meinen Verwandten, Freunden
und Bekannten hierdurch die
traurige Nachricht, daß meine liebe
Frau und meine Tochter
Auguste Schieffe
geb. **Waschischek**
plötzlich verstorben ist.
Fritz Schieffe, Restaurateur,
nebst Mutter.
Schönebergstr. Nr. 25.
Die Beerdigung findet am Sonnt-
tag, den 23. Juni, nachmittags
4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Heilig Kreuz-Kirchhofes in Marien-
dorf aus statt. 13818

Deutscher
Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege, Kollege
Emil Stark
am Dienstag, den 18. Juni ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenten!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 22. Juni, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes in
Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
89/1 Die Ortsverwaltung.

Verband d. baugewerblichen
Hilfsarbeiter Deutschlands.
Zweigverein Berlin u. Umgegend.
Bezirk Mariendorf.
Todes-Anzeige.
Am Dienstag, den 18. Juni,
verstarb unser treuer Kollege
Franz Zimmermann.
Ehre seinem Andenten!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 23. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Kirchhofes in Marien-
dorf aus statt. 34/19
Der Zweigvereins-Vorstand.

Gesangverein
„Sorgenfrei“
Am Mittwoch, den 19. Juni,
verstarb unser langjähriger Sanges-
bruder
Julius Kübner
im Alter von 45 Jahren.
Ehre seinem Andenten!
65/20 Der Vorstand.

Für die liebevolle Teilnahme bei
der Beerdigung unseres guten, un-
vergleichlichen Vaters
Emil Sebastian
sagen wie allen Freunden, Kollegen,
sowie dem Wahlverein und dem Töpfer-
verband unseren herzlichsten Dank.
13865 Die tieftrauernden Kinder.

Dankagung.
Für die vielen Beweise liebevoller
Teilnahme und aufergewöhnlich zahl-
reichen Kräftependen bei der Be-
erdigung meines lieben Vaters und
guten Vaters, des Bergelohes
Hermann Kemnitz
sagen wie allen Verwandten und
Bekanntem, sowie dem wertigen Ehe-
den Kollegen und Kolleginnen der
Firma Leonhard, den Kollegen und
Kolleginnen der Firma Aufsenberg
Nachf., dem Deutschen Holzarbeiter-
verband, den Mitgliedern der Zahl-
stelle desselben in Weihenau, den
Mitgliedern des sozialdemokratischen
Bauvereins Nieder-Barnim, Bezirk
Weihenau, dem Gesangsverein „Freie
Sänger“ unseren innigsten Dank.
Witwe Anna Kemnitz und 6 Töchter.

Allg. Kranken- u. Sterbekasse
der Metallarbeiter.
(Wingefahr. Hülfskaffe Nr. 29, Hamburg.)
Filiale Schöneberg.
Sonntag, den 23. Juni, vorm.
10 Uhr, in Wielochs Festsaal,
Granevaldstr. 110:
General-Versammlung.
120/19 Der Vorstand.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang Hochentags 6 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Reichs-
hallen-
Café und
Restaurant
Militär-
Konzert.

Hochwald
und Landparzellen direkt a. d. H. d. d. u.
Bielefeld, H. von 10 Mt. an
Hohen-Neuendorf
(Nordbahn)
Ged- und Wasserleitung am Ort.
Verkauft täglich in unserem Ver-
kaufspassion direkt am Bahnhof.
Nieschalke & Nische,
58652* Landsbergerstr. 66.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalkasse! Anlässlich der jetzigen Ausflüge nach dem Spreewald...

Alle Anfragen bezüglich Sudow (Märkische Schweiz) sind an den Genossen...

Im 5. Kreis steht uns das Lokal „Zum Falkstaff“, Luisenstraße 36...

Dritter Wahlkreis. Sonntag, den 23. Juni, findet ein Ausflug mit Familie...

Vierter Wahlkreis. Den Genossen zur Kenntnis, daß der Bezirk 293...

Schöneberg. Am Sonntag, den 23. d. M., findet das 17. Stiftungsfest...

Hohen-Neuendorf und Stolpe. Der Diskutierabend findet am Sonnabend...

Vogelzug-Nummernburg. Der Wahlverein hält am Sonntag, den 23. Juni...

Teltow. Sonntag, den 23. Juni, nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn...

Berliner Nachrichten.

Ein gewaltiger Sturm

Stark gestern nachmittag in Berlin und in der Umgegend. Wenn er auch nur von kurzer Dauer war...

Auf dem Neubaugrundstück Barbarossastr. 44 in Schöneberg waren mehrere Arbeiter...

Bei dem Unfall in der Monumentenstraße, den wir oben erwähnten, schwebten...

Der Fernsprecher kann auch auf der Reise für den Verkehr mit der Heimat nutzbar gemacht werden...

Vadeort — wenn man das Geld hat, einen solchen aufzusuchen — anrufen lassen...

Die Einheitlichkeit in den Aufschriften an Dienststellen auf den Bahnhöfen...

Die Polizeistunde für Berlin. Vom Polizeipräsidenten ist eine Verfügung über die Polizeistunde erlassen worden...

Eine erhebliche Änderung des gegenwärtigen Zustandes bringt diese Verfügung nicht...

Der englische Besuch hat gestern Berlin wieder den Rücken gekehrt. Die Herren...

Die englischen Besucher haben Berlin, Charlottenburg, Potsdam und auch von den besten Seiten gesehen...

Zwei ausgedehnte Betriebsstörungen im Straßenbahnverkehr, durch welche der Nordwesten...

Das Opfer einer unsinnigen Wette ist der Klavierspieler Kaller aus der Landberger Allee...

Ein Opfer des Straßenverkehrs ist der 51jährige Kutscher Albert Fahrenholz...

Selbstmord eines Restaurateurs. Die Selbstmorde von Gastwirten häufen sich...

Ein Todesfall, der noch der Aufklärung bedarf, beschäftigt die Polizeibehörde...

Durch den Diebstahl eines Doppelgespanns ist der Fuhrherr Prell in der Mühlenstr. 68...

Ver schwunden. Seit einigen Tagen werden ein Greis und zwei junge Mädchen vermisst...

Von zwei Männern überfallen wurde in der Nacht vom 20. zum 21. Juni...

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in der Oranienstraße. Der in der Reanderstr. 20...

Durch den Ausschlag eines Pferdes schwer verletzt wurde vorgestern abend...

Feuerwehrrichter. Heute früh um 5 Uhr kam in der Horkstraße am dortigen Bahnhofsgebäude...

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Der Rixdorfer Lehrverein hat in einer am Mittwoch abgehaltenen...

Die Anstellung von Schulärzten in Rixdorf hält die heutige Versammlung...

Wegen Sittlichkeitsverbrechen verhaftet wurde am Montag nacht aus dem Bezirk...

Lichtenberg.

Ein entsetzlicher Unglücksfall, bei welchem ein neunjähriger Knabe schwer verletzt wurde, ereignete sich am Mittwochabend in Lichtenberg. Auf einer freien Wastelle an der Ecke der Gürtel- und Dörfelstraße spielten eine Anzahl Knaben, die sich damit vergnügten, Löcher in dem lockeren Sande zu graben. Mehreren Kindern war es gelungen, eine besonders tiefe Grube aufzuheben. Als bei einer Tiefe von circa vier Metern Grundwasser zu Tage trat, verließen die Knaben die Grube; nur der neunjährige Sohn des in der Dörfelstraße 23 in Lichtenberg wohnhaften Kaufmanns Michaelis konnte sich von dem gefährlichen Außenhaltort aus Stolz über die Grunungschaft nicht trennen und triumphierend rief er seine sämtlichen Spiellameraden heran. Diese drängten neugierig und staunend an den Rand der Grube. Pflötzlich gab das lockere Erdreich nach und stürzte, mehrere Kinder mit sich ziehend, hinab, wobei der kleine Michaelis von den Sandmassen vollständig begraben wurde. Glücklicherweise befohlen einige ältere Schüler die Gelbesgegenwart, sofort die Feuerwehr zu alarmieren, von der auch einige Mannschaften herbeieilten und die in die Grube gefallenen Kinder retten konnten. Die Befreiung des kleinen M. aber gestaltete sich äußerst schwierig. Man mußte sehr behutsam zu Werke gehen und es dauerte geraume Zeit, ehe die eingestürzten Sandmassen soweit herabgeschüttelt waren, daß der Kopf des unglücklichen Kindes zum Vorschein kam. Hierbei ergab es sich, daß der Körper des Kindes durch das Gewicht des Sandes derart zusammengedrückt worden war, daß die Beine gekrümmt waren. Nach unerbittlicher Mühe gelang es schließlich, den Verunglückten aus der Grube zu ziehen. Der Anblick war entsetzlich. Da der Körper direkt im Wasser gelegen hatte, war er total erstarrt, und es sahien, als ob der Junge bereits tot war. Den angestrengten Bemühungen zweier Ärzte gelang es schließlich, den M. wieder in das Leben zurückzurufen. Der Zustand des Knaben ist sehr bedenklich, da er außerdem auch schwere innere Verletzungen erlitten hat. Die übrigen Knaben, die in die Grube hinabgestürzt sind, kamen glücklicherweise mit dem Schrecken davon. Auf der Unfallstelle soll früher ein Brunnen gestanden haben.

Aus der Gemeindevorstellung. Am Schiedsmann des Bezirks 1a wurde der Lehrer Meier wieder gewählt. — Zugestimmt wurde einem Antrage des Arbeitervereins am Gemeindevorstand Genossen Georg Treue auf Entbindung von seinem Amte. Grund ist andauernd schwere Erkrankung des Genossens. — Angenommen wurde die Bestellung einer Hypothek in Höhe von 23 000 M. Restkaufgeld auf das von der Gemeinde angekaufte Grundstück in der Dorfstr. 104.

2415,83 M. verlangen wieder vier „Besitzer“ als Rückzahlung für „verursachte“ Bürgersteigregulierungsarbeiten. — Da 1445 M. von einer Konfirmationskommission reklamiert werden, beantragen unsere Genossen, etwaige Forderungen unserer Gemeinde nicht außer acht zu lassen.

Die Waserstraße als Grenzstraße zwischen Nimmelsburg und Lichtenberg im westlichen Ortsteil soll auf Grund beiderseitigen Uebereinkommens endlich und endgültig reguliert werden. Die Gemeinde Nimmelsburg hat an dem Uebereinkommen noch einige Ausstellungen gemacht, denen zum Teil Rechnung getragen wird; abgelehnt wird aber eine weitere Beteiligung an dem Grund-erwerbssachen zu Straßengründen. — Der Errichtung einer Rektorenstelle für die neue Gemeindefschule in der Schornweberstraße zum 1. Oktober 1907 und einer Lehrerstelle an der katholischen Gemeindefschule wird zugestimmt. — Die Forderung von 123 000 M. zur Verlegung von Wasserfall und Verteilungseinrichtungen des Gemeinde-Elektrizitätswerks zeitigte eine scharfe Auseinandersetzung mit der Verleiherin. Der Antrag wurde mit der Maßgabe verweigert, daß die Verleiherin einen Voranschlag über die voraussichtlich noch zu machenden Aufwendungen vorlegt. — Die beantragte Erweiterung der Sauggasanlage und eines Reserve-Aggregats von 500 Pferdekraften und die hierzu erforderlichen Mittel in Höhe von 20 000 M. werden bewilligt.

Zwei Anleihen in Höhe von 250 000 M. sollen von der Kasse der Kaufmanns-Knappschaftsvereins und von der Sparkasse in Lüben aufgenommen werden. Beide Kassenrichtungen gehören nicht zu den 700 Kassen, die von der Gemeinde um Geld besorgt worden sind! In geheimer Sitzung wurde ein Antrag des Gemeindevorstandes auf Verkauf von etwa 40 Morgen Land in der nächsten Umgebung des Gemeindefschulwerkes zur eventuellen Vergrößerung der Brunnengrundstücke von den Gemeindevorordneten einstimmig abgelehnt! Das Bedürfnis wurde einstimmig verneint. Die Gemeindefschullehrer für das Rechnungsjahr 1906 mit rund 300 000 M. Ueberprüfung gegen den Voranschlag ab.

Weissenfee.

Ein Mordversuch und ein Selbstmord verurachteten Donnerstagabend in dem Hause Ufermarkt 18 zu Neu-Weissenfee große Aufregung. Der 19 Jahre alte Topfergehilfe Emil Hone aus der Carmen Schwaite, 4 verheiratet hier, seine Cousine, die 19 Jahre alte Tochter Hedwig des Topfermeisters Karl Jung aus Nache zu erschließen, schoß aber sehr und tötete sich dann selbst durch einen Schuß in die Brust.

Reinickendorf.

Von seinem eigenen Fuhrwerk überfahren und schwer verletzt wurde gestern nachmittag der Fischer Berger. Als er mit einer Brautkutschke aus der Holländerstraße in die Markstraße einbiegen wollte, wendete er zu kurz um, so daß der Wagen an den Bürgersteig anprallte. Berger wurde vom Kopf geschleudert und kam so unglücklich zu Fall, daß ihm die Hüften seiner eigenen Wagens über die Brust gingen. Der Kutscher erlitt außer einigen blutenden Kopfverletzungen schwere innere Verletzungen und wurde in besinnungslosem Zustande nach dem Krankenhaus übergeführt.

Pankov.

In der letzten Gemeindevorstellung wurde beschlossen, daß kein Mitglied der Vertretung sich an Bisherungen und Submissionen beteiligen darf. Die Ursache zu diesem Beschlusse ist zu suchen in der Tatsache, daß ein Mitglied der Hochbaukommission bei der von dieser Kommission aufgeschriebenen Arbeiten mit submittierte und bei der Vergabung dieser Arbeiten erschien, um bei den Verhandlungen über die Vergabung mitzuraten und mitzutaten. Das ging selbst den bürgerlichen Vertretern zu weit und wurde der betreffende Herr gezwungen, entweder die Sitzung zu verlassen oder seine Offerte zurückzugeben, wobei das letztere geschah. In der Plenarsitzung wurde nun zunächst der Antrag gestellt, daß nur in der Kommission, in welcher der Vertreter wirkt, derselbe von Bisherungen für die Gemeinde ausgeschlossen sein soll. Unsere Genossen sowohl wie auch einzelne bürgerliche Vertreter vertraten den im obigen Beschlusse zum Ausdruck gekommenen Standpunkt, welchen die Mehrheit zu dem ihrigen machte. Von praktischer Bedeutung ist ein Erlaß des Unterrichtsministeriums, welcher den Austausch deutscher, französischer und englischer Lehrantwandskandidaten wünscht. Die Gemeinde erklärte sich mit diesem Austausch im Prinzip einverstanden und werden die entstehenden Kosten mit 110 M. pro Monat bewilligt werden. Dem Anschluß der Rathhausstraße an das Regulierungs der Gasse „Normalzeit“ sowie Änderung und Verlegung einer Nebenstraße am Eingange des Rathhauses wird zugestimmt. — Für die Instandsetzung der Gebäude im Bürgerpark werden außer den bereits bewilligten 40 000 M. noch 15 000 M. nachbewilligt, bezugnehmend für die Instandsetzung des Herrenhauses des Gutes Nimmelsburg 9000 M. Einer Petition des Vereins selbständiger Geschäftsmänner Pankows und Nieder-Schönhausens um Abänderung der Konzeptionssteuerordnung wird zugestimmt und dem Kreisrat des Kreises Nieder-Darmin zur Veranschlagung empfohlen.

Nieder-Schönhausen.

In der letzten Gemeindevorstellung wurde die Wahl des Rentiers R. Paeny zum Gemeindevorstand für gültig erklärt, worauf seine Einführung erfolgte. Beschlossen wurde, die fürzlich aufgenommene Anleihe von 600 000 M. von der Landesversicherungs-

anstalt Brandenburg auf 12 Jahre umflüssbar zu machen. — Der Gemeinde wurde von Seiten des Rentiers Brose ein Grundstück zum Rathhausbau als Geschenk angeboten. In dieser Angelegenheit führte der Bürgermeister Abraham aus, daß außer dem bereits geschenkten Grundstück am Bismarckplatz nun auch ein zweites angeboten sei, es sei nun zu erwägen, welches von den beiden Grundstücken genommen werden soll, das von Brose oder das der Terringelgesellschaft. Neben verlas das notarielle Schenkungsangebot der Gebrüder Brose. Das Grundstück liegt in der Kaiser Wilhelmstraße, an der südlichen Ecke der durchgehenden Wäckerstraße und hat 1/2 Morgen Gutsland. Der Wert desselben beträgt ungefähr 68 000 M.; es soll hypothekens- und lohnfrei vom 1. Oktober dieses Jahres übergeben werden, unter der Bedingung, daß die Gemeinde innerhalb 3 Jahren ein Rathhaus darauf erbaut, anderenfalls das Grundstück an die Geber zurückfällt, welche sich bis zum 1. Juli an dieses Angebot halten. Da die Kaiser Wilhelmstraße der Mittelpunkt des Ortes, ferner die Bevölkerung es wünscht, daß das Rathhaus in dieser Straße erbaut werden soll, so empfahl er die Annahme des Brose'schen Grundstücks. Nach diesen Ausführungen fand eine lebhafte Debatte statt. Einer der hiebei den Vorhändler meinte, daß bereits schon Grundstücksverläufe in der Nähe des Bismarckplatzes abgeschlossen sind und könnten sich die Käufer für betrogen halten; er bitte, das Geschenk von Brose abzulehnen. Mit Recht erwiderte ihm der Bürgermeister, daß das Geschenk der Terringelgesellschaft nur aus Geschäftsinteresse erfolgt ist, was bei Brose aber ausgeschlossen sei. Wenn sich bereits Spekulationen der Grundstücke in der Nähe des Bismarckplatzes bemächtigt hätten, so hätten sich die Käufer eben vorher erkundigen sollen. In namentlicher Abstimmung wurde mit 10 gegen 8 Stimmen beschlossen, das Brose'sche Grundstück anzunehmen. Die Rathhausfrage scheint nunmehr gelöst zu sein. — Als Schulhausgrundstück werden die Parzellen des Herrn Joseph auf der östlichen Seite der Charlottenstraße in Kauf und gegen Hinzuzahlung von 17 798 M. gekauft. Als Stellvertreter für den Marktkommissar wurde der Gemeindevorstand Paeny gewählt. In der neuen Bauordnung für unseren Ort ist die Bauklasse B. gestrichen. Die geschlossene Bauweise ist nicht genehmigt, ebenso dürfen die vor einiger Zeit geräumten Dachwohnungen nicht wieder vermietet werden. Das Industriegebiet, umfassend das Gelände vom Rosenthaler Grenzweg bis zur Schloßallee hat Hochbau erhalten. — Sein Amt als Gemeindevorstand hat der Architekt Jutzig niedergelegt.

Wilmerdorf.

In dem im vorjährigen Lokalkampf so heiß umstrittenen „Victoria-Garten“, welcher nun auch der Arbeiterschaft zu ihren Versammlungen zur Verfügung steht, fand am Dienstag die erste Vollversammlung statt, in der Genosse Schneider über den „Kampf im Bädereigewerbe“ referierte. Bei dieser Gelegenheit unterzog der Redner auch das Verhalten der „unabhängigen“ Wilmerdorfer Zeitung (Lokalblatt für den freien Meinungsstand) einer nur zu berechtigten Kritik und wies nach, daß genanntes Blattchen über den Bädereigewerbe nachweislich unwahre Behauptungen verbreitet und in einem Artikel von den Bädereigewerbeten als von „grünen Jungen“ geschrieben habe.

Trotzdem bei Eintritt in die Diskussion der Vorhändler die anwesenden Gegner ausdrücklich zur Wortmeldung aufforderte und ihnen selbstverständlich vollständige Redefreiheit zugesichert hatte, nahm der anwesende Redakteur und Verleger der Wilmerdorfer Zeitung keine Veranlassung, sich zu den ihm gemachten Vorwürfen zu äußern.

Nachdem auch diverse Zwischenrufe ob dieses Schweigens an dem Herrn wirkungslos abgeprallt waren, veranlaßte erst der zweite Diskussionsredner durch seine Ausführungen über die Freizügigkeit unserer Gegner, Herrn Heemann das Wort zu ergreifen. Es gelang ihm aber nicht, die gegen seine Zeitung erhobenen Vorwürfe zu widerlegen. Der Herr gestiel sich vielmehr darin, den Ausführungen des Referenten betreffs der schlechten Existenzbedingungen der Bädereigewerbeten beizupflichten, im übrigen aber den Referenten der Höhe zu bezichtigen und sich auf die Behauptung zurückzuziehen, seine Zeitung habe nur das ihr von der Zeitung angebotene Flugblatt usw. zum Teil abgedruckt, was auch deutlich als Zufassung gekennzeichnet sei; daß ihm von Seiten des Bädereigewerbes nichts eingelaufen wurde, sei nicht seine Schuld usw.

Da diese Ausführungen indessen mit der Wahrheit in gar zu argem Widerspruch standen, war es den nachfolgenden Rednern sowie dem Referenten in seinem Schlupfwort ein leichtes, die Behauptungen Herrn Heemanns als die besten Unwahrheiten nachzuweisen und an Hand verschiedener Artikel der „Wilmerdorfer Zeitung“ deren a n g e b l i c h e Unparteilichkeit ins rechte Licht zu rücken, sowie der Versammlung zu zeigen, wie von jeder dieser Blätter, so gelegentlich des Lokalkampfes, wie auch jetzt die Arbeiterschaft bekämpft und gemein beschimpft habe.

Sämtliche Redner traten für tatkräftige Unterstützung der Bädereigewerbeten ein, die Verammelten aufforderte, nur hochloftige Redewaren zu laufen und nach Beendigung des Kampfes den jetzt bewilligten Bädereigewerbeten ihre Annschaft zu erhalten.

Das Wilmerdorfer Blatt ist ob der ihm in der Versammlung verabschiedeten Prügel nicht gerade sehr erbaunt; es kann aber nicht umhin, in den früheren Fehler zu verfallen und fest und läßt zu behaupten, „Herr Heemann habe es sich nicht nehmen lassen, den Herrn „Genossen“ derbe die Wahrheit zu sagen.“ Schließlich findet sich die „Wilmerdorfer Zeitung“ mit der fatalen Sache mit folgender Bemerkung ab:

Wir begrüßen diese sozialdemokratischen Liebeswürdigkeiten, da sie für unser Blatt eine wertvolle Propaganda bilden und hoffen, daß sich die Herren „Genossen“ noch recht oft mit uns beschäftigen werden. Von unserer Seite wird nichts unterlassen werden, um die große Masse des sozialdemokratischen irreführenden Publikums anzusprechen. Die berühmten und recht abgegriffenen Schlagworte können nur urteillose Köpfe begeistern, der Wissende weiß, wie's gemacht wird!“

Wir glauben es dem Blättchen gern, daß es unangenehm ist, wenn ihm die Waade vom Gesicht gerissen und seine Arbeiterschaft freundschaftlich ins helle Licht gerückt wird. Die Wilmerdorfer Zeitung“ muß sich schon damit abfinden, daß die Arbeiter sich nicht lobern lassen und muß sich daran genügen lassen, daß es nach einer Bekanntmachung der Regierung zu Potsdam in der letzten Nummer des Amtsblattes als amtliches Publikationsorgan erklärt worden ist.

Stadtverordnetenversammlung. Die Stadtverordneten beschloßen in ihrer Sitzung am Mittwoch, auf dem Gelände der Pumpstation eine Radstraße zu errichten. Dem Antrage Dr. S c h i r m e r, die Geißlerstraße und den Rindbergerplatz zu asphaltieren, wurde nicht stattgegeben und mit 17 gegen 11 Stimmen Uebergang zur Tagesordnung beschlossen. Die Schauffeldsteuer wurde in erster Lesung beraten und die zweite Lesung auf Freitag, den 28. Juni, vertagt, damit die Vorlage noch vor den Ferien unter Dach und Fach gebracht werde und die Stadt möglichst schnell in den Genuß der Einnahmequelle treten kann. Ferner wurde eine aus dem Vorsteher, dessen Vertreter, den Stadtverordneten S o h n e r, L i e t z, S i m m e r m a n n und G r o t h m a n n bestehende Kommission zur Prüfung der Angelegenheit eingesetzt. Die Gastwirte Wilmerdorfs werden in den nächsten Tagen hierzu Stellung nehmen. Zur Verdrößerung der Nordseite der Wilhelmstraße zwischen Augusta- und Wäckerstraße werden die Bäume der Nordseite gefällt. Wegen Vergrößerung des Begräbnisplatzes wurde die Aufhebung der Fluchtlinien der Dreier- und Gaudstraße beschlossen.

Zu einer längeren Debatte führte die Einstellung von Hilfskräften für die Gebäudesanierungsarbeiten. Vom Magistrat wurde vorgeschlagen, drei Hilfskräfte auf mehrere Monate pro Monat inklusive Ueberstunden mit 110 M. anzustellen. Hiergegen wandte sich der Stadtverordnete W a s h. Die Pensionierung sei den sozialen Verhältnissen nicht angepaßt, er stelle den Antrag, pro Monat 150 M. zu bewilligen und die Ueberstunden demgemäß zu bezahlen, sonst könne von einer gewissenhaften Arbeit keine Rede sein. Weniger sozial dachten die Stadtverordneten R o c h und P u m p l i n, sie empfahlen,

pensionierte Beamte zu engagieren, die mit dem Nebenberuf zufrieden sein werden. Der Antrag W a s h wurde abgelehnt und beschloßen, 2100 M. für die Arbeit zu bewilligen. Der Bürgermeister behauptete in der Debatte, schematische Arbeiten seien mit 110 M. genügend bezahlt.

Dem Dezenten des Steuerbüreaus wird eine Wohnung im Hause Lauenburgerstraße 19 eingerichtet und die erforderlichen Mittel für die Räume von 1187,50 M. bewilligt. Sogen Schluf erhob sich ein Klagefeld der Vertreter von Halensee wegen Errichtung einer evangelischen Kirche, die Anla der Schule genüge nicht, und die Grundwaldgemeinde hätte sie förmlich zugewiesen. Die Gemeindevertretung gab ihre Zustimmung zur Errichtung einer Kirche auf dem Hochmeisterplatz.

Vermischtes.

„Barmherzige Schwestern.“

Der „Arbeiterwille“ in Graz ist in der Lage, über Mißhandlungen zu berichten, die in einem katholischen Kloster an wehrlosen Kindern verübt wurden. Es handelt sich um das Grazer „Schulhaus für verwahrloste Mädchen“. Dieses Institut nimmt Mädchen im schulpflichtigen Alter auf und steht unter der Oberaufsicht des katholischen Frauenvereins, dessen Vorsteherin die Gräfin Corti alle Catene ist. Erst seit September vorigen Jahres besteht dieses Institut. Im ganzen sind jeweilig 15—16 Mädchen dort in „Pflege“ und schon sind aus diesem Internat 8 Mädchen entflohen. Die Erzählungen der Kinder enthalten fürchterliche Anklagen gegen dieses fromme Institut. Das Essen ist qualitativ und quantitativ so ungenügend, daß es dargekommen ist, daß sich Mädchen über die Küchenabfälle hermachten und daraus Brotskrumen fischten, um ihren Hunger zu stillen. Die Erziehungsmittel der barmherzigen Schwestern bestehen im Fasten, im Einsperren in der Dunkelkammer, in Schlägen mit der Peitsche und der Hand und in der Zwangsjacke. Die Strafe des Fastens ist die häufigste; zuwider wird die Entziehung des Nachtessens angewandt, bei erschwerenden Straffällen bekommen die Kinder auch halbe Tage lang nichts zu essen. Diese Strafen werden bei den geringsten Vergehen angewandt, so z. B. wenn ein Mädchen seinen Fingerhut im Kästförschen hat oder wenn es beim Nähen eine Nadel bricht, wenn ihm Brotskrumen unter den Tisch fallen usw., muß es fasten. Dunkelkammern gibt es zwei, eine im ersten Stock, eine im Keller. In der Regel ist schon die Strafe des Fastens vorausgegangen, wenn die Kinder in die Dunkelkammer gesperrt werden. Die Kinder haben begreiflicherweise eine entsetzliche Angst vor dem Alleinsein im Finstern, beginnen dann in der Regel zu weinen, zu lärmen, poltern an der Tür und ertönen dadurch eine neue Verschärfung ihrer Strafe. Nun kommt die Geißel an die Reihe. Alle Kinder schilberten übereinstimmend dieses Jüchtigungsinstrument als ein Holz, an dem mehrere Stränge befestigt sind, die sie als Draht bezeichnen, der mit weichem Zwirn oder Wolle umwunden sei. Die Schläge mit dieser Drahttrute sind äußerst schmerzhaft und ziehen in der Regel Verletzungen nach sich. Die Kinder werden bei dieser Prozedur bis aufs Hemd ausgezogen, auf die Bank gelegt und geschlagen. Zwei Schwestern halten dann das Opfer fest und eine, die Oberste der „Barmherzigen“, schlägt zu. Die Kinder werden nun immer reißender und aufgeregter, schlagen wohl um sich, krähen und beißen die Schwestern, das ist das größte Verbrechen, und dafür bekommen sie die Zwangsjacke angelegt. Vollständig wehrlos gemacht, werden sie dann in die Dunkelkammer geworfen, in der sich keinerlei Möbel befinden. Schreien sie, so wird ihnen noch die „Fatsche“ angelegt, d. h. der Mund fest verbunden und nur Nase und Augen freigelassen. Ein Kind, das eine besonders schwere Leidenzeit durchgemacht hatte, erzählte u. a., als es in der Dunkelkammer gewesen, habe es eine der Schwestern insändigst um etwas zu essen gebeten, da es fürchterlichen Hunger gehabt. Die Schwester ging und kam mit Brot, Brodte es auf und warf die Stücke auf den Fußboden. „H!“ befahl sie nun. Hunger tut weh. Das Mädchen, das in der Zwangsjacke steckte, mußte sich nun auf die Knie niederlassen, küßte sich mit dem Munde zu Boden und aß das Brot, einem Hunde gleich, vom Fußboden auf. Die ganze Nacht blieb das Mädchen in der ungeheizten Kammer, ohne Bett, ohne Decke. An der Mauer lehndend, und hochend, durchwachte es die Nacht. Heute liegt es im Spital. — Von diesen Schreckenheiten ist, wie unser Grazer Parteiblatt mitteilt, durch den Polizeiarzt Strafanzeige gemacht worden. Offenlich werden diese frommen Bestien der verdienten Strafe für die Quälereien, die sie an wehrlosen Kindern verüben, nicht entgehen.

Gelenkent und ertrunken.

Die aus Segeberg gemeldet wird, kienerte gestern nachmittag auf dem dortigen See ein Segelboot mit vier Seminaristen. Drei ertranken.

Ueberschwemmung und Erdbeben.

Zunolge Kaiser Regengüsse traten gestern, wie aus Konstantinopel berichtet wird, in den Vilajets Saloniki und Nedus Ueberschwemmungen ein, welche großen Schaden verursachten. Es wurden Brücken zerstört, Eisenbahnen beschädigt; an manchen Orten soll die Ernte fast vernichtet sein. Der Verlehr von Saloniki mit dem Innern des Landes und mit den europäischen Ländern ist unterbrochen. Außerdem trat in Aofuz ein starkes Erdbeben auf und heftiger Hagelschlag.

Ueber einen großen Diebstahl von Schmucksachen im Werte von 250 000 Franc berichtet man aus Paris. In dem Entresol des prächtigen Hotels Avenue du Bois de Boulogne 43 bewohnte ein Herr Otto Steffens mit seiner Frau eine Reihe von außerordentlich luxuriös eingerichteten Zimmern zum Miethpreis von 18 000 Franc. Der Haushalt wird auf sehr großen Fuße geführt und sind in ihm fünf männliche und drei weibliche Diensthöten beschäftigt. Als Madame Steffens sich vorgestern abend, nachdem die Dienerschaft bereits zur Ruhe gegangen war, gegen 10 Uhr in ihr Schlafzimmer begab, wurde sie sehr unangenehm überrascht durch die Entdeckung, daß der Schrank, in dem sie ihre Schmucksachen aufbewahrt, geöffnet war und sich auf dem Boden und auf dem Teppich etwa 15 leere Schmuckkästen befanden. Die sofort benommene Dienerschaft scheint bei dem Verbrechen unbeteiligt zu sein. Jedensfalls aber muß der Dieb Kenntnis von dem Aufbewahrungsort der Wertstücke befeßen haben, von denen er sich die kostbarsten, darunter mehrere Ringe von außerordentlich schöner Schönheit, ein orientalisches Porzellanband im Wert von 75 000 Franc und eine goldene, mit kostbaren Steinen besetzte Schmalze im Wert von 40 000 Franc, auswählte. Die Polizei entfaltet eine siederhafte Tätigkeit zur Entdeckung der kühnen Diebe. — Wenn allein die gestohlenen Schmucksachen, die sich Madame Steffens anhängte, eine Summe kosten, von der reichlich 200 Arbeiterfamilien ein ganzes Jahr leben müssen, so wird die Madame wohl den Verlust mit Würde tragen können.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 23. Juni 1907.
Etwas kühler, vielfach better, aber noch veränderlich mit leichten Regenfällen und mäßigen Nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau

Wasserstand am 21. Juni vorm. 6 Uhr bei Ruffa. — Meter, bei Dresden — 142 dp. — Elbe bei Magdeburg 1,15 Meter. — Oder bei Rastow 1,28 Meter. — Oder bei Berlin — 1,28 Meter. — Oder bei Oriz 1,80 Meter. — Reihemündung 1,15 Meter.

Soeben erschien als 13. Heft der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“:

Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters.

Von Dr. S. Munter.
Preis 20 Pf.

Wir empfehlen ferner:

- Heft 1: Die erste Hilfe bei Unglücksfällen von Dr. Christeller. *Wird in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.*
- Heft 2: Das erste Lebensjahr... von Dr. Silberstein. *Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.*
- Heft 3: Gesundheitspflege des Nervensystems von Dr. Hirschmann. *Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.*
- Heft 4: Der Achtstundentag... von Dr. Zadek. *Eine ärztliche Begründung der sozialdemokrat. Forderung.*
- Heft 5: Alkoholfrage u. Arbeiterklasse von Dr. Frölich. *Eine empfehlenswerte Agitationsbrochure.*
- Heft 6: Das Schulkind... von Dr. Silberstein. *Die Kinder vor Schulfrüchten zu schützen, ist Zweck des Vorschlags.*
- Heft 7: Geschlechtsverkehr u. Geschlechtskrankheiten von Dr. Gebert. *Belehrend über diese für jeden Menschen wichtige Frage.*
- Heft 8: Nahrung und Ernährung... von Dr. Chajes. *Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.*
- Heft 9: Wie sollen wir uns kleiden? von Dr. P. Bernstein. *Eine belehrende Abhandlung über diese wichtige Frage.*
- Heft 10: Der Arbeiterschutz... von Dr. M. Epstein. *Mit besonderer Berücksichtigung der Werkstattsgliedern.*
- Heft 11: Frauenleben und deren Verhütung von Dr. J. Zadek. *Mit einem Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft.*
- Heft 12: Vom medizinischen Aberglauben von Dr. E. Thesing-Wagdeburg. *Jedes Heft kostet 20 Pf.*

Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollten in jeder Familie sein. 234/11*

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68
Lindenstraße 69, Laden.

Jeder Herr!!

ist verpflichtet, mein Angebot zu prüfen!

S. Littmann

Zentrale für Herren- und Knaben-Moden
nur No. 2 Granienstraße nur No. 2
nahe Station Hochbahn Granienstraße.

Ich offeriere:

Feine Sommer-Paletots	von Mk.	11,50 an
Elegante Herren-Anzüge	"	10,50 "
Feine Herren-Anzüge	"	12,00 "
Solide 1- und 2-reihige Herren-Anzüge	"	14,50 "
Elegante Kammgarn-Anzüge	"	16,50 "
Hochfeine Rock-Anzüge, 1- u. 2-reihig	"	22,50 "
Hochfeine Einsegnungs-Anzüge	"	10,75 "
Elegante Stoff-Jackets	"	5,50 "
Feine Burschen-Anzüge	"	5,75 "
Elegante Herren-Stoffhosen	"	2,50 "
Schöne Knaben-Anzüge für jedes Alter	"	3,50 "
Elegante Radfahr-Anzüge	"	12,50 "

Anzüge sowie Paletots für extra korpulente Herren in großer Auswahl vorrätig von 18,50 Mk. an.

Dieses Inserat wird beim Einkauf von 10 Mk. für 50 Pfg. in Zahlung genommen.

Bestellungen nach Maß sowie Reparaturen werden sauber und billig ausgeführt.

Prinzip: Großer Umsatz — Kleiner Nutzen.

S. Littmann, Zentrale für Herren- und Knaben-Moden
nur No. 2 Granienstraße nur No. 2.
Bitte genau auf Firma u. Hausnummer zu achten!

Unerreicht an Wohlgeschmack



ZARI 28 Cigarette

Cigarettenfabrik TUMH-Dresden, gegr. 1878.

Wo? machen wir diesen Sommer unsere Landpartien hin?
Nach Pichelswörder zum
Garten bis 1500 Personen haben bei schlechtem Wetter bequem Platz.
Es ladet ganz ergebenst ein
Fernsprecher Spandau: 814.

Der alte Freund.

Klebe stets in altbekannter Gasse.

Spandau, Pichelsdorferstr. 39.
Sonntags
Anfang 8 Uhr: **Gr. Ball.**
Familien können Kollektion!
52682* Emil Koenig.

Walhalla

Variete-Garten
Schulbergweg 19/20, 10609, 2. et.
Spezialitäten - Vorstellung.
Promenaden - Konzert.
Auf: Konzert 5; Vorstellung 7 Uhr.
Bei ungünstigem Wetter
Vorstellung im Theater 8 Uhr.
Achtung Sommerpreise.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Merkules tragen. Klein-Verkauf. Sehr starkes Leder in prächtigen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Rand aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Koppelnähte. Haltbarste Wat- u. Lappet. Große Hüften maßhaft. Die Details - Güte **4 M. 50**

Monteur - Jackett „Edison“ schilber über oder weiß 2 M. 65
Monteur - Jock „Edison“ schilber über oder weiß 2 M. 25
Wandleder-Hosen... 10,00, 5 M. 75
Gefüt. Wandleder-Jackett 10,00, 10,50
Wandleder... 2,00, 2,50, 3 M. 25
Wandleder-Hosen (braun) 2,00, 2 M. 50
Weiße Lederhosen... 4,50, 5 M. 25
Gefüt. Wandleder-Hosen, blau, 5 M. 50
Weiße Lederhosen für Arbeiter, kleiner Brustkasten, Höhe 110.
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

Ex. gros. Export. En detail.
Frankfurt a. M., 27, Brückstr. 11.
Gr. Frankfurtstr. 20.
Handel-Katalog gratis und franco.
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schenkelweite, bei Jacketts und Mänteln die Brustweite anzugeben. 30542*

Katz Gebrüder

Filiale: Große Frankfurterstr. 121

Saison-Ausverkauf

aller Abteilungen in der Woche
vom Sonnabend, den 22. Juni an.

Spachtelspitzen	Meter von	15	Pf. an
Tüllspitzen	Meter von	15	Pf. an
Valenciennespitzen	Meter von	3	Pf. an
Tüllstoffe	Meter von	60	Pf. an
Spachtelstoffe	Meter von	95	Pf. an
Seidene Besätze, schwarz, weiß, bunt	Meter von	25	Pf. an
Gold garnierte Knöpfe	Karte, 2 Dutzend	6	Pf.
5000 Paar Handschuhe für Damen	Paar von	10	Pf. an
Spitzenhandschuhe	Paar	65	Pf.
5000 Paar Herrensocken	12 PL, 20 PL, 42 PL, 55 PL		
Kinderstrümpfe, Größe:	1-4 5-7 8-10	28 Pf. 48 Pf. 68 Pf.	

Korsetts * Schürzen * Gürtel * Kragen * Kurzwaren.

Verkauf bis zur Hälfte des bisherigen Wertes,
△ △ △ △ △ zum Teil noch billiger. △ △ △ △ △

Trotz der billigen Preise verabfolgen wir in der Ausnahme-Woche

Doppelte Rabattmarken.

Bitte beachten Sie genau unsere Firma und Hausnummer.
Durch sehr vorteilhaften Einkauf und enorme Abschlässe sind wir in der Lage, vornehme, tadelloste

Maß = Arbeit

aus nur guten, ausgetrockneten Stoffen zu liefern.
Wir bringen eine unerreichte Auswahl in
Sommer-Anzügen, | Wasch-Anzügen, | Wasch-Joppen,
Loden-Joppen, | Lüste-Jackets, | Tennis-Anzügen.

Einzig dastehende Auswahl in
Knaben-Stoff- und Wasch-Anzügen.

Unsere Grundsätze:
Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgetrocknete Stoffe.
Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.
Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.
Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.
Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Originalentwurf!
Nachdruck
verboten.

Leske & Lehrer

Kottbuser Damm 78.
Spezial-Haus guter Herren- und Knaben-Moden fertig und nach Maß.
Spezial-Abteilung: **Bekleidung für jeden Beruf.**
Bitte beachten Sie genau unsere Firma und Hausnummer.

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für 44112*
Haut- und Hautleiden,
Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr

Wer will Geld

sparen, kauft 50130*

Monatshauszüge	u.	9,00 M.
Wochenendauszüge	u.	12,00 "
Wandelauszüge	u.	10,50 "
Wartungszüge	u.	12,00 "
Gehrodenzüge	u.	14,00 "
Auszüge, Ortst. f. Wald	u.	19,00 "
Paletots	u.	9,00 "
Hosen	u.	2,00 "

Zentral-Keller, Berlin 50,
Neanderstraße 35.
Bitte genau auf
Hausnummer 35 zu achten.
3 Min. von Stadth. Kammerbrücke,
an der Köpenickerstraße.
— Strohbed. u. Vergütung. —

Ausnahmepreise

Juni, Juli.

A. B. Koch

Kohlen-Groß-Handlung

Berlin O. 24, Brandenburgerstr. 15.
Preise für nur 12 Marken ab Montag
von 10 Jev. an:

Prime la Galtische (Bekannteste
Marken)... pr. Str. 85 Pf.
la Diamant pr. Str. (110
bis 120 Stk.)... 87 Pf.
la Tite u. Blau... 90 Pf.
la Anthrazit Galtische pr. Str. 2,20 M.

Kohle, Steinkohlen usw. zu den
billigsten Tagespreisen. Anlieferung
frei Keller je nach Quantum pr. Str.
10-15 Pf. mehr. — Bei Original-
Waggon und größeren Abhängen
erlangen Sie meine Spezial-Offerte.



Eine Mark

abgegebene Teilzahlung liefert
elegante fertige 1920er

Herren-Garderoben

Gefertigt nach Maß.
Anfertigung nach Maß.
Tadellose Verarbeitung.

Julius Fabian,

Schneidemeister,
Gr. Frankfurterstr. 37, 11
Eingang Straußberger Platz.

Erprobt und bewährt!
3905L*

Spiritus-Glühlicht

Lampen und Brenner.
Centrale für Spiritus-Verwertung,
BERLIN NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.

Illustrierte Preisliste kostenlos!

Ein Teelöffel genügt für eine Tasse.

1/4 Pfd.-Paket 50 Pf. 1/2 Pfd.-Paket 1 Mk.

Matt und Elend

fühlen sich in der heutigen aufregenden Zeit viele Menschen, denen deshalb nicht genug der tägliche Genuß des ob seines Gehaltes an nährwertreichen Bestandteilen den Körper kräftigenden CACAOL empfohlen werden kann. CACAOL ist aus den edelsten Rohprodukten hergestellt und laut zahlreicher ärztl. Atteste eine ideale Kraftnahrung.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Achtung! Da ich mein seit 25 Jahren hier bestehendes **Schuhgeschäft** zum 1. April nächsten Jahres aufgeben, so beginne ich jetzt mit dem **Ausverkauf** und sehe die Preise bis auf weiteres 15 Proz. herab.
Joh. Gudjons, Charlottenburg,
Wilmerdorferstr. 112, zwischen Wall- u. Dismarckstr. 2.



Kieler Lotterie.

Ziehung am 8. und 9. August 1907.
5400 Gewinne im Gesamtwerte von
= 268 000 Mark =
baro Goldgewinne ohne Abzug.

1 x 75 000	100 x 100 = 10 000
1 x 20 000	200 x 50 = 10 000
1 x 5 000	500 x 20 = 10 000
5 x 1000 = 5 000	4500 x 10 = 45 000
20 x 500 = 10 000	72 Gewinne im Gesamtwerte von 78 000 Mark.

Lose 3 Mark
Porto und Liste 30 Pfg. extra, empfiehlt:
Generaldebit G. Pfordte, (Essen Ruhr)
Fernsprecher 412
Lose- und Zigarren-Geschäfte.

Wohin? gehen wir am Sonntag?
Immer wieder nach
Steinebachs Volksgarten,
Hackenfelde-Spandau.
Familien können Kaffee kochen.

45

95

195

295

Joseph's Extra-Verkaufstage

zu 4 Einheitspreisen

beginnen am **Sonnabend, den 22. d. Mts.**

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster-Dekoration.

Warenhaus H. Joseph & Co.

Berlinerstr. 54-55 **RIXDORF** Ecke Jägerstr. 1-2.

95

195

95

45

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (festgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (festgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit Handwebereien, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre kein Laden. Wasserhof. 41

Teppiche billig, Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 41

Wardienhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Wasserhof. 41

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes bei Teppichlager Brünn, Gabelstr. Markt 4, Bahnhof. 252/2

Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstr. 22, Stahlstr. 40. *

Teppiche billig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2167R

Herrenfahrerb., Damenrad, wie neu, 45,00. Holz. Blumenstr. 20 b. 2515R

Sommerpaletts, Monatsanzüge, wenig getragen, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Hirtzfeld, nur Rosenhägerstraße 10. Fernsprecher Amt III 5117. 250/19

Sofakoffre, Woll, Stoff, Rocquett, billig, Teppichhaus Emil Lehndor, Driemenstraße 158. *

Kinderwagen, Kinderbetten, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehrt, billig, Schneider, Ruffstraße 172. 2247R

Kinderwagen, Kinderbetten, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehrt, billig, Sommer, Dienstadtstr. 51.

Zahlbedecken, volle Bettgröße 2,50, in Erbstül 6,35, Löffel 1,85, Erbstül 4,35, Teppichhaus Emil Lehndor, Driemenstraße 158. *

Nahrungsgüter. Pfandfleisch, hand, Weidenweg neunzehn, extra-billig. 43/19

Abflusspumpe. 8,00 bis 100,00, alte billig, Schläuche 0,40 an. Garten-sprizen, Sauger, Rohre beim Pumpen-wolff, Riesenstraße 81. *

Pfandfleisch! Hermannplatz sechs. Spottbilliger Bettenverkauf, Pfandverkauf, Nähmaschinen, Uhren-verkauf, Goldschm., Teppichverkauf, Herrenfahrerb., Aussternermische. *

Milchgeschäft wegen anderen Unternehmens zu verkaufen Rixdorf, Schönewegstraße 9. 4115

Materialwarengeschäft frankeisbaldler sofort zu verkaufen. Tages-lasse 50 Mark. Kunstsch. Schuhgeschäft Prinz Auguststraße 4. 418

Monatsanzüge und Sommer-paletts von 5,00, Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für komplette Figuren. Neue Garderobe zu stamend billigen Preisen, aus Pfandleihen verkaufte Sachen kauft man am billigsten bei Koh. Muladstraße 14. 1332b

Krankstr. 50 Möbel, Spiegel, Polsterwaren billig. Möbelmacher Zankfeld. 1334b

Sofaf., Vorgarten, alterwegen verlässlich Niederschönhausen, Wald-straße 41. 282/1

Zigarrengeschäft krankheitshalber sofort billig zu verkaufen. Schöne Wohnung. Miete monatlich 60 Mark. Offerten R. K. Paris Expedition, Köpenickerstraße 123. 464

Grünfrangeschäft, flottgehend, in günstiger Lage, mit und ohne Fuhrwerk verkauft Vogtsgener Chaussee 15. 441

Schloßerei, sehr alt, mit guter Kundenschaft, im Zentrum, ist sofort oder später preiswert zu verkaufen. Zu erfragen bei H. Fiedrich, Preng-lauerstraße 44. 1385b

Milchgeschäft billig zu verkaufen Lindenstraße 59. 1378b

Spottbillig, geringe Anzahlung und Abzahlung. Land- und Wald-parzellen, wunderbar gelegen, nahe Bahnhof Friedrichsdorf, verkauft, weil aus erster Hand, die Kadatrute noch von 5 Mark an Otto Dreife, Petersbagen, Ostbahn. 226/19

Herrenfahrerb., bringend, 38,00, Bankstraße 24 c, parterre rechts. *

Brennborrad, jeden Preis, Gre-yerstraße 25 III rechts. 4100

Reifenmuster in Kostümröden billig zu haben bei E. Krahn, Köpen-straße 11, II. 226/20

Sicheres Fortkommen für streb-same Leute! Essen, Porzellan-geschäft nach verkauft werden, Geld kann stehen bleiben, sofort oder spä-terest September. Groß-Lichterfelde, Roltstraße 33. 1366b

Verst die Muttersprache beherrschen! Erfolgreich, leicht lachlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unter-richtsstunde wöchentlich genügt. Ge-fällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten. Patentanwalt Westel, Mühlener-straße 94a. 927b

Kunstschreier von Frau Kolosa, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Wer Stoff hat? Fertige Herren-anzüge 15,00. Wagner, Schneider-meister, Köpenickerstraße 9.

Lewandowsky, Volkshändler-Gesell-schaft Oldenburgerstraße 29. 479

Vermietungen.

Wohnungen.

Mietfrei einen Monat herrliche Wohnungen Goldenerstraße 32/34. *

Stube, Küche, Spielzimmer, Korridor, Klosett, alles separat, groß, hell, verzugshalber sofort billig vermietbar. Wilmannsstraße 21 beim Riet.

Zimmer.

Leeres Zimmer vermietet kinderlose Leute billig Urbanstraße 132 vorn IV. *

Zimmer, möbliert, Spiegel, Garnen, Sofastraße 163, II, Nähe Ringbahnhof Schönhauserallee. 464

Teilnehmer zu möbliertem Zimmer gesucht Mühlenerstraße 62, III links.

Vollzimmer, möbliert, mit Kaffee 20 Mark, gute Parketteneben, zum 1. Juli, am Bahnhof, Schöne-berg, Eberstraße 65, III bei Westel.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, einen auch zwei Herren, Urbanstraße 65, vorn rechter Ausgang II links. 3710b

Eine bessere Schlafstelle zum Erlösen zu vermieten Bülowstraße 52, 3. Aus-gang I, Riede. 4140

Möblierte Schlafstelle für zwei Herren bei älteren Leuten. Fort-straße 10a, 1 Treppe rechts. 416

Möblierte Schlafstelle zu ver-mieten Rammstraße 80, vorn II rechts. 416

Möblierte Schlafstelle für einen Herrn vermietet Witwe Bawengel, Wittmörderstraße 7. 480

Mietsgesuche.

Möblierte Schlafstelle oder Zimmer gesucht, S. oder SW. Offerten mit Preis unter M. 78, Postamt 12.

Schlafstelle, kleine, allein oder abteilbar, gesucht. D., Postamt 33.

Herr sucht bessere Schlafstelle, Stuben allein, anständigen Leuten, gegen Saldosten. Offerten W. B., Postamt 26. 417

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Ein Schüler Studierender bietet um Arbeit. Stühle werden abgerollt und zurückgelehrt. H. Götter, Post-lasse 27. 1468b

Stellenangebote.

Automobilfahrer! Vorzüglichste theoretische und praktische Ausbildung zum Chauffeur unter Ingenieur-leitung. Besten Stellennachweis gratis. Verhältnisse mit elektrischer Kraft. Autotechnikum Berlin-Wilmers-dorf, Dübendorferstraße 13. Bedeutendstes Lehrinstitut Deutschlands. Von Be-hörden bevorzugt. 2508R

Chauffeurschule „Am Hedding“, nur Gerichtstraße 17, größte, be-deutendste, nimmt feld Lehrlinge an. Theoretische und praktische Ausbildung zum Chauffeur unter Ingenieur-leitung. Verhältnisse mit elektrischer Kraft. Kostenlose Vermittlung hoch-bezahlter Stellen. 281/20

Tüchtigen Arbeiter für automatische Zahnradmaschinen sucht Friedrich Steinrad, Maschinenfabrik, Urban-weg 118. 4108

Pianofortendrehen, nur solche, verlangt Schild, Mühlenerstraße 15.

Druckhandwerker und Montage-arbeiter sucht sofort H. Druckmüller G. m. b. H., Montagelager Unter-grundbahn, Leipziger Platz. Wes-tungen dort bei Konteur Herbst.

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Köpenickerstraße 56/57. 44/20

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Pringelstraße 41. 44/19

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Zur gefl. Beachtung!

Auf unser Inserat in der Mittwoch-Nummer mit der Ueberschrift

Junger Mann

sind u. a. laut Mitteilung des Volks-amtes drei Offerten als Post-lagernd N. W. 52 eingegangen und von unberechtigter Seite ab-geholt worden. 128/3

Wir ersuchen die Schreiber der be-treffenden Offerten sich gefl. noch ein-mal schriftlich bewerben zu wollen.

Großeinkaufs-Gesellschaft.

NW. 52, Spenerstraße 23.

Ein tüchtiger Poilendrehen wird sofort für Österreich, Fabrik in angenehmer deutscher Stadt, an-genommen. Offerten mit Angabe über Alter und bisherige Tätigkeit sind an Herrn Paul Vorbeer, Weiden-weg 77, zu richten. 1374b